

12.11.2015

## **Ergänzung**

**der Landesregierung**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 16/9300

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für  
das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

**und**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 16/9302

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Ge-  
meinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsge-  
setz – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes**

*Die Anlage wurde als Sonderdruck an die Mitglieder des Landtags verteilt.*

Datum des Originals: 12.11.2015/Ausgegeben: 12.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



Präsidentin des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

12. November 2015  
Seite 1 von 15

Aktenzeichen  
I B 1 – 2000 – 13/16  
bei Antwort bitte angeben

Günther Bongartz  
Telefon (0211) 4972 - 5012  
Fax (0211) 4972 - 2530

**Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) – LT-Drs. 16/9300 vom 20.08.2015**

**und**

**Ergänzung des Entwurfs des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes – LT-Drs. 16/9302 vom 19.08.2015**

**I. Inhalt der Ergänzungsvorlage**

Mit der Ergänzungsvorlage werden folgende wesentliche Veränderungen vorgenommen:

1. Notwendige Veränderungen aufgrund des von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 24. September 2015 beschlossenen Maßnahmenpakets zur Asyl- und Flüchtlingspolitik (s. unter Ziffer III.).
2. Anpassung von Ausgabenansätzen aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen in 2015 und des erwarteten weiteren Zugangs in 2016 (s. unter Ziffer IV.).
3. Sonstige Veränderungen auf der Ausgabenseite aufgrund aktueller Entwicklungen, u.a. Anpassung des kommunalen Steuerverbunds 2016 an die tatsächlichen Ist-Ergebnisse im Referenzzeitraum 1.10.2014 bis 30.09.2015 (s. unter Ziffer V.).
4. Veränderungen im Personalhaushalt, u.a. Nachvollzug der mit dem Dritten Nachtragshaushalt für 2015 eingerichteten Planstellen und Stellen sowie Einrichtung zusätzlicher Planstellen und Stellen auf-

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Jägerhofstr. 6  
40479 Düsseldorf  
Telefon (0211) 4972-0  
Telefax (0211) 4972-2750  
Poststelle@fm.nrw.de  
www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:  
U74 bis U79  
Haltestelle  
Heinrich Heine Allee

grund des für 2016 erwarteten weiteren Zugangs von Flüchtlingen (s. unter Ziffer VI.).

Seite 2 von 15

5. Veränderungen bei den Einnahmen (s. unter Ziffer VII.).
6. Veränderung des Stellensolls (s. unter Ziffer VIII.).
7. Veränderungen beim Haushaltsvolumen und der Nettokreditaufnahme (s. unter Ziffer IX.).
8. Veränderungen im Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes (s. unter Ziffern X. und XI.).

## **II. Konzeption der Ergänzungsvorlage**

Die Ergänzungsvorlage ist so konzipiert, dass der weitaus überwiegende Teil der Mehrausgaben durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen gedeckt werden kann. Per Saldo ergeben sich Mehrausgaben in Höhe von 2.571,7 Mio. EUR sowie Mehreinnahmen in Höhe von 2.212,7 Mio. EUR.

Die Mehrausgaben beinhalten u.a. Mehrausgaben im Zusammenhang mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen in Höhe von rd. 2,89 Mrd. EUR sowie die Mehrausgaben beim kommunalen Steuererwerb in Höhe von 397,7 Mio. EUR.

Zur Schließung der Deckungslücke erhöht sich die Nettokreditaufnahme um 359 Mio. EUR.

Eine Kurzübersicht über alle mit der Ergänzungsvorlage vorgenommenen Veränderungen bei den Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen ist als Anlage 1 beigefügt.

## **III. Notwendige Veränderungen aufgrund des von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 24. September 2015 beschlossenen Maßnahmenpakets zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

### **1. Beteiligung des Bundes an Ausgaben für Flüchtlinge**

Der gemeinsame Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik (24.09.2015) sieht ab 2016 eine dauerhafte strukturelle Kostenbeteiligung des Bundes vor, die auf der Basis des Aufwands pro Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bemessen wird. Im Jahr 2016 stellt der Bund den Ländern

Abschlagszahlungen zur Verfügung. Die Beteiligung des Bundes erfolgt in 2016 über einen Festbetrag an der Umsatzsteuer zugunsten der Länder. Gegenüber dem bisherigen Haushaltsplanentwurf 2016 ergeben sich daraus Mehreinnahmen von 518 Mio. EUR.

Diese Einnahmen sollen genutzt werden, um die Kommunen nachhaltig bei den Kosten zu entlasten, die ihnen bei der Durchführung der Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz entstehen. Die Umsetzung dieser Entlastungsmaßnahme wird im Jahr 2016 im Einvernehmen mit den Kommunalen Spitzenverbänden über eine Erhöhung der pauschalen Landeszuweisungen nach dem hiesigen Flüchtlingsaufnahmegesetz erfolgen. Hierzu wird die bisherige Pauschale von 7.578 EUR pro Flüchtling um 2.422 EUR auf 10.000 EUR erhöht. Des Weiteren wird der einzubeziehende Personenkreis um die Geduldeten erweitert. Hieraus resultieren gegenüber dem Haushaltsplanentwurf Mehrausgaben in Höhe von 521,3 Mio. EUR.

Die Verständigung steht einvernehmlich unter dem Vorbehalt der weiteren Verhandlungen zu einer grundsätzlichen Systemumstellung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ab dem Jahr 2017.

## **2. Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**

Der Bund beteiligt sich ab 2016 an den Kosten für die unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen in Höhe von 350 Mio. EUR; hiervon entfallen auf Nordrhein-Westfalen jährlich rd. 76 Mio. EUR. Dieser Betrag wird ebenfalls als Festbetrag an der Umsatzsteuer bereitgestellt. Aus diesen Mitteln wird den Kommunen zur Deckung der Verwaltungskosten eine Verwaltungskostenpauschale zur Verfügung gestellt, welche laut § 8 Abs. 1 des Entwurfs zum 5. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes jährlich 3.100 EUR pro unbegleiteten Minderjährigen ab 2016 beträgt (voraussichtlich rd. 23 Mio. EUR). Der verbleibende Betrag der Bundesmittel wird zur Finanzierung der Aufwendungen für die Betreuung und Versorgung der unbegleiteten Minderjährigen verwendet, die ausschließlich vom Land bestritten werden.

## **3. Verbesserung der Kinderbetreuung**

Für Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung stellt der Bund im Jahr 2016 - ebenfalls als Festbetrag an der Umsatzsteuer - 339 Mio. EUR zur Verfügung. Der Anteil für NRW beträgt 74 Mio. EUR. Die Einnahmen werden in vollem Umfang für Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung verwendet.

#### **IV. Anpassung von Ausgabenansätzen aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen in 2015 und des erwarteten weiteren Zugangs in 2016 mit Ausnahme der zusätzlichen Personalausgaben**

Die in die Ergänzungsvorlage aufgenommenen Mehrausgaben im Zusammenhang mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen betragen rd. 2,89 Mrd. EUR (Summe der Mehrausgaben der Kategorie 1 der Anlage 1).

In den 2,89 Mrd. EUR sind Personalausgaben in Höhe von rd. 240,9 Mio. EUR für die zusätzlichen Stellen enthalten, die aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen eingerichtet worden sind. Diese Mehrausgaben sind nachfolgend unter Ziffer VI. bei den Veränderungen im Personalhaushalt dargestellt.

Außerhalb der Personalausgaben verbleiben somit zusätzliche Ausgaben in Höhe von rd. 2,65 Mrd. EUR. Darin sind insbesondere folgende wesentliche Mehrausgaben enthalten:

- Mehrausgaben beim Flüchtlingsaufnahmegesetz im Einzelplan des MIK bei Kapitel 03 010 rd. 1.506,6 Mio. EUR.  
Die Mehrausgaben resultieren aus zwei Effekten:
  - a) dem Vorziehen der Stichtagsregelung auf den 1.1.2016;
  - b) der Verständigung mit den Kommunalen Spitzenverbänden über die Erhöhung der pauschalen Landeszuweisungen nach dem FlüAG s. oben unter Ziffer III. 1.
- Mehrausgaben für die soziale Beratung von Flüchtlingen sowie Zuschüsse für Rückkehrprojekte in Höhe von rd. 19 Mio. EUR im Einzelplan des MIK im Kapitel 03 010.
- Mehrausgaben im Einzelplan des MIK im Asylkapitel (Kapitel 03 030) in Höhe von rd. 940 Mio. EUR.

Aufgrund der gestiegenen Zahl der Flüchtlinge ergeben sich bei den Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Flüchtlinge im Einzelplan des MIK (Kapitel 03 030) per Saldo notwendige Mehrausgaben in Höhe von 940 Mio. EUR. Aufgrund der bislang unveränderten Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird dabei auch für 2016 von einer daraus abgeleiteten Flüchtlingszahl in NRW von 170.000 ausgegangen. Bei den vom Land vorzuhaltenden Aufnahmekapazitäten ist ein Gesamtbedarf von 50.000 Plätzen für Zentrale Unterbringungseinrichtungen und Notunterbringungseinrichtungen sowie von 10.000 Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes zugrunde gelegt.

Für die Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Versorgung fallen Mehrausgaben in Höhe von 705 Mio. EUR an, darunter

allein 459 Mio. EUR für die Betreuung von Bewohnern von Landeseinrichtungen sowie 185 Mio. EUR für die Anmietung, Bewirtschaftung und Instandhaltung entsprechender Liegenschaften.

Für Baumaßnahmen zur Herrichtung und Bereitstellung von Unterbringungseinrichtungen treten weitere Mehrausgaben in Höhe von 59 Mio. EUR hinzu. 31 Mio. EUR werden für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des BLB NRW und anderer Dienstleister in Zusammenhang mit der Bereitstellung von Unterbringungskapazitäten benötigt.

Der bisher mit einem Baransatz in Höhe von 17 Mio. EUR ausgestattete Verstärkungstitel für die Errichtung, Herrichtung sowie Anmietung von Unterbringungseinrichtungen wird dagegen auf Null gesetzt.

Ein stark erhöhter Mittelbedarf (151 Mio. EUR) ergibt sich auch bei den Erstattungen an die Kommunen. Davon entfallen knapp 107 Mio. EUR auf die Erstattung von Aufwendungen für die Unterhaltung von Unterbringungsplätzen, 25 Mio. EUR auf die Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Zentralen Ausländerbehörden und weitere 14 Mio. EUR für Unterstützungsmaßnahmen im Wege der Amtshilfe. Auch der Härtefallfonds für Krankheitskosten, aus dem Gemeinden unterstützt werden, denen besonders hohe Krankheits- und Pflegeaufwendungen für Flüchtlinge entstehen, wird um knapp 3 Mio. EUR erhöht.

Korrespondierend zu der Entwicklung der Flüchtlingszahlen steigt auch der Mittelbedarf für Rückführungsmaßnahmen um fast 11 Mio. EUR an.

- Mehrausgaben im Einzelplan des MSW für Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Zusammenhang mit der Bereitstellung von 12.500 zusätzlichen Plätzen im Bereich des Offenen Ganztags rd. 15,3 Mio. EUR. (Die damit zusammenhängenden Mehrausgaben für die damit zusammenhängenden zusätzlichen Planstellen sind unter Ziffer VI.3 dargestellt.)
- Aufgrund der zunehmenden Flüchtlingszahlen werden im Bereich der Kinderbetreuung zusätzliche Plätze für Flüchtlingskinder benötigt. Hieraus resultieren im Einzelplan des MFKJKS Mehraufwendungen in Höhe von 21,5 Mio. Euro.
- Für den Ausbau der Brückenprojekte in den Flüchtlingsunterkünften werden im Einzelplan des MFKJKS zusätzliche Ausgaben in Höhe von 9,5 Mio. EUR bereitgestellt. Die Ausgaben sind erforderlich, um mit niedrigschwelligen Angeboten die Eltern von Flüchtlingskindern an die Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege heranzuführen.

- Darüber hinaus werden Integrationsprojekte für minderjährige Kinder und Jugendliche aufgelegt. Hierfür werden im Einzelplan des MFKJKS zusätzliche Ausgaben in Höhe von 3,5 Mio. EUR bereitgestellt.
- Mehrausgaben für das Sozialticket im Einzelplan des MBWSV: 10 Mio. EUR.
- Mehrausgaben für die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus im Einzelplan des MBWSV: 93,7 Mio. EUR, denen korrespondierende Mehreinnahmen vom Bund gegenüberstehen.
- Mehrausgaben für ein Städtebausonderprogramm für Flüchtlinge im Einzelplan des MBWSV: 48,0 Mio. EUR.
- Mehrausgaben für das Programm „Komm-AN-NRW“ im Einzelplan des MAIS: 13,4 Mio. EUR.
- Im Bereich des Sachhaushaltes des MGEPA ergibt sich ein flüchtlingsbedingter Mehrbedarf in Höhe von insgesamt rd. 3,4 Mio. EUR. Die Mittel dienen der allgemeinen psychiatrischen Betreuung von Flüchtlingen, der Beratung und Unterstützung traumatisierter Flüchtlinge (insbesondere von Flüchtlingsfrauen und -mädchen), der Flüchtlingsintegration in den Gesundheits-/Pflegearbeitsmarkt sowie verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der gesundheitlichen Versorgung Zugewanderter.

## **V. Sonstige Veränderungen auf der Ausgabenseite aufgrund aktueller Entwicklungen**

### **1. Mehrausgaben beim GFG 2016 in Höhe von 397,7 Mio. EUR**

Für die Berechnung des Steuerverbundes 2016 ist der Zeitraum vom 01.10.2014 bis zum 30.09.2015 maßgeblich. Hierfür wurden im Haushaltsplanentwurf 2016 die Ist-Ergebnisse der Referenzperiode vom 01.10.2014 bis zum 30.04.2015 sowie eine Prognose für den Zeitraum vom 01.05.2015 - 30.09.2015 auf Basis der Steuerschätzung vom Mai 2015 zugrunde gelegt. Die nunmehr für den gesamten Referenzzeitraum feststehenden Rechengrößen ergeben gegenüber dem Entwurf einen Mehrbetrag in Höhe von rd. 397,7 Mio. EUR, den die Kommunen im Rahmen des Steuerverbundes 2016 erhalten.

Somit ergibt sich im Steuerverbund 2016 folgende Veränderung:

Seite 7 von 15

Vorläufiger verfügbarer Verbundbetrag im Entwurf	9.946,4 Mio. EUR
Zuzüglich Erhöhungsbetrag	397,7 Mio. EUR
<u>Endgültiger verfügbarer Verbundbetrag</u>	
<u>gem. Ergänzungsvorlage</u>	10.344,1 Mio. EUR
(Vergleichszahl verfügbarer Verbundbetrag 2015:	9.632,3 Mio. EUR)

Damit erhalten die Kommunen im Rahmen des Steuerverbunds rd. 711,8 Mio. EUR mehr als im Jahre 2015. Das entspricht einer Steigerungsrate von 7,4 v.H.

Die Verteilung des Mehrbetrags von rd. 397,7 Mio. EUR orientiert sich an der dem Gesetzentwurf bereits zu Grunde liegenden Systematik. Im Steuerverbund 2016 werden somit 86,2 % der verteilbaren Finanzausgleichsmasse konsumtiv und 13,8 % investiv zur Verfügung gestellt.

2. Mehrausgaben bei der Vergütung von Betreuern und Vormündern im Einzelplan des JM in Höhe von rd. 21,8 Mio. EUR.
3. Mehrausgaben im Einzelplan des MIWF in Höhe von rd. 11,3 Mio. EUR ergeben sich aus der erforderlichen Anpassung der Zuschüsse für die Hochschulmedizin an den aktualisierten Bedarf aufgrund des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016.
4. Mehrausgaben zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung im Einzelplan des MFKJKS in Höhe von 74 Mio. EUR.
5. Mehrausgaben beim Schuldendienst für die soziale Wohnungsbauförderung im Einzelplan des MBWSV in Höhe von 10 Mio. EUR aufgrund höherer Tilgungsleistungen.
6. Mehrausgaben für den Landesanteil am Heimkinderfonds II im Einzelplan des MAIS in Höhe von 2 Mio. EUR.
7. Mehrausgaben für die Förderung des Breitbandausbaus im Einzelplan des MWEIMH in Höhe von 25 Mio. EUR.
8. Minderausgaben bei den Zuführungen an den Versorgungsfonds des Landes NRW im Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung (Epl. 20) in Höhe von 635 Mio. EUR infolge der erhöhten Zuführungen im Haushaltsjahr 2015.

9. Minderausgaben bei den Zinsen im Epl. 20 in Höhe von 185 Mio. EUR.
10. Minderausgaben bei der Inanspruchnahme aus Bürgschaften im Epl. 20 in Höhe von 5 Mio. EUR.
11. Reduzierung des Verstärkungsansatzes für Bewirtschaftungskosten im Epl. 20 in Höhe von 5 Mio. EUR.
12. Reduzierung der Globalen Mehrausgaben im Epl. 20 um 5 Mio. EUR.
13. Erhöhung der Globalen Minderausgaben im Einzelplan 20 um 50 Mio. EUR.

## **VI. Veränderungen im Personalhaushalt**

### **1. Nachvollzug des Dritten Nachtrags zum Haushaltsgesetz 2015**

Die mit dem 3. Nachtrag zum Haushaltsgesetz 2015 zusätzlich eingerichteten 3.102 Planstellen und Stellen – mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 bzw. im Schulbereich zum 01.08.2018 - werden mit der Ergänzung zum Haushaltsentwurf 2016 nachvollzogen. Die Personalausgaben steigen dadurch um 163.688.800 EUR. Weitere Einzelheiten insbesondere hinsichtlich der betroffenen Kapitel sowie Besoldungsgruppen/vergleichbarer Laufbahngruppen ergeben sich aus der Seite 1 der Anlage 2.

### **2. Sonstige Zwangsläufigkeiten**

Aufgrund der Umsetzung der Beschlüsse der Finanzministerkonferenz sowie sonstiger Zwangsläufigkeiten sind insgesamt 4 Arbeitnehmerstellen einzurichten sowie die Personalausgabenansätze um 2.757.400 EUR zu erhöhen. Im Einzelnen stellen sich die Veränderungen wie folgt dar:

- Im Geschäftsbereich des Landtags werden die Personalausgabenbudgets um die versehentlich bisher nicht berücksichtigten Mittel für die linearen Besoldungs- und Tariferhöhungen 2015/2016 in Höhe von 659.100 EUR erhöht.

- Die Umsetzung der Beschlüsse der Finanzministerkonferenz haben
  - im Bereich der Deutschen Hochschule der Polizei (Kapitel 03 130) die Einrichtung von 4 zusätzlichen Arbeitnehmerstellen und eine Erhöhung der Personalausgaben von saldiert 601.400 EUR sowie
  - bei der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (Kapitel 15 240) eine Steigerung der Personalausgabenansätze per Saldo um 69.200 EUR zur Folge.
- Im Schulbereich (Kapitel 05 300) werden die Mittel für Aushilfen für das Programm „Integration durch Bildung“ um 1 Mio. EUR erhöht.
- Die Berücksichtigung der linearen Erhöhung der Bezüge der Mitglieder der Landesregierung führt zu Personalmehrausgaben in Höhe von 427.700 EUR im Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung (Kapitel 20 020).

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Seite 2 der Anlage 2.

### 3. Flüchtlingsbedingte zusätzliche Planstellen und Stellen

Die weiter steigende Zahl der Flüchtlinge macht die Einrichtung von zusätzlichen 2.390 Planstellen und Stellen mit Personalmehrausgaben von 77.169.100 EUR notwendig. Alle zusätzlichen Stellen sind mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 bzw. im Schulbereich zum 01.08.2019 versehen worden.

Die zusätzlichen Stellen verteilen sich wie folgt:

- **Einzelplan des MIK – 237 Stellen – Personalausgaben +14.841.200 EUR**

#### **Davon insbesondere:**

- 186 Planstellen und Stellen bei den Bezirksregierungen (Personalausgaben +10.871.700 EUR ): davon 150 Planstellen und Stellen für den Bereich der Unterbringung, Betreuung und Zuweisung von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen, 20 Planstellen für personalwirtschaftliche Aufgaben im Zusammenhang mit den zusätzlich eingerichteten Lehrerstellen, 10 Planstellen für die Berufs- und Zeugnisanerkennung von Asylbewerbern sowie 6 Arbeitnehmerstellen für das Aktionsprogramm „KommAN-NRW“.

- 24 Planstellen und Stellen im Ministerium für die Asylbearbeitung und administrative Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden (Personalausgaben +1.405.400 EUR).
  - 25 Planstellen bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW aufgrund der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei sowie im allgemeinen Verwaltungsbereich (Personalausgaben +1.167.200 EUR).
- **Einzelplan des JM – 21 Stellen – Personalausgaben +1.510.400 EUR**

Für den personellen Mehrbedarf bei den Amts- und Landgerichten (Kapitel 04 210) im Zusammenhang mit der Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge werden 13 zusätzliche Richterstellen sowie 8 Assistenzstellen eingerichtet.
  - **Einzelplan des MSW – 2.113 Stellen – Personalausgaben +59.563.400 EUR**

Infolge der steigenden Flüchtlingszahlen werden im Schulbereich folgende Stellen benötigt:

    - Zur Deckung des Grundbedarfs: 1.725 Lehrerstellen
    - Für Multiprofessionelle Teams: 113 Lehrerstellen
    - Für die untere und obere Schulaufsicht: 40 Lehrerstellen
    - Für Moderatoren im Bereich der Lehrerfortbildung: 4 Lehrerstellen
    - Für Schulpsychologen: 20 Arbeitnehmerstellen
    - Für zusätzliche Plätze in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich: 211 Lehrerstellen
  - **Einzelplan des MBWSV – 5 Stellen – Personalausgaben +259.500 EUR**

Im Ministerialkapitel werden insgesamt 5 Planstellen gebraucht zur Abwicklung des Förderprogramms zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge, des Städtebausonderprogramms für Flüchtlinge sowie für die Beratung der Bauaufsichtsbehörden in NRW.
  - **Einzelplan des MAIS – 10 Stellen – Personalausgaben +759.500 EUR**

Im Ministerialkapitel werden zur Bewältigung der neuen Aufgabe der sozialen Eingliederung von Flüchtlingen 10 Planstellen und Stellen eingerichtet.

- **Einzelplan des MGEPA – 4 Stellen – Personalausgaben +235.100 EUR**

Insbesondere für die Koordinierung und Konzeptionierung von Gesundheitsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie für die u.a. psychiatrische Betreuung von Flüchtlingen werden im Ministerialkapitel 4 neue Planstellen etatisiert.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage 3.

#### **4. Zusätzliche Planstellen und Stellen aus sonstigen Gründen**

Darüber hinaus werden aus sonstigen Gründen insgesamt 22 Planstellen und Stellen mit Personalmehrausgaben von 902.600 EUR eingerichtet. Folgende Sachverhalte liegen diesen Stellen zu Grunde:

- Zur Beschäftigung Sehbehinderter bei der Polizei werden 2 zusätzliche Arbeitnehmerstellen zeitlich befristet bis 2019 im Polizeikapitel (03 110) eingerichtet (Personalausgaben +116.800 EUR).
- Für die Breitbandförderung werden bei den Bezirksregierungen (Kapitel 03 310) 10 Planstellen befristet bis 2020 benötigt (Personalausgaben +503.400 EUR).
- Im Bereich der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (Kapitel 03 350) werden 9 Planstellen zur Deckung des Mehrbedarfs aufgrund der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen in den Vorjahren eingerichtet (Personalausgaben +201.500 EUR).
- Im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (Kapitel 11 010) wird eine Arbeitnehmerstelle zur Umsetzung der Hilfen für erlittenes Unrecht für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie gebraucht (Personalausgaben +80.900 EUR).

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage 3.

## VII. Veränderungen bei den Einnahmen

Auf der Einnahmenseite haben sich per Saldo Mehreinnahmen in Höhe von 2.212,7 Mio. EUR ergeben.

Die wesentlichen Mehreinnahmen ergeben sich aus folgenden Sachverhalten:

1. Mehreinnahmen in Höhe von 668 Mio. EUR aufgrund der Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Flüchtlinge, Asylbewerber, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung (s. unter Ziffer III.).
2. Weitere Steuermehreinnahmen in Höhe von 1.350 Mio. EUR auf der Grundlage des Ergebnisses der aktuellen Steuerschätzung.
3. Mehreinnahmen vom Bund zur Förderung des Wohnungsbaus in Höhe von rd. 93,7 Mio. EUR.
4. Erhöhung der Globalen Mehreinnahmen im Epl. 20 um 100 Mio. EUR.

## VIII. Veränderung des Stellensolls

Das Personalstellensoll 2016 im Landeshaushalt entwickelt sich wie folgt:

Stellensoll bisher laut Haushaltsentwurf 2016	285.898
Nachvollzug 3. NT 2015	+3.102
Nachvollzug Beschlüsse Finanzministerkonferenz	+4
Flüchtlingsbedingte zusätzliche Stellen	+2.390
<u>Zusätzliche Stellen aus sonstigen Gründen</u>	<u>+22</u>
Stellensoll neu laut Ergänzung HE 2016	291.416

Im Vergleich zum Haushalt 2015 (Stand: 3. Nachtragshaushaltsgesetz = 288.141 Stellen) steigt das Stellensoll 2016 um 3.275 Stellen.

Für die Einrichtung der insgesamt 5.518 zusätzlichen Planstellen und Stellen ist die Erhöhung der Personalausgaben in Höhe von zusammen 244.517.900 EUR erforderlich.

## **IX. Veränderungen beim Haushaltsvolumen und der Nettokreditaufnahme**

Die für die Aufnahme in die Ergänzungsvorlage berücksichtigten Veränderungen bei den Einnahmen (2.212,7 Mio. EUR) und Ausgaben (2.571,7 Mio. EUR) führen per Saldo zu einer Haushaltsverschlechterung in Höhe von rd. 359 Mio. EUR.

Die Deckungslücke wird durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 359 Mio. EUR geschlossen.

Das Haushaltsvolumen 2016 von bisher 66.992,9 Mio. EUR erhöht sich um rd. 2.571,7 Mio. EUR auf dann 69.564,6 Mio. EUR (Einzelheiten ergeben sich aus Anlage 6).

## **X. Notwendige Veränderungen im Entwurf des Haushaltsgesetzes**

Die Änderungen in der Ergänzungsvorlage zum Entwurf des HHG 2016 nebst Begründung sind in der Anlage 4 dargestellt. Neben redaktionellen und formalen Änderungen ergeben sich die folgenden wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Haushaltsgesetzentwurf 2016:

1. Im Zusammenhang mit der **Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern** werden Verfahrenserleichterungen etabliert.

Mit der neuen haushaltsgesetzlichen Ermächtigung in **§ 8** werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, im Haushaltsvollzug in die Leistung von zusätzlichen Ausgaben zur Entlastung der Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern einzuwilligen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden, die bei den Haushaltsansätzen noch nicht berücksichtigt sind. Entsprechendes gilt bei der Bereitstellung von zusätzlichen Finanzhilfen des Bundes für Belastungen, die vom Land zu tragen sind.

Um die Kapazitäten für Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern deutlich zu erweitern und eine enge Zusammenarbeit von Land und Kommunen zu gewährleisten, wird im ebenfalls neuen **§ 15 Absatz 3 a** die generelle Möglichkeit eines Direktverkaufs von Landesgrundstücken an Kommunen – gegebenenfalls auch unter Beteiligung Dritter - ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung eröffnet.

2. **§ 15 Absatz 6** wird um vier weitere Einzelermächtigungen zur Veräußerung von Grundstücken bzw. zu Erbbaurechtsbestellungen auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung erweitert und redaktionell aus Gründen der Übersichtlichkeit neu gefasst.
3. In dem neuen **§ 20 Absatz 5** wird eine Bürgschaftsermächtigung zur Absicherung eines Darlehens an die Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ zum Erwerb von Kunstwerken aus dem Eigentum der Portigon AG aufgenommen.
4. Mit dem Entwurf zum Haushaltsgesetz 2016 ist in **§ 28 Absatz 2 Satz 2** eine Änderung im Anwendungsbereich des Besserstellungsverbot vorgesehen. Mit einer ergänzenden Formulierung erfolgt eine textliche Klarstellung, um in der Rechtsanwendung Missverständnisse und Unsicherheiten zu vermeiden.
5. **§ 28 Absatz 3** des Haushaltsgesetzes wird dahingehend erweitert, dass für die Breitbandausbauförderung der Förderrahmen für Kommunen von bis zu 90 Prozent auf 100 Prozent ausgeweitet werden kann, wenn eine Förderrichtlinie des Bundes oder des Landes diesen Rahmen zulässt.

Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetzestext und der Begründung in der Anlage 4.

## **XI. Notwendige Veränderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2016**

Seite 15 von 15

Infolge der vorzunehmenden Veränderungen beim kommunalen Steuerverbund für 2016 sind im Entwurf des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes – LT-Drs. 16/9302 vom 19.08.2015 Änderungen vorzunehmen. Die Einzelheiten ergeben sich aus den in der Anlage 5 enthaltenen Änderungsdarstellungen einschließlich der entsprechenden Begründungen.



Dr. Norbert Walter-Borjans

## Kurzdarstellung der in der Ergänzung 2016 vorgesehenen Veränderungen

(ohne technische Veränderungen (z.B.: Haushaltsvermerke) und die Änderung/Ergänzung von Erläuterungen)

Die Kategorien bedeuten:

Nr. 1 Flüchtlingsbedingte Ausgaben/Mehrausgaben

Nr. 2 Sonstige Zwangsläufigkeiten

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
01	01 010/422 01	Landtag: Neuberechnung aufgrund Tarif- und Besoldungserhöhung		200.600		2	0	200.600
	01 010/428 01	Landtag: Neuberechnung aufgrund Tarif- und Besoldungserhöhung		383.300		2	0	383.300
	01 100/422 01	LDI: Neuberechnung aufgrund Tarif- und Besoldungserhöhung		42.300		2	0	42.300
	01 100/428 01	LDI: Neuberechnung aufgrund Tarif- und Besoldungserhöhung		32.900		2	0	32.900
	01 100/547 20 - neu	LDI: Sonstige Sächliche Verwaltungsausgaben		100.000		2	0	100.000
	<b>Summe</b>			<b>759.100</b>			<b>0</b>	<b>759.100</b>
02		<i>Keine Anmeldungen</i>						
03	03 010/422 01	Ministerium: 18 Planstellen aus 3. NT 2015		1.139.500		1	1.139.500	0
	03 010/422 01	Ministerium: Weitere 19 Planstellen für die Asylbearbeitung		1.194.600		1	1.194.600	0
	03 010/422 01 428 01	Ministerium: 3 Planstellen sowie 2 ANStellen für adm. Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden		210.800		1	210.800	0
	03 010/517 01	Ministerium: Mehrkosten für die Sicherung des Dienstgebäudes (inkl. VE 3.000.000 EUR)		494.000	3.000.000	2	0	494.000

*Anlage 1*

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	03 010/518 01	Ministerium: Verzögerung bei der Abrechnung /Bezahlung von Umbaumaßnahmen		4.956.000		2	0	4.956.000
	03 010/547 10	Ministerium: Mehrbedarf bei Sachkosten aufgrund der 18 Planstellen aus 3. NT 2015		107.200		1	107.200	0
	03 010/547 10	Ministerium: Mehrbedarf bei Sachkosten aufgrund der für 2016 weiteren angemeldeten Stellen		285.800		1	285.800	0
	03 010/632 12	Ministerium: Glücksspiel; Einmalausgaben durch erstmalige Abrechnung der Jahre 2012 bis 2014 an NI, HS		1.800.000		2	0	1.800.000
	03 010/633 40	Ministerium: Pauschale Landeszuweisung FLÜAG 2016 aufgrund der Verständigung mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Verwendung der Bundesmittel		575.287.000		1	575.287.000	0
	03 010/633 40 633 41	Ministerium: Landeszuweisungen FLÜAG aufgrund Vorziehen des Stichtags auf den 01.01.2016; (Saldo aus 997,043 Mio. EUR und 65,736 Mio. EUR)		931.307.000		1	931.307.000	0
	03 010/633 42	Ministerium: Mittelbereitstellung des Bundes auf 2015 vorgezogen; bisheriger Ansatz für Zuweisungen an Kommunen entfällt.		-54.000.000		1	-54.000.000	0
	03 010/684 40 684 41 sowie 685 40	Ministerium: Insbesondere Soziale Beratung von Flüchtlingen sowie Zuschüsse für Rückkehrprojekte		19.065.000		1	19.065.000	0
	03 010/546 70	Ministerium: CIO; Umsetzung IT-Sicherheitsrichtlinie, versehentlich nicht veranschlagte zentrale Mittel		2.402.800		2	0	2.402.800
	03 030/281 00 - neu	Asylkapitel: Erstattung von Herrichtungskosten für Flüchtlingsunterkünfte der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - vorsorglich eingerichteter Titel		0			0	0
	03 030/514 10	Asylkapitel: Impfmaßnahmen		4.084.900		1	4.084.900	0
	03 030/517 01	Asylkapitel: Bewirtschaftung der Gebäude und Grundstücke		32.000.000		1	32.000.000	0
	03 030/517 04	Asylkapitel: Bewirtschaftung der vom BLB.NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume		15.160.000		1	15.160.000	0
	03 030/518 01	Asylkapitel: Mieten und Pachten		103.848.000		1	103.848.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	03 030/518 04	<b>Asylkapitel:</b> Mieten und Pachten an den BLB NRW für die Unterbringung von Flüchtlingen		30.700.000		1	30.700.000	0
	03 030/519 03	<b>Asylkapitel:</b> Instandhaltung an angemieteten Grundstücken und Gebäuden		3.050.000		1	3.050.000	0
	03 030/536 00	<b>Asylkapitel:</b> Rückführung		10.503.500		1	10.503.500	0
	03 030/538 00	<b>Asylkapitel:</b> Ausgaben für die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Aufnahme, Transport, Unterbringung usw.		2.500.000		1	2.500.000	0
	03 030/546 11 - neu	<b>Asylkapitel:</b> Verlagerung des Titels aus Kapitel 03 310 - Dienstleistungen des BLB NRW für die Unterbringung von Flüchtlingen		31.000.000		1	31.000.000	0
	03 030/547 10	<b>Asylkapitel:</b> Aufwendungen für die Betreuung von Bewohnern von Landesaufnahmeeinrichtungen (Mehrbedarf)		258.661.500		1	258.661.500	0
	03 030/547 10	<b>Asylkapitel:</b> Aufwendungen für die Betreuung von Bewohnern von Landesaufnahmeeinrichtungen (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015))		200.550.900		1	200.550.900	0
	03 030/547 10	<b>Asylkapitel:</b> VE für Betreuungsleistungen 2017 - 2020			900.000.000			
	03 030/633 10	<b>Asylkapitel:</b> Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden an Kommunen		25.285.600		1	25.285.600	0
	03 030/633 23	<b>Asylkapitel:</b> Härtefallfonds Krankheitskosten - Erstattung an Kommunen		2.801.000		1	2.801.000	0
	03 030/633 25 - neu	<b>Asylkapitel:</b> Amtshilfe bei der Errichtung von Notunterkünften und Registrierung - Kostenerstattung an Kommunen		14.000.000		1	14.000.000	0
	03 030/633 30	<b>Asylkapitel:</b> Kostenerstattung an Landschaftsverbände etc.gemäß FlÜAG		2.334.200		1	2.334.200	0
	03 030/633 50	<b>Asylkapitel:</b> Erstattung von Kosten an Kommunen für Aufnahmeeinrichtungen des Landes		106.817.700		1	106.817.700	0
	03 030/681 10	<b>Asylkapitel:</b> Aufwendungen nach AsylbIG für Bewohner von Landesaufnahmeeinrichtungen (Mehrbedarf)		26.308.000		1	26.308.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
03 030/681 10		<b>Asylkapitel:</b> Aufwendungen nach Asylb G für Bewohner von Landesaufnahmeeinrichtungen (Folgewirkung 3. Nachtrag)		21.052.000		1	21.052.000	0
03 030/681 20		<b>Asylkapitel:</b> Beförderungskosten		3.711.700		1	3.711.700	0
03 030/711 01		<b>Asylkapitel:</b> Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		16.000.000		1	16.000.000	0
03 030/712 00		<b>Asylkapitel:</b> Herrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge auf dem ehem. JHQ-Gelände in Mönchengladbach zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		10.395.300	9.000.000	1	10.395.300	
03 030/713 00		<b>Asylkapitel:</b> EAE Siegen Wittgenstein, Standort Burbach - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		500.000		1	500.000	0
03 030/713 10		<b>Asylkapitel:</b> EAE Siegen Wittgenstein, Standort Bad Berleburg - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		900.000		1	900.000	0
03 030/714 00		<b>Asylkapitel:</b> UE Hemer - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		3.180.000		1	3.180.000	0
03 030/715 00		<b>Asylkapitel:</b> UE Wickede - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		1.000.000		1	1.000.000	0
03 030/716 00		<b>Asylkapitel:</b> UE Borgentreich - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		300.000		1	300.000	0
03 030/717 00		<b>Asylkapitel:</b> UE Schöppingen - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		2.500.000		1	2.500.000	0
03 030/719 00		<b>Asylkapitel:</b> UE Unna - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		12.500.000		1	12.500.000	0
03 030/721 00		<b>Asylkapitel:</b> UE Niederkrüchten - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		4.600.000		1	4.600.000	0
03 030/722 00		<b>Asylkapitel:</b> UE Herford - Baumaßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungskapazität		7.500.000		1	7.500.000	0
03 030/812 10 - neu		<b>Asylkapitel:</b> Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		3.322.000		1	3.322.000	0
03 030/971 10		<b>Asylkapitel:</b> Verstärkungstitel Asyl - titelscharfe Auflösung ist erfolgt.		-17.000.000	-10.000.000	1	-17.000.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
	03 030 /Gesamt	Summe Ausgaben Kapitel 03 030 = 940.066.300 €, Summe VE Kapitel 03 030 = 899.000.000 €						
	03 110/422 02	Polizei: Budget für 250 zusätzliche Anwärter aus 3. NT 2015		3.585.500		1	3.585.500	0
	03 110/422 02	Polizei: Budget für 250 weitere Anwärter für 2016		1.281.600		1	1.281.600	0
	03 110/428 01	Polizei: 2 neue ANStellen für erblindete Ermittler		116.800		2	0	116.800
	03 110/453 01	Polizei: Trennungentschädigung für die zusätzlichen Anwärter des 3. NT 2015		100.000		1	100.000	0
	03 110/HGr. 5 und 8	Polizei: Sach- und Investitionsausgaben als Annexkosten für die zusätzlichen Anwärter des 3. NT 2015 (sowie 40.000 € aus 03 110/812 60)		850.000		1	850.000	0
	03 110/514 10	Polizei: Mehrbedarf für den Betrieb der Bereitschaftspolizei aufgrund steigender Einsätze		4.950.000		2	0	4.950.000
	03 110/546 10	Polizei: Erhöhung des Werbebetrags für Einstellungsverfahren aufgrund steigender Einstellungsermächtigungen		370.000		1	370.000	0
	03 110/714 00 und 812 00	Polizei: Ausstattung des neuen Polizeipräsidiums in Mönchengladbach		4.091.000		2	0	4.091.000
	03 110/812 60	Polizei: Arbeitsplatzausstattung für 250 beantragte zusätzliche Anwärter (40.000 € in den Annexkosten Polizei enthalten)		45.000		1	45.000	0
	03 130/diverse	DHPol: Umsetzungen der Beschlüsse der FMK; darin Personalausgaben: 601.400 EUR	931.200	749.300		2	0	749.300
	03 310/422 01 und 428 01	Bezirksregierungen: Zusätzliche Planstellen und Stellen des 3. NT 2015		21.890.500		1	21.890.500	0
	03 310/422 01 und 428 01	Bezirksregierungen: Weitere 81 Planstellen und 69 Stellen für den Bereich Unterbringung, Betreuung und Zuweisung von Asylsuchenden		8.743.000		1	8.743.000	0
	03 310/422 01	Bezirksregierungen: 10 Planstellen für den Breitbandausbau (s. Epl. 14).		503.400		2	0	503.400
	03 310/422 01	Bezirksregierungen: 20 Planstellen aufgrund der Einstellungsverfahren für die neuen Lehrerstellen des		897.800		1	897.800	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	03 310/422 01	Bezirksregierungen: 10 Planstellen für die Berufs-/Zeugnisanerkennung von Asylbewerbern		448.900		1	448.900	0
	03 310/422 02	Bezirksregierungen: Zusätzliche Einstellungs-ermächtigungen Regierungsinspektoranwärter / Regierungssekretärinwärter und für Ufa Büren		369.800		1	369.800	0
	03 310/428 01	Bezirksregierungen: 6 Arbeitnehmerstellen für das Aktionsprogramm KommAN-NRW		412.200		1	412.200	0
	03 310/Diverse HGr. 5, 8	Bezirksregierungen: Sach- und Investitionsausgaben aufgrund der zusätzlichen Stellen des 3.NT 2015		3.237.900		1	3.237.900	0
	03 310/511 01 und 812 10	Bezirksregierungen: Sach- und Investitionsausgaben für 2016 zusätzlich beantragte Stellen		1.072.900		1	1.072.900	0
	03 310/547 71	Bezirksregierungen: Ersatzvornahme Umwelt Bezirksregierungen Envio; Quecksilber		3.900.000		2	0	3.900.000
	03 310/681 65	Bezirksregierungen: Aufwandsentschädigung für Unterbringungspflichtige		21.000		1	21.000	0
	03 310/ HGr. 5	Bezirksregierungen: Sachausgaben als Annexkosten für die Ausbildung Ufa Büren		66.400		1	66.400	0
	03 320/422 60 und 422 61	Aus- und Fortbildungseinrichtungen: 2 Planstellen für den verstärkten Bedarf an Fortbildungen/Qualifizierungen in Flüchtlingsangelegenheiten		115.300		1	115.300	0
	03 350/422 01	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: 9 Planstellen aufgrund "Doppelquotierung" zum Haushaltsentwurf 2016		201.500		2	0	201.500
	03 350/422 01	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: 15 Planstellen aufgrund der mit dem 3. NT 2015 erhöhten Anwärterzahlen bei der Polizei		920.900		1	920.900	0
	03 350/422 01	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: 6 Planstellen aufgrund der für 2016 zusätzlich beantragten Anwärterzahlen bei der Polizei		142.100		1	142.100	0
	03 350/422 01	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: 4 Planstellen aufgrund der für 2016 zusätzlich beantragten Anwärterzahlen bei der allgemeinen Verwaltung		84.200		1	84.200	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Ausgaben je Kategorie		
						Kategorie	1	2
			in Euro					
	03 350/427 01	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: Zusätzliche Lehrbeauftragte und Aushilfen aufgrund der mit dem 3. NT 2015 erhöhten Anwärterzahlen bei der Polizei		1.600.000		1	1.600.000	0
	03 350/427 01	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: Zusätzliche Lehrbeauftragte und Aushilfen für zusätzliche beantragte Anwärter bei der allgemeinen Verwaltung		20.000		1	20.000	0
	03 350/518 01 und 812 00	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: Mieten und Investitionen als Annexkosten der mit dem 3. NT 2015 erhöhten Anwärterzahlen		2.800.000		1	2.800.000	0
	03 350/518 01 und 812 00	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung: Mieten und Investitionen als Annexkosten für die beantragten Anwärter bei der allgemeinen Verwaltung		134.000		1	134.000	0
	03 610/682 10	Information und Technik NRW-Landesbetrieb - Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für Hochschulstatistik		93.000		2	0	93.000
	<b>Summe</b>		<b>931.200</b>	<b>2.488.130.000</b>	<b>902.000.000</b>		<b>2.463.872.200</b>	<b>24.257.800</b>
<b>04</b>	04 210/422 01	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - 17 Planstellen (13 x R 1, 4 x A 9gD)		869.300		1	869.300	0
	04 210/427 01	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - Mittel für 9 Aushilfskräfte		443.800		1	443.800	0
	04 210/428 01	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - 4 Stellen vgl. mittlerer Dienst		197.300		1	197.300	0
	04 210/546 52	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - Aufwandsentschädigungen und Vergütungen für Vormünder und Betreuer		463.200		2	0	463.200
	04 210/546 53	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - Vergütung für Berufsbereiber § 1836 BGB, § 4 VBVG		12.090.000		2	0	12.090.000
	04 210/546 55	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder und Pfleger im Minderjährigenbereich		9.684.000		2	0	9.684.000
	04 210/711 00	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - Kleine Baumaßnahmen		30.000		1	30.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
	04 210/812 10	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - Arbeitsplatzmobiliar		45.000		1	45.000	0
	04 210/812 64	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - Erwerb von Geräten (Informationstechnik)		95.400		1	95.400	0
	04 220/422 01	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit - 49 Planstellen (37 x R 1, 4 x A 9 gD, 8 x A 4)		2.591.700		1	2.591.700	0
	04 220/428 01	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit - 27 Stellen vgl. mittlerer Dienst		1.331.600		1	1.331.600	0
	04 220/517 04	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit - Bewirtschaftungskosten von Grundstücken, Gebäuden und Räumen		228.000		1	228.000	0
	04 220/518 04	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit - Anmietungen von Büroräumen pp. beim BLB NRW		342.000	684.000	1	342.000	0
	04 220/711 00	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit - Kleine Baumaßnahmen		80.000		1	80.000	0
	04 220/812 10	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit - Arbeitsplatzmobiliar, anteilig für 2016		44.000		1	44.000	0
		Summe	0	28.535.300	684.000		6.298.100	22.237.200
05	05 030/632 10	Allg. überregionale Finanzierungen - Anteil des Landes an den Kosten des Sekretariats der Kultusministerkonferenz		426.100		2	0	426.100
	05 030/632 30	Allg. überregionale Finanzierungen - Institut zur Qualitätssicherung im Bildungswesen (IQB) - Anteil des Landes		188.200		2	0	188.200
	05 072/633 22	Landesförderungen der Weiterbildung - Projektförderung für zusätzliche Angebote im Bereich der Weiterbildung (Gemeinden)		480.000		1	480.000	0
	05 072/684 22	Landesförderungen der Weiterbildung - Projektförderung für zusätzliche Angebote im Bereich der Weiterbildung (andere Träger)		520.000		1	520.000	0
	05 300/422 01	Schulen gemeinsam - Grundbedarf aus 2015 = 1.725 Lehrer		86.250.000		1	86.250.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
				in Euro				
	05 300/422 01	Schulen gemeinsam - Grundbedarf aus 2016 = 1.725 Lehrer		43.125.000		1	43.125.000	0
	05 300/422 01	Schulen gemeinsam - Anfang- und Vorbereitungsklassen aus 2015 = 900 Lehrer		45.000.000		1	45.000.000	0
	05 300/422 01	Schulen gemeinsam - 113 Stellen für Multiprofessionelle Teams		5.190.700		1	5.190.700	0
	05 300/422 01	Schulen gemeinsam - 35 Stellen für die untere Schulaufsicht		1.607.700		1	1.607.700	0
	05 300/422 01	Schulen gemeinsam - 5 Stellen für die obere Schulaufsicht		229.700		1	229.700	0
	05 300/422 01	Schulen gemeinsam - 4 Stellen für Moderatoren Lehrerfortbildung		183.700		1	183.700	0
	05 300/427 25 - neu	Schulen gemeinsam - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige für Maßnahmen im Bereich "Integration durch Bildung"		1.000.000		2	0	1.000.000
	05 300/428 60	Schulen gemeinsam - 20 Stellen für Schulpsychologen		607.600		1	607.600	0
	05 300/422 72	Schulen gemeinsam - Offene Ganztagschule im Primarbereich - (12.500 Plätze = 2016, 15.000 Plätze = 2017) für Flüchtlingskinder - 211 Planstellen für Lehrer		8.619.000		1	8.619.000	0
	05 300/633 72	Schulen gemeinsam - Offene Ganztagschule im Primarbereich - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (s.Anmeldung bei Titel 422 72) VE 15.037.500		15.328.500	15.037.500	1	15.328.500	0
	05 300/547 82	Schulen gemeinsam - Schulentwicklungsfonds		100.000		1	100.000	0
	05 300/412 90 - neu	Schulen gemeinsam - Geld statt Stellen - Zahlungen an Ehrenamtler (Landesbedienstete)		0		2	0	0
	05 300/546 90 - neu	Schulen gemeinsam - Geld statt Stellen - Zahlungen an Ehrenamtler (Sonstige)		0		2	0	0
	05 300/547 91	Schulen gemeinsam - Lehrerfortbildung		1.000.000		1	1.000.000	0
		Summe	0	209.856.200	15.037.500		208.241.900	1.614.300

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	in Euro		VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
				A				1	2
06	06 030/686 12	<b>Allg. überregionale Finanzierungen - Anteil des Landes Hochschulrektorenkonferenz - Beschluss FMK</b>		2.000			2	0	2.000
	06 030/686 34	<b>Allg. überregionale Finanzierungen - Anteil des Landes Akademienprogramm (Deckung für 06 042/686 19)</b>		-61.000			2	0	-61.000
	06 042/686 19	<b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft - Zuschuss an das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)</b>		61.000			2	0	61.000
	06 103/682 10	<b>Fachbereich Medizin Rhein. Friedr.-Wilh.-Uni Bonn und Uniklinikum Bonn - Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin - Tarif- u. Besoldungserhöhung</b>		1.807.100			2	0	1.807.100
	06 103/682 20	<b>Fachbereich Medizin Rhein. Friedr.-Wilh.-Uni Bonn und Uniklinikum Bonn - Zuschüsse an das Uniklinikum für betriebsnotwendige Kosten</b>		18.500			2	0	18.500
	06 104/682 10	<b>Fachbereich Medizin der Westf. Wilhelms-Universität und Uniklinikum Münster - Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin - Tarif- u. Besoldungserhöhung</b>		2.146.900			2	0	2.146.900
	06 104/682 20	<b>Fachbereich Medizin der Westf. Wilhelms-Universität und Uniklinikum Münster - Zuschüsse an das Uniklinikum für betriebsnotwendige Kosten</b>		77.100			2	0	77.100
	06 105/682 10	<b>Fachbereich Medizin der Universität zu Köln und Uniklinikum Köln - Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin - Tarif-u. Besoldungserhöhung</b>		2.050.400			2	0	2.050.400
	06 105/682 20	<b>Fachbereich Medizin der Universität zu Köln und Uniklinikum Köln - Zuschüsse an das Uniklinikum für betriebsnotwendige Kosten</b>		57.000			2	0	57.000

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	06 106/682 10	Fachbereich Medizin der RWTH Aachen und Uniklinikum - Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin - Tarif- u. Besoldungserhöhung		1.905.300		2	0	1.905.300
	06 106/682 20	Fachbereich Medizin der RWTH Aachen und Uniklinikum - Zuschüsse an das Uniklinikum für betriebsnotwendige Kosten		74.500		2	0	74.500
	06 107/682 10	Fachbereich Medizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Uniklinikum Düsseldorf - Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin - Tarif-u. Besoldungserhöhung		1.779.200		2	0	1.779.200
	06 107/682 20	Fachbereich Medizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Uniklinikum Düsseldorf - Zuschüsse an das Uniklinikum für betriebsnotwendige Kosten		14.400		2	0	14.400
	06 108/682 10	Fachbereich Medizin der Universität Duisburg und Uniklinikum Essen - Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin - Tarif-u. Besoldungserhöhung		1.364.800		2	0	1.364.800
	06 108/682 20	Fachbereich Medizin der Universität Duisburg und Uniklinikum Essen - Zuschüsse an das Uniklinikum für betriebsnotwendige Kosten		23.200		2	0	23.200
		Summe	0	11.320.400	0		0	11.320.400
07	07 040/633 10	Kinder- und Jugendhilfe - Ausweitung BAG-JH wegen zusätzlicher Flüchtlingskinder		5.512.000		1	5.512.000	0
	07 040/633 20	Kinder- und Jugendhilfe - Ausweitung Elternbeitragsfreiheit wegen zusätzlicher Flüchtlingskinder		1.156.000		1	1.156.000	0
	07 040/TG 68 - neu	Kinder- und Jugendhilfe - TG 68 - neu - Koordinierung der Maßnahmen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und für jugendliche Flüchtlinge						
	07 040/422 68 - neu	Kinder- und Jugendhilfe - 3 Planstellen für die Task Force Minderjährige Flüchtlinge im MFKJKS		200.000		1	200.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	07 040/427 68 - neu	Kinder- und Jugendhilfe - Entgelte für Aushilfen		0		1		
	07 040/547 68 - neu	Kinder- und Jugendhilfe - Nicht aufteilbare Sächliche Verwaltungsausgaben		0		1		
	07 040/633 68 - neu	Kinder- und Jugendhilfe - Integrationsprojekte für minderjährige Jugendliche		3.500.000		1	3.500.000	0
	07 040/547 69 - neu	Kinder- und Jugendhilfe - Nicht aufteilbare Sächliche Verwaltungsausgaben		0		1		
	07 040/633 69	Kinder- und Jugendhilfe - TG 69 Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bei Gewährung von Jugendhilfe nach Einreise gem. § 89d SGB VIII - Zentrale Stelle für Koordinierung UMF beim LVR		400.000		1	400.000	0
	07 040/633 69	Kinder- und Jugendhilfe - TG 69 Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bei Gewährung von Jugendhilfe nach Einreise gem. § 89d SGB VIII - Zusätzliche Aufwendungen für Unterbringung und Versorgung unter Zugrundelegung des neuen Verfahrens		2.000.000		1	2.000.000	0
	07 040/633 89	Kinder- und Jugendhilfe - TG 89 Kinderbetreuung in besonderen Fällen - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Brückenprojekte		9.500.000		1	9.500.000	0
	07 040/633 90	Kinder- und Jugendhilfe - TG 90 Pauschalen nach § 21 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 sowie § 21a KiBiz - Ausweitung Kindpauschalen wegen zusätzlicher Flüchtlingskinder		14.832.000		1	14.832.000	0
	07 040/633 99	Kinder- und Jugendhilfe - Weiterentwicklung KiBiz (Auskömmlichkeit Kindpauschalen)		74.000.000		2	0	74.000.000
	07 050/685 52	Kulturförderung - Kulturstiftung der Länder		-101.000		2	0	-101.000
	07 050/685 53	Kulturförderung - Stiftung Deutsches Zentrum für Kulturgutverluste		76.000		2	0	76.000
	07 060/684 60 - neu	Förderung des Sports - TG 60 Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports - Förderung von Maßnahmen der Sportvereine und -verbände - Nachvollzug 3. NT 2015		250.000		1	250.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
		<b>Summe</b>	0	111.325.000	0		37.350.000	73.975.000
09	09 010/422 01	Ministerium - 2 Planstellen (1 x A14, 1 x A 11) für die Abwicklung des Förderprogramms zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge		100.800		1	100.800	0
	09 010/422 01	Ministerium - 2 Planstellen (1 x A14, 1 x A 11) für die Abwicklung des Städtebausonderprogramms Flüchtlinge		100.800		1	100.800	0
	09 010/422 01	Ministerium - 1 Planstelle (1 x A 14) für die Beratung der Bauaufsichtsbehörden im Land		57.900		1	57.900	0
	09 050/331 70	Förderung des Wohnungsbaus - Vereinnahmung von Kompensationsmitteln des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau (s. Ausgabe bei 09 050/883 70).	93.663.500			1	0	0
	09 050/883 70	Förderung des Wohnungsbaus - Weiterleitung von Kompensationsmitteln des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau an die NRW.BANK (s. Einnahme bei 09 050/331 70).		93.663.500		1	93.663.500	0
	09 050/581 71	Förderung des Wohnungsbaus - Erhöhung des Ansatzes beim Schuldendienst wegen deutlich höherer apl. Tilgungsleistungen		10.000.000		2	0	10.000.000
	09 110/633 60	Förderung der Eisenbahnen und des ÖPNV - TG 60 Sozialticket - Mehrbedarf wegen steigender Zahlen von Asylbewerbern		10.000.000		1	10.000.000	0
	09 150/422 01	Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) - Ausbringung eines Planstelle B 6 statt B 8 und Streichung des ku-Vermerks bei der B 8-Stelle		0		2	0	0
	09 150/821 10	Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) - Rückzahlungen an Kommunen im Bereich kommunaler Vorfinanzierungen von Landesstraßen		241.000		2	0	241.000
	09 500/537 00	Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit - Erhöhung des Ansatzes für die Quartiersakademie gegen Deckung bei 09 500/883 11		300.000		2	0	300.000

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	09 500/883 11	Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit - Deckung für 09 500/537 00		-300.000		2	0	-300.000
	09 500/TG 72 (neu)	Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit - TG 72 (neu) Städtebauprogramm für Flüchtlinge (zur Selbstbewirtschaftung § 15 Abs. 2 LHO).		48.000.000	24.000.000	1	48.000.000	0
		<b>Summe</b>	<b>93.663.500</b>	<b>162.164.000</b>	<b>24.000.000</b>		<b>151.923.000</b>	<b>10.241.000</b>
<b>10</b>	10 010/538 60	Ministerium - TG 60 Datenverarbeitung und Bürokommunikation - Umsetzung von Ausgaben für die Datenverarbeitung nach 10 060/538 00 mit notwendiger Änderung von HH-Vermerken. Die Maßnahme ist haushaltsneutral.		-280.000		2	0	-280.000
	10 011/613 10	Erfeldigung von <b>Umweltaufgaben durch kommunale Stellen</b> - Zuweisungen für Personalaufwand der überleiteten Beamtinnen und Beamten		349.800		2	0	349.800
	10 011/613 11	Erfeldigung von <b>Umweltaufgaben durch kommunale Stellen</b> - Zuweisungen für den Nachersatz ausgeschiedener Beschäftigter		427.200		2	0	427.200
	10 011/613 12	Erfeldigung von <b>Umweltaufgaben durch kommunale Stellen</b> - Zuweisungen als Ausgleich für den allgemeinen Aufwand		141.700		2	0	141.700
	10 020/633 11 (neu)	<b>Allgemeine Bewilligungen</b> - Grüne Hauptstadt Essen		1.500.000	0	2	0	1.500.000
	10 020/686 10	<b>Allgemeine Bewilligungen</b> - Zuschüsse und Beiträge an Vereine: neu: <b>Klima-Bündnis der europ. Städte mit indigenen Völkern des Regenwälder e. V.</b> (gegen Deckung bei 10 060/633 63)		20.000		2	0	20.000
	10 020/972 10	<b>Allgemeine Bewilligungen</b> - Erhöhung der GMA zur Deckung der Ausgaben für die Grüne Hauptstadt Essen		-1.500.000	0	2	0	-1.500.000

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
10 020/686 66		<b>Allgemeine Bewilligungen - TG 66: Nachhaltige Entwicklung - "Urban Gardening" - Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland (Umsetzung aus 10 020/686 68)</b>		78.400		2	0	78.400
10 020/686 68		<b>Allgemeine Bewilligungen - Deckung für 10 020/686 66 - "Urban Gardening" - Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>		-78.400		2	0	-78.400
10 020/511 71 (neu)		<b>Allgemeine Bewilligungen - TG 71: Tiergesundheit, veterinärbehördliche Zwecke - Neuer Titel zur Buchung von Lizenzgebühren für die Nutzung von Datenbanken im Veterinärbereich</b>		0		2	0	0
10 020/634 71		<b>Allgemeine Bewilligungen - TG 71: Tiergesundheit, veterinärbehördliche Zwecke -Erstattungen von Entschädigungen bei Tierverlusten durch Seuchen an das "Sondervermögen Tierseuchenkasse"</b>		-129.100		2	0	-129.100
10 040/511 10 (neu)		<b>Verbraucherangelegenheiten - Neuer Titel zur Buchung von Lizenzgebühren für die Nutzung von Datenbanken im Verbraucherschutzbereich.</b>		0		2	0	0
10 040/538 10 (neu)		<b>Verbraucherangelegenheiten - Neuer Titel für Ausgaben für die Datenverarbeitung (Entwicklung neuer Software für die automatisierte Probenplanung).</b>		0		2	0	0
10 040/631 10 (neu)		<b>Verbraucherangelegenheiten - Neuer Titel für die Errichtung des Landesanteils (Erarbeitung von Staatsverträgen im Verbraucherschutz) s. 10 020/634 71.</b>		129.100		2	0	129.100
10 040/632 10 (neu)		<b>Verbraucherangelegenheiten - Neuer Titel für die Errichtung des Landesanteils (Erarbeitung von Staatsverträgen im Verbraucherschutz).</b>		0		2	0	0
10 060/538 00		<b>Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik - Umsetzung von Ausgaben für die Datenverarbeitung. Siehe 10 010/538 60.</b>		280.000		2	0	280.000
10 060/633 63		<b>Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik - Deckung für 10 020/686 10.</b>		-20.000		2	0	-20.000

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	10 261/261 00	Jagdabgabe-Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens, Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung - Erstattung von Verwaltungsausgaben	59.800			2	0	0
	10 261/671 00	Jagdabgabe-Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens, Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung - Erstattung von Verwaltungskosten für Dienstleistungen		-700		2	0	-700
	10 261/686 00	Jagdabgabe-Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens, Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung - Zuschüsse		0	1.720.000	2	0	0
	10 261/892 00	Jagdabgabe-Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens, Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung - Zuschüsse für Investitionen an private Zuwendungsempfänger		60.500		2	0	60.500
	10 400/519 02	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz - notwendige Baumaßnahmen an vorhandenen Gebäuden um den Anforderungen des Gefahrgutgesetzes gerecht zu werden (Gifftier-Trakt)		500.000		2	0	500.000
		<b>Summe</b>	<b>59.800</b>	<b>1.478.500</b>	<b>1.720.000</b>		<b>0</b>	<b>1.478.500</b>
<b>11</b>	11 010/422 01, 428 01	<b>Ministerium - 10 neue Planstellen/Stellen für die zusätzliche Aufgabe "Soziale Eingliederung von Flüchtlingen"</b>		759.500		1	759.500	0
	11 010/511 01	<b>Ministerium - Sachmittel im Zusammenhang mit den vorgenannten 10 neuen Planstellen/Stellen für die zusätzliche Aufgabe "Soziale Eingliederung von Flüchtlingen"</b>		80.000		1	80.000	0
	11 010/428 01	<b>Ministerium - 1 neue Stelle im Zusammenhang mit dem Heimkinderfonds II (siehe Kapitel 11 042 Titel 686 20 neu)</b>		80.900		2	0	80.900
	11 010/547 12	<b>Ministerium - Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit dem Programm "KOMM-AN NRW" - siehe Kapitel 11 060 Titelgruppe 68</b>		500.000		1	500.000	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	in Euro		VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
				A				1	2
	11 042/686 20 (neu)	<b>Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut</b> - Landesanteil an der Finanzierung der Hilfen für Menschen, die als Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben (Heimkinderfonds II)		2.000.000	3.000.000	2		0	2.000.000
	11 060/633 68	<b>Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter - TG 68: Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</b> - Neues Programm "KOMM-AN NRW" wegen gesteigener Flüchtlingszahlen		11.400.000		1		11.400.000	0
	11 060/686 68	<b>Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter - TG 68: Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</b> - Neues Programm "KOMM-AN NRW" wegen gesteigener Flüchtlingszahlen		1.500.000		1		1.500.000	0
		<b>Summe</b>	0	16.320.400	3.000.000			14.239.500	2.080.900
12		<i>Keine Anmeldungen</i>							
13		<i>Keine Anmeldungen</i>						0	0
14	14 730/547 10	<b>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes - Erhöhung der VE für das Programm "Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0"</b> (technische VE zu Lasten 2018)			130.000	2		0	0
	14 730/TG 61 (neu)	<b>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes - Neue TG: Förderung des Breitbandausbaus - Landeskofinanzierung.</b> <u>Hinweis:</u> Im Epl. des MIK sind 10 Planstellen A 11 bei den Bezirksregierungen für die Umsetzung der Förderung vorgesehen. <b>VE 100.000.000</b>		25.000.000	100.000.000	2		0	25.000.000

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	in Euro		VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
				A				1	2
	14 731/891 60	EFRE: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Landesanteil); <b>VE-Veranschlagung</b> für ein weiteres (4.) Jahr			3.000.000		2	0	0
	14 731/891 61	EFRE: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (EU-Anteil); <b>VE-Veranschlagung</b> für ein weiteres (4.) Jahr			10.000.000		2	0	0
	14 850/517 04	<b>Materialprüfungsamt - Nordrhein-Westfalen -</b> Erhöhung der Grundsteuern durch die Stadt Dortmund		30.000			2	0	30.000
		<b>Summe</b>	0	<b>25.030.000</b>	<b>113.130.000</b>			0	<b>25.030.000</b>
15	15 010/422 01	<b>Ministerium - 4 Planstellen für Koordinierung und</b> Konzeptionierung von Gesundheitsmaßnahmen für Flüchtlinge u.a. Maßnahmen		235.100			1	235.100	0
	15 010/547 12	<b>Ministerium - Sächliche Verwaltungsausgaben</b> Gesundheit - Verlagerung nach 15 010/547 13		-450.000			2	0	-450.000
	15 010/547 13	<b>Ministerium - Kompetenzzentrum Frau und</b> Gesundheit NRW - Verlagerung von sächlichen Verwaltungsausgaben aus 15 010/547 12		450.000			2	0	450.000
	15 035/684 61	<b>Emanzipation - TG 61: Schutz und Hilfe für</b> gewaltbetroffene Frauen; 600.000 EUR für Beratung und Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen, 250.000 EUR (zzgl. VE 750.000 EUR) für spezialisierte Unterkünfte für traumatisierte Flüchtlingsfrauen und -mädchen		850.000	750.000		1	850.000	0
	15 044/686 62	<b>Pflege, Alter, demographische Entwicklung - TG</b> 62: Förderung der Fachseminare für die Ausbildung in der Altenpflegehilfe und Familienpflege - Zur Umsetzung des Projekts "welcome@healthcare" Flüchtlingsintegration in Gesundheits- /Pflegearbeitsmarkt.		250.000			1	250.000	0
	15 080/685 10	<b>Maßnahmen für das Gesundheitswesen -</b> Landesanteil Akademie für öffentliches Gesundheitswesen (AföG) - Beschluss der Haushaltskommission		-1.100			2	0	-1.100

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
	15 080/685 20	Maßnahmen für das Gesundheitswesen - Landesanteil an der Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen - Beschluss der Haushaltskommission		-56.700		2	0	-56.700
	15 080/684 81	Maßnahmen für das Gesundheitswesen - TG 81: Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz, Maßnahmen zur Unterstützung der gesundheitlichen Versorgung Zugewanderter, Anpassung an gestiegene Flüchtlingszahlen (1.030.000 EUR) sowie Unterstützung Kinder- und Jugendmedizinische Dienste der Kommunen, Einschulungsuntersuchungen (265.000 EUR).		1.295.000		1	1.295.000	0
	15 080/686 83	Maßnahmen für das Gesundheitswesen - TG 83: Psychiatrische Versorgung ; Psychiatrische Betreuung von Flüchtlingen insbesondere Beratung und Unterstützung traumatisierter Flüchtlinge		1.000.000	500.000	1	1.000.000	0
	15 240/Einnahmen	Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten - Erhöhung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission	61.100			2	0	0
	15 240/diverse Ausgabeteil	Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten - Erhöhung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission, davon Personalausgaben 69.200 EUR.		78.700		2	0	78.700
	15 900/381 10	Versorgungskapitel - Folgewirkung Haushaltskommission ZLG	10.600			4	0	0
		<b>Summe</b>	<b>71.700</b>	<b>3.651.000</b>	<b>1.250.000</b>		<b>3.630.100</b>	<b>20.900</b>
16		Keine Anmeldungen					0	0
20	20 010	Steuereinnahmen	1.350.000.000				0	0

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
			in Euro					
20 010/015 30		Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern; 108 Mio. € sind bereits etatisiert, Gesamtansatz damit 626 Mio. €	518.000.000			2	0	0
20 010/015 40		Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen	76.000.000			2	0	0
20 010/015 50		Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Verbesserung der Kinderbetreuung	74.000.000			2	0	0
20 020/371 10		<b>Allgemeine Bewilligungen</b> - Globale Mehreinnahmen zum Haushaltsausgleich	-27.200				0	0
20 020/371 20		<b>Allgemeine Bewilligungen</b> - Globale Mehreinnahmen in allen Einzelplänen	100.000.000				0	0
20 020/381 51		<b>Allgemeine Bewilligungen</b> - Folgewirkung der Änderung im Epl. 15 - HH-Kommission	900				0	0
20 020/421 01		<b>Allgemeine Bewilligungen</b> - Bezüge der Ministerpräsidentin, der Ministerinnen und Minister sowie des Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben - keine Fortwirkung des Verzichts auf Teilhabe an den linearen Erhöhungen bzw. Übergangsgelder infolge Umbildung des Kabinetts		427.700		2	0	427.700
20 020/517 00		Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517 in den Einzelplänen		-5.000.000		2	0	-5.000.000
20 020/919 10		Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen"		-635.000.000		2	0	-635.000.000
20 020/971 00		Globale Mehrausgaben		-5.000.000		2	0	-5.000.000
20 020/972 00		Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen		-50.000.000		2	0	-50.000.000
Kap. 20 030/		Steuerverbund:				2	0	0
613 11		Schlüsselzuweisungen an Gemeinden		+265.035.800		2	0	265.035.800
613 12		Schlüsselzuweisungen an Kreise		+39.503.200		2	0	39.503.200
613 13		Schlüsselzuweisungen an Landschaftsverbände		+33.114.800		2	0	33.114.800
613 26		Zuweisungen aufgrund besonderer Bedarfe von Gemeinden		+1.237.200		2	0	1.237.200
883 18		Investitionspauschale		+49.597.800		2	0	49.597.800

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Ausgaben je Kategorie		
						Kategorie	1	2
			in Euro					
	883 27	Investitionspauschale für die Landschaftsverbände		+4.201.600		2	0	4.201.600
	883 28	Investitionspauschale für die Altenhilfe und -pflege		+5.011.900		2	0	5.011.900
	20 610/871 10	Für die Inanspruchnahme aus Bürgerschaftsverträgen und Gewährleistungsverpflichtungen		-5.000.000		2	0	-5.000.000
	20 650/325 00	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt	359.000.000			2	0	0
	20 650/575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel		-175.000.000		2	0	-175.000.000
	20 650/575 20	Bonifikation, Disagio, Agio und Diskont bei Wertpapieren usw.		-10.000.000		2	0	-10.000.000
		<b>Summe</b>	<b>2.476.973.700</b>	<b>-486.870.000</b>	<b>0</b>		<b>0</b>	<b>-486.870.000</b>

<b>HHG § 8 (neu)</b>	Zusätzliche Ausgaben des Landes und der Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern							
<b>§ 15 Abs. 3a</b>	Grundstücke für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern - Generalklausel							
<b>§ 15 Abs. 6</b>	<b>MWIF</b> beantragt die Regelungserweiterung für die geplante Veräußerung /Bestellung eines Erbbaurechtes von 3 landeseigenen Grundstücken: Bonn (Gemarkung Enderich), Bonn (Gemarkung Kessenich), Gelsenkirchen (Gemarkung Ückendorf)							
<b>§ 15 Abs. 7</b>	Ersatz „Bürgerkriegsflüchtlinge“ durch „Flüchtlinge							
<b>§ 15 Abs. 8</b>	Grundstücksabgabe - noch offen							
<b>§ 20 Abs.4</b>	Antrag <b>MBWSV</b> - Patronatserklärung für NRW.URBAN							
<b>§ 20 Abs. 5</b>	Antrag <b>MFKJKS</b> - Bürgschaft für Darlehen 30 Mio. EUR für den Erwerb von Portigon-Kunst sowie Änderungen im Wirtschaftsplan der unselbständigen Stiftung "Kultur im Landesbesitz"							
<b>§ 28 Abs. 2</b>	Einschränkung des Besserstellungsverbot bei Projektförderung - Korrektur							

Epl.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E	A	VE	Kategorie	Ausgaben je Kategorie	
							1	2
	§ 28 Abs. 3	Antrag MWEIMH - Erweiterung im Hinblick auf die Ausdehnung des Förderrahmens auf 90 bis 100% bei Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept. Sachverhalt noch unklar; sonst keine Bedenken gegen Regelung		in Euro				
	<b>SUMME</b>		<b>2.571.699.900</b>	<b>2.571.699.900</b>	<b>1.060.821.500</b>		<b>2.885.554.800</b>	<b>-313.854.900</b>
	davon Personalausgaben:		<b>0</b>	<b>244.517.900</b>	<b>0</b>		<b>240.857.700</b>	<b>3.660.000</b>

## Ergänzung zum Haushaltsentwurf 2016 - Personalhaushalt - Nachvollzug 3. Nachtrag 2015 sowie Zwangsläufigkeiten

Kapitel - Titel	neue Stellen	Erläuterungen (z.B. Wertigkeiten, Gründe)	Personalausgaben 2016 in EUR
<b>Epl. 03 - MIK</b>			
03 010 - 422 01	18	Planstellen (9x A 15, 9x A 12) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	1.139.500
03 110 - 422 02		250 zusätzliche Einstellungsermächtigungen gD bei der Polizei ; 250 zusätzliche Anwärterstellen	3.585.500
03 110 - 453 01		Reisekosten für o.a. Anwärter (als Folgewirkung des 3. NT 2015)	100.000
03 310 - 422 01	197	Planstellen (21x A 14, 165x A 11, 11x A 9 mD) sowie	10.043.600
03 310 - 428 01	183	Arbeitsnehmerstellen (169x gD, 14x mD) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	11.846.900
03 350 - 427 01		Zusätzliche Mittel für Lehrbeauftragte sowie zusätzliche Aushilfen in der Verwaltung (als Folge 3. NT 2015)	1.600.000
<b>insges.</b>	<b>398</b>		<b>28.315.500</b>
<b>Epl. 04 - JM</b>			
04 220 - 422 01	37	R 1 Richterstellen mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	2.224.600
04 220 - 422 01	4	Planstellen A 9 gD mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	127.600
04 220 - 422 01	8	Planstellen A 4 mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	239.500
04 220 - 428 01	27	Arbeitsnehmerstellen mD mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	1.331.600
<b>insges.</b>	<b>76</b>		<b>3.923.300</b>
<b>Epl. 05 - MSW</b>			
05 300 - 422 01	1.725	Lehrerstellen (910x A 13 hD, 305x A 13 gD, 510x A 12) mit kw-Vermerken zum 01.08.2018 zur Deckung des Grundbedarfs infolge der gestiegenen Flüchtlingszahlen	86.250.000
05 300 - 422 01	900	Lehrerstellen (405x A 13 hD, 155x A 13 gD, 340x A 12) mit kw-Vermerken zum 01.08.2018 für Auffang- und Vorbereitungsklassen (Integration durch Bildung)	45.000.000
<b>insges.</b>	<b>2.625</b>		<b>131.250.000</b>
<b>Epl. 07 - MFKJKS</b>			
07 040 TG 68	3	Planstellen (A 16, A 15, A 13 gD) für Task Force Minderjährige Flüchtlinge mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	200.000
<b>insges.</b>	<b>3</b>		<b>200.000</b>
<b>Summe</b>	<b>3.102</b>	<b>Nachvollzug 3. NT 2015 (Kategorie 1)</b>	<b>163.688.800</b>

Kapitel - Titel	neue Stellen	Erläuterungen (z.B. Wertigkeiten, Gründe)	Personalausgaben 2016 in EUR
<u>darüber hinaus:</u>			
<b>Epl. 01 - LT</b>			
01 010 - 422 01		Versehentlich nicht berücksichtigte Mittel für die Besoldungserhöhung 2015/2016	200.600
01 100 - 422 01		Versehentlich nicht berücksichtigte Mittel für die Besoldungserhöhung 2015/2016	42.300
01 010 - 428 01		Versehentlich nicht berücksichtigte Mittel für die Tarifierhöhung 2015/2016	383.300
01 100 - 428 01		Versehentlich nicht berücksichtigte Mittel für die Tarifierhöhung 2015/2016	32.900
<b>insges.</b>	<b>0</b>	<b>(Kategorie 2)</b>	<b>659.100</b>
<b>Epl. 03 - MIK</b>			
03 130 - 422 01		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	- 30.500
03 130 - 422 10		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	157.100
03 130 - 427 20		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	97.600
03 130 - 428 01	4	Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	299.300
03 130 - 451 01		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	- 100
03 130 - 429 99		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	78.000
<b>insges.</b>	<b>4</b>	<b>(Kategorie 2)</b>	<b>601.400</b>
<b>Epl. 05 - MSW</b>			
05 300 - 427 25		Aushilfsmittel für "Integration durch Bildung"	1.000.000
<b>insges.</b>	<b>0</b>	<b>(Kategorie 2)</b>	<b>1.000.000</b>
<b>Epl. 15 - MGEPA</b>			
15 240 - 422 01		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	22.100
15 240 - 428 01		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	28.900
15 240 - 441 01		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	4.500
15 240 - 422 65		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	11.500
15 240 - 428 65		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	3.600
15 240 - 441 65		Anpassung aufgrund Beschluss der Haushaltskommission/Finanzministerkonferenz	1.400
<b>insges.</b>	<b>0</b>	<b>(Kategorie 2)</b>	<b>69.200</b>
<b>Epl. 20 - AF</b>			
20 020 - 421 01		Auswirkung lineare Erhöhung der Bezüge der Mitglieder der Landesregierung	427.700
<b>insges.</b>	<b>0</b>	<b>(Kategorie 2)</b>	<b>427.700</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>3.106</b>		<b>166.446.200</b>

Ergänzung zum Haushaltsentwurf 2016 - Personalhaushalt - zusätzliche Planstellen und Stellen -  
 flüchtlingsbedingt (Kategorie 1) und sonstige Gründe (Kategorie 2)

Kapitel - Titel	neue Stellen	Erläuterungen (z.B. Wertigkeiten, Gründe)	Personalausgaben 2016 in EUR	Kategorie
<b>Epl. 03 - MIK</b>				
03 010 - 422 01	19	Planstellen (9x A 15, 10x A 12) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 für die Asylbearbeitung im Ministerium	1.194.600	1
03 010 - 428 01	3	Planstellen A 8 sowie 2 Arbeitnehmerstellen mD für administrative Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	107.500	1
03 110 - 422 02	2	250 zusätzliche Einstellungsermächtigungen gD bei der Polizei ; 250 zusätzliche Anwärterstellen	103.300	1
03 110 - 428 01	2	Arbeitnehmerstellen gD kw zum 31.12.2019 zur Beschäftigung Sehbehinderter bei der Polizei	1.281.600	1
03 310 - 422 01	81	Planstellen (A 16, 14x A 14, 63x A 11, 3x A 9 mD) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 und Unterbringung, Betreuung und Zuweisung von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlungen	116.800	2
03 310 - 428 01	69	Arbeitnehmerstellen (64x gD, 5x mD) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 für den Bereich	4.238.200	1
		Unterrichtung, Betreuung und Zuweisung von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlungen	4.504.800	1
03 310 - 422 01	20	Planstellen (10x A 11, 10x A 9 mD) aufgrund Mehrbelastung wegen personalwirtschaftlicher Aufgaben im Zusammenhang mit den im 3. NT 2015 zusätzlich eingerichteten Lehrstellen mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	897.800	1
03 310 - 422 01	10	Planstellen (5x A 11, 5x A 9 mD) für die Berufs-/Zeugnisanerkennung von Asylbewerbern mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	448.900	1
03 310 - 422 01	10	Planstellen A 11 kw zum 31.12.2020 für die Breitbandförderung (MWEIMH)	503.400	2
03 310 - 422 02		50 zusätzliche Einstellungsermächtigungen; 50 zusätzliche Regierungsinspektor-Anwärterstellen	328.200	1
		15 zusätzliche Einstellungsermächtigungen; 15 zusätzliche Regierungssekretär-Anwärterstellen aufgrund hoher Fluktuation i.d. Asylbereich		
03 310 - 422 02		6 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für neue Laufbahn mD bei der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (Ufa Büren)	41.600	1
03 310 - 428 01	6	Arbeitnehmerstellen (2x hD, 4x gD) für das Aktionsprogramm KomMAN-NRW mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	412.200	1
03 320 - 422 60	1	Planstelle A 12 für verstärkten Qualifizierungsbedarf/Fortbildungen in Flüchtlingsssachen mit kw-Vermerk zum 31.12.2018	55.200	1
03 320 - 422 61	1	Planstelle A 13 gD für verstärkten Qualifizierungsbedarf/Fortbildungen in Flüchtlingsssachen mit kw-Vermerk zum 31.12.2018	60.100	1
03 350 - 422 01	9	Planstellen (2x W 2, 4x A 15, 3x A 11); Mehrbedarf, der bereits zum HE 2016 angemeldet und "doppelt quotiert" wurde	201.500	2
03 350 - 422 01	14	Planstellen (3x W 2, 4x A 15, 3x A 14, 4x A 10) aufgrund Erhöhung der EE der Polizei im 3. NT 2015 mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	860.800	1
		Planstellen (je 2x W 2, A 15, A 14) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 aufgrund der Erhöhung der EE der Polizei im HE 2016	142.100	1
	1	Planstelle A 13 gD für die Verwaltung aufgrund der zusätzlichen EE mit kw-Vermerk zum 31.12.2018	60.100	1
	4	Planstellen (A 15, 2x A 14, A 10) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 für die Ausbildung im staatlichen Verwaltungsdienst (EE bei 03 310) sowie Erhöhung der Aushilfsmittel	84.200	1
03 350 - 427 01			20.000	1
<b>insges.</b>	<b>258</b>		<b>15.662.900</b>	

Kapitel - Titel	neue Stellen	Erläuterungen (z.B. Wertigkeiten, Gründe)	Personalausgaben 2016 in EUR	Kategorie
<b>Epl. 04 - JM</b>				
04 210 - 422 01	13	Richterstellen R 1 mit kw-Vermerken zum 31.12.2018	869.300	1
	4	Planstellen A 9 gD mit kw-Vermerken zum 31.12.2018		1
04 210 - 427 01		Erhöhung der Aushilfsmittel für 9 Aushilfskräfte vergleichbar mD	443.800	1
04 210 - 428 01	4	Arbeitsnehmerstellen mD mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 für den personellen Mehrbedarf bei den Amts- und Landgerichten im Zusammenhang mit der Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	197.300	1
<b>insges.</b>	<b>21</b>		<b>1.510.400</b>	
<b>Epl. 05 - MSW</b>				
05 300 - 422 01	1.725	Lehrerstellen (934x A 13 hD, 302x A 13 gD, 489x A 12) mit kw-Vermerken zum 01.08.2019 zur Deckung des Grundbedarfs infolge der gestiegenen Flüchtlingszahlen	43.125.000	1
05 300 - 422 01	113	Lehrerstellen (66x A 13 hD, 20x A 13 gD, 27x A 12) für Multiprofessionelle Teams mit kw-Vermerken zum 01.08.2019	5.190.700	1
05 300 - 422 01	35	Lehrerstellen (7x A 13gD, 28x A 12) für die untere Schulaufsicht mit kw-Vermerken zum 01.08.2019	1.607.700	1
05 300 - 422 01	5	Lehrerstellen A 13 hD für die obere Schulaufsicht mit kw-Vermerken zum 01.08.2019	229.700	1
05 300 - 422 01	4	Lehrerstellen A 13 hD für Moderatoren im Bereich der Lehrerfortbildung mit kw-Vermerken zum 01.08.2019	183.700	1
05 300 - 428 60	20	Arbeitsnehmerstellen hD kw zum 01.08.2019 für Schulpsychologen	607.600	1
05 300 - 422 72	211	Lehrerstellen A 13 gD für zusätzliche Plätze in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich mit kw-Vermerken zum 01.08.2019 (12.500 Plätze 2016; 15.000 Plätze 2017)	8.619.000	1
<b>insges.</b>	<b>2.113</b>		<b>59.563.400</b>	
<b>Epl. 09 - MBWSV</b>				
09 010 - 422 01	2	Planstellen (A 14, A 11) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 zur Abwicklung des Förderprogramms zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge	100.800	1
	2	Planstellen (A 14, A 11) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 zur Abwicklung des Städtebausonderprogramms für Flüchtlinge	100.800	1
	1	Planstelle A 14 mit kw-Vermerk zum 31.12.2018 für die Beratung der Bauaufsichtsbehörden im Land	57.900	1
<b>insges.</b>	<b>5</b>		<b>259.500</b>	

Kapitel - Titel	neue Stellen	Erläuterungen (z.B. Wertigkeiten, Gründe)	Personalausgaben 2016 in EUR	Kategorie
<b>Epl. 11 - MAIS</b>				
11 010 - 422 01	5	Planstellen (1x B 4, 2x A 15, A 13 gD, A 12) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 und		1
11 010 - 428 01	5	Arbeitsnehmerstellen (1x AT entspr. B 2, 4x gD) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 für die zusätzliche Aufgabe "Soziale Eingliederung von Flüchtlingen"	759.500	1
	1	Arbeitsnehmerstelle hD zur Umsetzung der Hilfen für erlittenes Unrecht für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie	80.900	2
<b>insges.</b>	<b>11</b>		<b>840.400</b>	
<b>Epl. 15 - MGEPA</b>				
15 010 - 422 01	4	Planstellen (3x A 14, A 12) mit kw-Vermerken zum 31.12.2018 für die Koordinierung und Konzeptionierung von Gesundheitsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie der (psychiatrischen) Betreuung von Flüchtlingen, insbesondere traumatisierten Flüchtlingen und begleitende Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung in Gesundheitsberufe	235.100	1
<b>insges.</b>	<b>4</b>		<b>235.100</b>	
<b>Summe</b>	<b>2.412</b>		<b>78.071.700</b>	
nach Kategorien:				
1	2.390		77.169.100	
2	22		902.600	

**Ergänzung  
des Entwurfs eines Gesetzes  
über die Feststellung des Haushaltsplans  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
für das Haushaltsjahr 2016  
(Haushaltsgesetz 2016 – HHG 2016)**

Der Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016 – HHG 2016) - Landtagsdrucksache 16/9300 - vom 20. August 2015

wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In § 1 wird die Zahl „66 992 895 000“ durch die Zahl „69 564 594 900“ ersetzt.
2. In § 2 Absatz 1 wird die Zahl „1 627 000 000“ durch die Zahl „1 986 000 000“ ersetzt.
3. § 8 wird wie folgt gefasst:

**„§ 8**

**Zusätzliche Ausgaben des Landes und der Kommunen  
im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und  
Asylbewerbern**

Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags in die Leistung von zusätzlichen Ausgaben zur Entlastung der Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern einzuwilligen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden, die bei den Haushaltsansätzen noch nicht berücksichtigt sind. Entsprechendes gilt bei der Bereitstellung von zusätzlichen Finanzhilfen des Bundes für Belastungen, die vom Land zu tragen sind. Das Finanzministerium wird ermächtigt, die für die Verausgabung der Bundesmittel erforderlichen Haushaltstitel, sofern diese noch nicht vorhanden sind, einzurichten.“

4. § 15 wird wie folgt geändert:
  - a) nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

**„(3a) Grundstücke für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und  
Asylbewerbern**

Gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit § 64 Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Grundstücke des Landes direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung an Gemeinden und Gemeindeverbände oder mehrheitlich kommunale Gesellschaften für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern veräußert werden dürfen oder ein Erbbaurecht bestellt werden darf. Dies gilt abweichend von § 63 Absatz 2 LHO auch dann, wenn die Veräußerung Bestandteil

einer Partnerschaft von Land und Erwerber zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben ist. An dem Veräußerungs- und Realisierungsprozess können auch Dritte beteiligt werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags ist alsbald von der Veräußerung oder Erbbaurechtsbestellung zu unterrichten.“

b) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

**„(6) Einzelfälle**

Gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit § 64 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass

1. die nachfolgend aufgeführten Grundstücke direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung veräußert werden dürfen:
    - a) Grundstücke in Dormagen, Grundbuch von Zons, Gemarkung Zons, Flur 12, Flurstücke 109, 212, 214, 229 und 231 mit einer Gesamtgröße von 36.613 m<sup>2</sup>,
    - b) Grundstück in der Stadt Bonn, Gemarkung Bonn, Flur 26, Flurstücke 899-901, mit insgesamt 16.052 m<sup>2</sup> an die Bundesrepublik Deutschland oder eine bundesunmittelbare juristische Person des öffentlichen Rechts zur Nutzung durch internationale Organisationen einschließlich internationaler Nicht-regierungsorganisationen,
    - c) Grundstücke in Siegen, Gemarkung Geisweid, Flur 14, Flurstück 80 mit einer Größe von 8.598 m<sup>2</sup> und Gemarkung Weidenau, Flur 22, Flurstück 360 mit einer Größe von 590 m<sup>2</sup>,
    - d) Grundstücke in Gelsenkirchen, Gemarkung Ückendorf, Flur 13, Flurstücke 388 und 419 mit einer Gesamtgröße von 2.623 m<sup>2</sup>,
  2. an den nachfolgend aufgeführten Grundstücken direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung ein Erbbaurecht bestellt werden darf:
    - a) Grundstück in der Gemeinde Bonn, Gemarkung Eendenich, Flur 2, Flurstück 2748 mit einer Größe von ca. 2.000 m<sup>2</sup>,
    - b) Teilfläche des Grundstücks in der Gemeinde Bonn, Gemarkung Kessenich, Flur 13, Flurstück 1124 mit einer Größe von ca. 1.600 m<sup>2</sup>,
  3. die nachfolgend aufgeführten Grundstücke direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung wahlweise veräußert oder Erbbaurechte daran bestellt werden dürfen:
    - a) Teilfläche des Grundstücks Gemarkung Mönchengladbach, Flur 67, Flurstück 196 mit einer Größe von ca. 4.300 m<sup>2</sup>,
    - b) Teilfläche des Grundstücks in der Gemeinde Bonn, Gemarkung Eendenich, Flur 2, Flurstück 2748 mit einer Größe von ca. 1.600 m<sup>2</sup>.“
- c) In Absatz 7 wird das Wort „Bürgerkriegsflüchtlinge“ durch das Wort „Flüchtlinge“ ersetzt.
5. § 20 wird folgender Absatz 5 angefügt:

**„(5) Bürgschaft zur Absicherung eines Darlehens an die Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“, Düsseldorf**

Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium eine Bürgschaft zugunsten der NRW.BANK, Düsseldorf, zur Absicherung eines Darlehens an die Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“, Düsseldorf, für deren unselbständige Stiftung „Kunst im Landesbesitz“,

Düsseldorf, zum Erwerb von Kunstwerken aus dem Eigentum der Portigon AG, Düsseldorf, bis zu einer Höhe von 30 000 000 Euro zu übernehmen.“

6. § 28 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung an Zuwendungsempfängerinnen oder Zuwendungsempfänger, deren Gesamtausgaben überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten werden, mit der Maßgabe, dass die auf die Besserstellung entfallenden Ausgaben nicht zuwendungsfähig sind.“

7. § 28 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 3 wird der folgende Satz eingefügt:

„Im Rahmen von Bundes- und/oder Landesförderungen im Bereich der Nr. 8 kann abweichend von den Sätzen 1 und 2 der kommunale Eigenanteil vollständig aus Landesmitteln übernommen werden, soweit entsprechende Förderrichtlinien des Bundes oder des Landes dies zulassen.“

- b) In dem neuen Satz 5 werden das Wort „Regelung“ durch das Wort „Regelungen“ und das Wort „geht“ durch das Wort „gehen“ ersetzt.

8. Der dem Haushaltsgesetz 2016 (Entwurf) beigefügte Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) wird durch den dieser Ergänzungsvorlage beigefügten Gesamtplan ersetzt.
9. Der dem Haushaltsgesetz 2016 (Entwurf) beigefügte Haushaltsplan wird nach Maßgabe der dieser Ergänzungsvorlage beigefügten Ergänzungen geändert.

**Haushaltsplan  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Gesamtplan**

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

## Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigungen	Ausgaben
	2016 (TEUR)	2015* (TEUR)	2016 (TEUR)	2016 (TEUR)	2015* (TEUR)
01 Landtag	195,2	195,2	130 455,5	4 550,2	126 171,6
02 Ministerpräsidentin	727,5	862,5	122 135,7	23 630,0	121 398,0
03 Ministerium für Inneres und Kommunales	178 476,4	189 831,2	8 531 003,5	1 293 021,2	6 691 481,8
04 Justizministerium	1 176 014,2	1 199 239,0	4 036 962,7	40 928,2	3 883 922,1
05 Ministerium für Schule und Weiterbildung	266 153,0	264 874,3	17 262 666,0	290 972,3	16 261 650,5
06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	1 418 888,0	1 239 984,8	8 248 569,8	752 429,0	7 779 344,4
07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	159 274,9	109 937,3	3 372 580,6	159 020,0	3 023 846,4
09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	2 064 174,0	1 872 608,1	3 510 024,9	1 719 568,0	3 135 409,2
10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	403 063,8	385 642,8	1 000 262,6	941 398,6	946 322,9
11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	3 276 244,7	3 012 818,6	4 222 652,0	152 603,6	3 922 881,5
12 Finanzministerium	1 157 776,3	749 035,5	2 211 099,0	47 478,0	2 108 242,3
13 Landesrechnungshof	163,8	163,7	41 306,4	-,	41 257,1
14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	185 290,8	316 305,8	550 722,1	492 690,8	825 898,2
15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	234 645,8	235 833,4	1 087 434,2	169 673,0	1 029 572,0
16 Verfassungsgerichtshof	0,2	-,	58,0	-,	-,
20 Allgemeine Finanzverwaltung	59 043 506,3	56 139 975,0	15 236 661,9	168 052,0	15 819 909,2
<b>Zusammen</b>	<b>69 564 594,9</b>	<b>65 717 307,2</b>	<b>69 564 594,9</b>	<b>6 256 014,9</b>	<b>65 717 307,2</b>

\* Stand: 3. Nachtragshaushalt 2015 einschl. Umsetzungen im Haushaltsvollzug 2015 = Vorjahresvergleichszahl.

### Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

# FINANZIERUNGSÜBERSICHT

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>HAUSHALTSVOLUMEN</b>	69.564,6
<b>II.</b>	<b>ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
1.	<b>Ausgaben</b> (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	69.557,7
2.	<b>Einnahmen</b> (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	67.575,8
3.	<b>Finanzierungssaldo</b>	-1.981,9
<b>III.</b>	<b>ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
4.	<b>Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	19.964,9
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	17.978,9
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	1.986,0
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	—
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	4,2
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,3
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	0,2
9.	Finanzierungssaldo	-1.981,9
<b>IV.</b>	<b>NACHRICHTLICH</b>	
	<b>ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL</b>	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	1.986,0
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	17.978,9
	Kreditermächtigung (brutto)	19.964,9

# KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt (brutto)	— 19.964,9
	Zusammen	19.964,9
<b>II.</b>	<b>TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	156,4 17.978,9
	Zusammen	18.135,4
<b>III.</b>	<b>NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	-156,4 1.986,0
	Zusammen	1.829,6

## **Begründung:**

### **I. Allgemeiner Teil:**

Die Nettoneuverschuldung beträgt 1.829,6 Mio. Euro. Die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten eigenfinanzierten Investitionen beträgt 4.652,9 Mio. Euro. Damit ist die gemäß Artikel 83 Satz 2 Landesverfassung NRW (LV) im Regelfall maximal zulässige Kreditaufnahme (Verfassungsgrenze) eingehalten.

### **II. Besonderer Teil:**

#### **Zu Nr. 1:**

Die Änderung im Haushaltsvolumen ist Folge der Ansatzänderungen in den Einzelplänen.

#### **Zu Nr. 2:**

Diese Vorschrift regelt die Höhe der Kreditemächtigung.

#### **Zu Nr. 3:**

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015 eine Reihe von gemeinsamen Beschlüssen gefasst. Sie sehen u.a. für die Länder im Jahr 2016 weitere Mittel des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern vor.

Der Bund trägt danach ab dem 1. Januar 2016 einen Teil der Kosten für den Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Das geschieht, indem der ermittelte durchschnittliche Aufwand pro Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 670 Euro monatlich an die Länder erstattet wird. Für das Jahr 2016 erhalten die Länder eine Abschlagszahlung. Es werden für die Berechnung der Abschlagszahlung durchschnittlich 800.000 Asylbewerber im Verfahren des BAMF unterstellt und eine Verfahrensdauer von fünf Monaten angenommen. Dies ergibt einen Betrag von 2,68 Mrd. Euro. Ende 2016 erfolgt eine personenscharfe Spitzabrechnung für 2016, die bei der für 2017 festzulegenden Abschlagszahlung berücksichtigt wird.

Darüber hinaus werden den Ländern für diejenigen Antragsteller, die nicht als politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge anerkannt wurden, für pauschal einen Monat ebenfalls 670 Euro erstattet.

Der Bund leistet einen Beitrag zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von 350 Mio. Euro jährlich und unterstützt Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Zu diesem Zweck erhöht der Bund die den Ländern zugewiesenen Kompensationsmittel in den Jahren 2016 bis 2019 um jeweils 500 Mio. Euro.

Eine Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen erfolgt zum 30. Juni 2016. Die Beteiligten sind sich bewusst, dass aufgrund der sich schnell entwickelnden Flüchtlingslage weitere Maßnahmen erforderlich werden können.

Mit der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, im Haushaltsvollzug die Finanzhilfen des Bundes im Landeshaushalt zu vereinnahmen und an die Kommunen als Letztempfänger weiterzuleiten. Etwaige hierfür erforderliche Ausgabentitel können – sofern nicht vorhanden – im Haushaltsvollzug eingerichtet werden. Die Einzelheiten, insbesondere die für die Verteilung anzuwendenden Kriterien, bleiben einer Ausführungsregelung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales vorbehalten.

#### **Zu Nr. 4:**

##### **Nr. 4 a):**

Aufgrund der erheblich gestiegenen Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern sind insbesondere für die Aufnahme und Unterbringung der Menschen die Kapazitäten deutlich zu erweitern. Um auch an dieser Stelle eine enge Zusammenarbeit von Land und Kommunen zu gewährleisten, wird hier die generelle Möglichkeit eines Direktverkaufs von Landesgrundstücken ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren eröffnet, um eine zeitliche Verkürzung der Verfahren zu erreichen. Es wird weiterhin zugelassen, dass Land und Kommune im Wege einer Partnerschaft den ihnen obliegenden Aufgaben in diesem Themenkomplex nachkommen können. So kann eine Kommune das Grundstück des Landes erwerben, die baurechtlichen Planungsvoraussetzungen für eine Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes schaffen, als Bauherr diese verantwortlich errichten, dem Land zu dessen Aufgabenerfüllung zunächst vermieten und die Immobilien später eigenverantwortlich für die eigene Aufgabenerfüllung als Unterbringungseinrichtung nutzen. Die Beteiligung Dritter an dem Projekt wird in geeigneten Fällen zugelassen, um die Umsetzung der öffentlichen Primäraufgabe – Ausweitung der Aufnahme und Unterbringungskapazitäten – zu erleichtern.

##### **Nr. 4 b):**

Aufgenommen werden weitere Einzelfälle von Direktveräußerungen bzw. Erbbaurechtsbestellungen. Wegen der zunehmenden Anzahl der Regelungsfälle wurde die Vorschrift aus Gründen der Übersichtlichkeit insgesamt neu gefasst.

1. Die Aufnahme der Grundstücke in Dormagen (Nr. 1 a) wurde bereits im Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 2015 umgesetzt und soll entsprechend im Haushaltsgesetz 2016 nachvollzogen werden. Die Stadt Dormagen plant auf den in Rede stehenden Flurstücken die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) bzw. einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für ca. 500 Personen. Diese Liegenschaft soll dann an das Land NRW vermietet werden. Aufgrund der örtlichen Nähe und aus logistischen Gründen unterstützt die Stadt Dormagen das Land NRW bei der Aufgabe der Unterbringung Asylsuchender. Der Verkauf des Grundstücks liegt damit im Interesse des Landes.

2. Die Grundstücke in Gelsenkirchen (Nr. 1 d), auf denen zurzeit noch das Arbeitsgericht Gelsenkirchen untergebracht ist, sollen an die Gemeinnützige Gelsenkirchener Wohnungsbaugesellschaft mbH (100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Gelsenkirchen) verkauft werden. Diese beabsichtigt einen Großteil der Gebäudeflächen vorübergehend an die Westfälische Hochschule Gelsenkirchen zu vermieten, die dort das "NRW-Zentrum für Talentförderung" als Bestandteil des Kernarbeitsprogramms der Landesregierung unterbringen möchte. Eine Drittvermarktung des Grundstückes ist aufgrund der Marktbedingungen in Gelsenkirchen und der spezifischen Baumerkmale schwierig, sodass die vorgesehene Veräußerung an die Wohnungsbaugesellschaft im Landesinteresse liegt.

3. Geplant ist die Bestellung eines Erbbaurechts (Nr. 2 b) auf dem Gelände des Universitätsklinikums Bonn auf dem Venusberg zugunsten des "Förderkreises für krebskranke Kinder und Jugendliche Bonn e.V." (Förderkreis). Die Bestellung soll es dem Förderkreis ermöglichen, in unmittelbarer Nähe des neu zu errichtenden Eltern-Kind-Zentrums (EIKi) des Universitätsklinikums Bonn mit Spendengeldern ein Familienhaus zu erstellen und ohne Gewinnerzielungsabsicht zu betreiben. Die Ansiedlung verbessert die Möglichkeiten des Universitätsklinikums zur erfolgreichen Behandlung schwerstkranker Kinder und Jugendlicher und erhöht damit deren Chancen auf Heilung. Somit trägt das Familienhaus auch dazu bei, die Leistungsfähigkeit des Universitätsklinikums sicher zu stellen.

4. Geplant ist die Veräußerung eines Teilgrundstücks oder die Bestellung eines Erbbaurechtes (Nr. 3 b) daran auf dem "Campus Poppelsdorf" in Bonn zu Gunsten des Zoologischen Forschungsmuseums

Alexander Koenig - Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere (ZFMK). Die Veräußerung oder Erbbaurechtsbestellung soll es dem ZFMK ermöglichen, sich in unmittelbarer Nähe der Fachgruppe Biologie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn anzusiedeln, um diesen insbesondere in Forschung und Lehre zu unterstützen. Die Ansiedelung fördert somit die Kooperation mit der Universität Bonn in Übereinstimmung mit den Aufgaben einer Hochschule gemäß § 3 des Hochschulgesetzes.

**Nr. 4 c)**

Die Änderung stellt klar, dass sich die Unterstützung der Kommunen durch das Land im Wege der mietzinsfreien Überlassung von Grundstücken selbstverständlich nicht nur spezifisch auf Bürgerkriegsflüchtlinge bezieht.

**Zu Nr. 5:**

Im Zuge der öffentlichen Diskussion über den Umgang mit der Kunstsammlung der Portigon AG wurde als Weg für den Erhalt dieses Kunstbestandes für das Land Nordrhein-Westfalen die Gründung einer Stiftung erarbeitet, welche die Kunstwerke aus dem Eigentum der Portigon AG erwerben und sie geeigneten Museen in Nordrhein-Westfalen zur öffentlichen Präsentation zur Verfügung stellen soll. Die Finanzierung des Ankaufs soll dabei über ein Darlehen der NRW.BANK dargestellt werden, welches über eine Bürgschaft des Landes abgesichert werden soll.

**Zu Nr. 6:**

Mit dem Entwurf zum Haushaltsgesetz 2016 ist eine Änderung im Anwendungsbereich des Besserstellungsverbot vorgesehen. Im Rahmen der Projektförderung soll zugelassen werden, dass auch der Zuwendungsempfänger gefördert werden darf, der seine Beschäftigten besser stellt als vergleichbare Landesbeschäftigte. Die Höhe der Förderung wird jedoch auf die Höhe der an vergleichbaren Beschäftigten des Landes gewährten Leistungen begrenzt (Kappung).

In der am 22.09.2015 durchgeführten Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses trugen Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW Bedenken dahingehend vor, dass tarifvertragliche Bindungen des Zuwendungsempfängers im Rahmen einer Projektförderung nicht berücksichtigt würden.

Dieser Effekt soll bei einer Projektförderung ebenso wenig eintreten wie bei einer institutionellen Förderung und war durch die Neuregelung auch nicht beabsichtigt. Die Formulierung in § 28 Satz 1, 2 HS „vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung“ gilt unbeschadet der mit dem Haushaltsentwurf vorgesehenen Neuregelung für beide Förderarten. Dies wird nun durch die unmittelbare Anknüpfung am Beginn von Satz 2 textlich klargestellt („Entsprechendes gilt ...“), um in der Rechtsanwendung Missverständnisse und Unsicherheiten zu vermeiden.

**Zu Nr. 7:**

§ 28 des Haushaltsgesetzes wird dahingehend erweitert, dass für die Breitbandausbauförderung der Förderrahmen für Kommunen von bis zu 90 Prozent auf 100 Prozent ausgeweitet werden kann, wenn eine Förderrichtlinie des Bundes oder des Landes diesen Rahmen zulässt.

Der Entwurf der Breitbandförderrichtlinie des Bundes sieht vor, dass Kommunen mit Haushalts sicherungskonzept von ihrem Mindesteigenanteil von 10 Prozent entlastet werden können, wenn das Land diesen Anteil übernimmt. Mit der ergänzenden Regelung wird die Möglichkeit geschaffen, den Eigenanteil der Kommunen sowohl bei einer Bundes- als auch Landesförderung durch Landesmittel zu ersetzen.

**Zu den Nrn. 8 und 9:**

Die Änderungen sind die Folge der Ansatzänderungen in den Einzelplänen.

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes  
Drucksache 16/9302 – vom 19.08.2015**

**1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:**

**a) § 6 erhält folgende neue Fassung:**

**„Für Schlüsselzuweisungen wird insgesamt ein Betrag von 8 810 388 000 Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird aufgeteilt auf die Schlüsselmasse für**

<b>1. Gemeinden mit</b>	<b>6 915 166 200 Euro,</b>
<b>2. Kreise mit</b>	<b>1 030 975 200 Euro,</b>
<b>3. Landschaftsverbände mit</b>	<b>864 246 600 Euro.“</b>

**b) In § 16 Absatz 1 wird der Betrag „826 074 700 Euro“ durch den Betrag „884 886 000 Euro“ ersetzt.**

**In § 16 Absatz 2, Satz 2 wird der Betrag „790 740 700 Euro“ durch den Betrag „849 552 000 Euro“ ersetzt.**

**In § 16 Absatz 3 wird der Betrag „666 862 300 Euro“ durch den Betrag „716 460 100 Euro“ ersetzt.**

**In § 16 Absatz 4 wird der Betrag „67 386 400 Euro“ durch den Betrag „72 398 300 Euro“ ersetzt.**

**In § 16 Absatz 5 wird der Betrag „56 492 000 Euro“ durch den Betrag „60 693 600 Euro“ ersetzt.**

**c) In § 19 Absatz 1 wird der Betrag „32 930 100 Euro“ durch den Betrag „34 167 300 Euro“ ersetzt.**

**In § 19 Absatz 2 Nummer 1 wird der Betrag „8 316 800 Euro“ durch den Betrag „8 648 100 Euro“ ersetzt.**

**In § 19 Absatz 2 Nummer 2 wird der Betrag „5 292 100 Euro“ durch den Betrag „5 502 900 Euro“ ersetzt.**

**In § 19 Absatz 2 Nummer 3 wird der Betrag „3 387 000 Euro“ durch den Betrag „3 447 300 Euro“ ersetzt.**

**In § 19 Absatz 2 Nummer 4 wird der Betrag „9 275 100 Euro“ durch den Betrag „9 644 600 Euro“ ersetzt.**

**In § 19 Absatz 2 Nummer 5 wird der Betrag „6 659 100 Euro“ durch den Betrag „6 924 400 Euro“ ersetzt.**

d) Anlage 1 zu § 2 Absatz 3 erhält folgende neue Fassung:

<b>Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2016</b>	
	Euro
<b><u>Obligatorischer Steuerverbund</u></b>	
<b>Gemeinschaftsteuern</b>	
Lohnsteuer	16 224 951 600
veranlagte Einkommensteuer	4 320 973 400
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 002 516 100
Körperschaftsteuer	2 015 101 500
Umsatzsteuer	13 594 854 000
Einfuhrumsatzsteuer	4 975 056 100
Abgeltungssteuer	814 902 200
<b><u>Fakultativer Steuerverbund</u></b>	
Gründerwerbsteuer (4/7tel Anteil)	1 342 007 600
<b>Summe Verbundsteuern</b>	<b>45 290 362 500</b>
<b>Bereinigung Verbundsteuern (§ 2 Absatz 2 GFG)</b>	
Länderfinanzausgleich	1 471 003 200
Familienleistungsausgleich	- 726 639 700
Entlastungsausgleich Ost/ Soziallastenausgleich neue Länder	168 982 000
Kompensation Spielbankabgabe	- 13 049 000
Kompensation Betriebskosten KiFöG	- 181 587 000
Kompensation Steuervereinfachungsgesetz 2011	- 18 081 000
Umsatzsteuerkorrektur der Bundesmittel für Asylbewerber	- 39 555 000
<b>Verbundgrundlagen insgesamt</b>	<b>45 951 436 000</b>
<b>Verbundsatz in Prozent (§ 2 Absatz 1 Satz 1 GFG)</b>	<b>23,00</b>
<b>Originäre Finanzausgleichsmasse (§ 2 Absatz 1 GFG)</b>	<b>10 568 830 300</b>
<i>Prozentpunkte im Verbundsatz für pauschalieren Belastungsausgleich im Rahmen der kommunalen Einheitslastenbeteiligung (§ 2 Absatz 1 GFG)</i>	<i>1,17</i>
<i>in der originären Finanzausgleichsmasse enthaltener pauschaler Belastungsausgleich im Rahmen der kommunalen Einheitslastenbeteiligung (§ 2 Absatz 1 GFG)</i>	<i>537 631 801</i>
<b>Vorwegabzüge (§ 3 GFG)</b>	
Tantiemen	- 4 389 000
Konsolidierungshilfe	- 185 000 000
<b>Verteilbare Finanzausgleichsmasse</b>	<b>10 379 441 300</b>

e) Anlage 3 zu § 27 Absatz 3 Satz 1 erhält folgende Ergänzung:

<b>Bevölkerungszahlen in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen</b>			
<b>Gebietskörperschaft</b>	<b>Bevölkerungszahl 31. Dezember</b>		
	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Aachen, Stadt	243 336	241 683	240 086
Ahaus, Stadt	38 927	38 753	38 578
Ahlen, Stadt	52 077	51 766	51 877
Aldenhoven	13 672	13 611	13 709
Alfter	23 153	23 003	22 941
Alpen	12 622	12 614	12 629
Alsdorf, Stadt	46 337	46 313	46 326
Altena, Stadt	17 270	17 595	17 869
Altenbeken	9 127	9 177	9 233
Altenberge	10 178	10 054	10 041
Anröchte	10 325	10 362	10 408
Arnsberg, Stadt	73 436	73 501	73 897
Ascheberg	15 044	15 070	15 059
Attendorn, Stadt	24 277	24 336	24 399
Augustdorf	9 649	9 547	9 533
Bad Berleburg, Stadt	19 515	19 236	19 472
Bad Driburg, Stadt	18 554	18 338	18 431
Bad Honnef, Stadt	25 078	24 845	24 832
Bad Laasphe, Stadt	13 841	13 977	14 039
Bad Lippspringe, Stadt	15 358	15 203	15 091
Bad Münterifel, Stadt	17 083	17 236	17 395
Bad Oeynhausien, Stadt	48 346	48 294	48 354
Bad Salzuflen, Stadt	52 277	52 121	52 180
Bad Sassendorf	11 650	11 615	11 523
Bad Wünnenberg, Stadt	12 160	12 129	12 112
Baesweiler, Stadt	26 597	26 497	26 445
Balve, Stadt	11 509	11 476	11 566
Barntrup, Stadt	8 783	8 824	8 918
Beckum, Stadt	36 135	35 909	36 062
Bedburg, Stadt	23 037	22 846	22 930
Bedburg-Hau	12 792	12 689	12 625
Beelen	6 268	6 226	6 300
Bergheim, Stadt	59 656	59 272	59 297
Bergisch Gladbach, Stadt	109 697	109 425	109 138
Bergkamen, Stadt	48 218	48 209	48 534
Bergneustadt, Stadt	18 865	18 835	18 897
Bestwig	11 412	11 353	11 446
Beverungen, Stadt	13 336	13 396	13 548
Bielefeld, krfr. Stadt	329 782	328 864	328 314
Billerbeck, Stadt	11 447	11 416	11 460
Blankenheim	8 336	8 414	8 534
Blomberg, Stadt	15 229	15 282	15 509
Bocholt, Stadt	70 837	70 856	71 080
Bochum, krfr. Stadt	361 876	361 734	362 213
Bönen	17 934	17 980	18 023
Bonn, krfr. Stadt	313 958	311 287	309 869

Borchen	13 291	13 196	13 144
Borgentreich, Stadt	9 435	8 997	9 002
Borgholzhausen, Stadt	8 666	8 646	8 633
Borken, Stadt	41 484	41 386	41 455
Bornheim, Stadt	46 623	46 437	46 365
Bottrop, krfr. Stadt	116 017	116 055	116 498
Brakel, Stadt	16 441	16 535	16 722
Breckerfeld, Stadt	8 943	8 915	8 942
Brilon, Stadt	25 461	25 499	25 644
Brüggen	15 443	15 469	15 482
Brühl, Stadt	43 995	44 029	43 875
Bünde, Stadt	45 116	45 189	45 189
Burbach	14 431	14 418	14 453
Büren, Stadt	21 555	21 548	21 577
Burscheid, Stadt	18 166	18 108	18 120
Castrop-Rauxel, Stadt	73 518	73 751	74 123
Coesfeld, Stadt	35 923	35 813	35 693
Dahlem	4 198	4 172	4 163
Datteln, Stadt	34 351	34 332	34 507
Delbrück, Stadt	31 171	30 828	30 542
Detmold, Stadt	73 586	73 449	73 602
Dinslaken, Stadt	67 065	67 190	67 379
Dörentrup	7 941	8 017	8 084
Dormagen, Stadt	62 773	62 498	62 379
Dorsten, Stadt	75 439	75 547	76 030
Dortmund, krfr. Stadt	580 511	575 944	572 087
Drensteinfurt, Stadt	15 260	15 239	15 122
Drolshagen, Stadt	11 791	11 848	11 787
Duisburg, krfr. Stadt	485 465	486 855	486 816
Dülmen, Stadt	45 903	45 870	46 071
Düren, Stadt	89 024	88 953	88 768
Düsseldorf, krfr. Stadt	604 527	598 686	593 682
Eitorf	18 471	18 585	18 665
Elsdorf, Stadt	21 083	20 991	20 781
Emmerich am Rhein, Stadt	30 279	30 105	30 038
Emsdetten, Stadt	35 760	35 447	35 448
Engelskirchen	19 242	19 211	19 269
Enger, Stadt	20 385	20 228	20 285
Ennepetal, Stadt	29 703	29 825	29 931
Ennigerloh, Stadt	19 519	19 526	19 558
Ense	12 279	12 176	12 255
Erfstadt, Stadt	49 179	49 037	49 164
Erkelenz, Stadt	42 917	42 792	42 901
Erkrath, Stadt	43 700	43 639	43 786
Erndtebrück	7 170	7 220	7 242
Erwitte, Stadt	15 822	15 663	15 679
Eschweiler, Stadt	55 171	55 026	54 775
Eslohe (Sauerland)	8 846	8 892	8 936
Espelkamp, Stadt	24 693	24 604	24 592
Essen, krfr. Stadt	573 784	569 884	566 862
Euskirchen, Stadt	56 077	55 558	55 502
Everswinkel	9 434	9 391	9 326
Extertal	11 369	11 477	11 653
Finnentrop	16 999	16 958	17 025
Frechen, Stadt	51 510	51 080	50 607
Freudenberg, Stadt	17 796	17 873	17 953

Fröndenbergr/Ruhr, Stadt	20 695	20 705	20 698
Gangelt	11 741	11 642	11 452
Geilenkirchen, Stadt	26 765	26 626	26 420
Geldern, Stadt	33 191	33 064	33 009
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	257 651	257 850	257 607
Gescher, Stadt	16 857	16 887	16 889
Geseke, Stadt	20 612	20 511	20 588
Gevelsberg, Stadt	31 146	30 949	31 080
Gladbeck, Stadt	74 086	74 011	74 002
Goch, Stadt	33 401	33 063	32 894
Grefrath	14 703	14 760	14 863
Greven, Stadt	35 854	35 278	34 924
Grevenbroich, Stadt	62 124	61 891	61 530
Gronau (Westf.), Stadt	46 265	45 998	45 590
Gummersbach, Stadt	49 734	49 665	49 722
Gütersloh, Stadt	96 085	95 507	94 973
Haan, Stadt	30 166	29 985	29 848
Hagen, krfr. Stadt	186 716	185 996	186 243
Halle (Westf.), Stadt	21 158	21 167	21 228
Hallenberg, Stadt	4 457	4 380	4 435
Haltern am See, Stadt	37 526	37 266	37 246
Halver, Stadt	16 091	16 218	16 300
Hamm, krfr. Stadt	176 580	176 048	176 440
Hamminkeln, Stadt	26 590	26 369	26 284
Harsewinkel, Stadt	24 183	23 789	23 862
Hattingen, Stadt	54 407	54 358	54 286
Havixbeck	11 579	11 588	11 574
Heek	8 438	8 466	8 459
Heiden	8 113	8 071	8 050
Heiligenhaus, Stadt	25 474	25 419	25 502
Heimbach, Stadt	4 322	4 335	4 359
Heinsberg, Stadt	41 138	40 908	40 913
Hellenthal	7 971	8 011	8 168
Hemer, Stadt	33 757	34 678	35 487
Hennef (Sieg), Stadt	46 399	45 806	45 455
Herdecke, Stadt	22 541	22 572	22 754
Herford, Stadt	65 538	65 333	65 113
Herne, krfr. Stadt	154 608	154 417	154 563
Herscheid	7 167	7 237	7 228
Herten, Stadt	60 710	60 582	61 001
Herzebrock-Clarholz	15 969	15 857	15 875
Herzogenrath, Stadt	46 398	46 546	46 478
Hiddenhausen	19 591	19 614	19 602
Hilchenbach, Stadt	14 947	14 993	15 189
Hilden, Stadt	54 894	54 737	54 736
Hille	15 754	15 788	15 900
Holzwickede	16 722	16 721	16 725
Hopsten	7 553	7 542	7 510
Horn-Bad Meinberg, Stadt	17 120	17 185	17 182
Hörstel, Stadt	19 578	19 491	19 610
Horstmar, Stadt	6 349	6 364	6 409
Hövelhof	15 922	15 813	15 706
Höxter, Stadt	29 388	29 523	29 812
Hückelhoven, Stadt	38 946	38 709	38 593
Hückeswagen, Stadt	15 029	15 102	15 139
Hüllhorst	13 033	13 033	13 106

Hünxe	13 516	13 512	13 526
Hürtgenwald	8 608	8 585	8 606
Hürth, Stadt	57 925	57 230	56 435
Ibbenbüren, Stadt	50 665	50 438	50 560
Inden	7 151	7 020	6 922
Iserlohn, Stadt	92 899	93 119	93 799
Isselburg, Stadt	10 716	10 701	10 819
Issum	11 916	11 876	11 801
Jüchen	22 855	22 556	22 379
Jülich, Stadt	32 247	32 089	32 044
Kaarst, Stadt	42 504	42 165	42 156
Kalkar, Stadt	13 685	13 670	13 727
Kall	11 103	11 162	11 306
Kalletal	13 797	13 849	14 006
Kamen, Stadt	43 189	43 177	43 496
Kamp-Lintfort, Stadt	37 118	36 973	37 093
Kempen, Stadt	34 630	34 618	34 825
Kerken	12 489	12 401	12 481
Kerpen, Stadt	64 171	63 784	63 650
Kevelaer, Stadt	27 870	27 635	27 565
Kierspe, Stadt	16 120	16 116	16 139
Kirchhundem	11 686	11 777	11 938
Kirchlengern	15 951	15 890	16 040
Kleve, Stadt	48 802	48 172	47 826
Köln, krfr. Stadt	1 046 680	1 034 175	1 024 373
Königswinter, Stadt	40 057	39 976	39 908
Korschenbroich, Stadt	32 306	32 305	32 193
Kranenburg	10 340	10 234	10 191
Krefeld, krfr. Stadt	222 500	222 058	222 026
Kreuzau	17 192	17 071	17 163
Kreuztal, Stadt	31 067	30 899	30 827
Kürten	19 553	19 458	19 489
Ladbergen	6 511	6 439	6 382
Laer	6 633	6 515	6 467
Lage, Stadt	34 719	34 671	34 636
Langenberg	8 196	8 124	8 113
Langenfeld (Rhld.), Stadt	57 083	56 982	56 993
Langerwehe	13 544	13 478	13 469
Legden	7 018	6 926	6 936
Leichlingen (Rhld.), Stadt	27 825	27 646	27 437
Lemgo, Stadt	40 709	40 717	40 808
Lengerich, Stadt	22 056	21 978	21 867
LenneStadt, Stadt	25 800	25 908	26 139
Leopoldshöhe	16 094	16 037	15 930
Leverkusen, krfr. Stadt	161 540	160 819	159 926
Lichtenau, Stadt	10 621	10 588	10 528
Lienen	8 511	8 511	8 542
Lindlar	21 222	21 038	21 071
Linnich, Stadt	12 364	12 446	12 594
Lippetal	11 801	11 758	11 866
Lippstadt, Stadt	66 518	66 312	66 100
Lohmar, Stadt	29 820	29 679	29 550
Löhne, Stadt	39 605	39 521	39 479
Lotte	13 998	13 949	13 848
Lübbecke, Stadt	25 461	25 398	25 467
Lüdenscheid, Stadt	72 923	72 927	73 336

Lüdinghausen, Stadt	23 921	23 672	23 569
Lügde, Stadt	9 653	9 776	9 990
Lünen, Stadt	84 783	84 775	84 798
Marienheide	13 502	13 570	13 595
Marienmünster, Stadt	5 134	5 181	5 230
Marl, Stadt	83 527	83 634	84 055
Marsberg, Stadt	19 771	19 908	20 110
Mechernich, Stadt	26 882	26 763	26 776
Meckenheim, Stadt	23 806	23 628	23 574
Medebach, Stadt	7 828	7 857	7 876
Meerbusch, Stadt	54 599	54 389	54 592
Meinerzhagen, Stadt	20 554	20 689	20 814
Menden (Sauerland), Stadt	52 979	53 354	53 876
Merzenich	9 846	9 903	9 911
Meschede, Stadt	30 002	30 103	30 358
Metelen	6 445	6 391	6 355
Mettingen	11 698	11 644	11 708
Mettmann, Stadt	37 836	37 867	37 564
Minden, Stadt	80 212	79 969	79 853
Moers, Stadt	102 923	103 108	103 504
Möhnesee	10 908	10 855	10 916
Mönchengladbach, krfr. Stadt	256 853	255 430	255 087
Monheim am Rhein, Stadt	40 403	40 098	40 205
Monschau, Stadt	11 841	11 866	11 967
Morsbach	10 262	10 236	10 435
Much	14 243	14 130	14 106
Mülheim an der Ruhr, krfr. St.	167 108	166 640	166 654
Münster, krfr. Stadt	302 178	299 708	296 599
Nachrodt-Wiblingwerde	6 554	6 508	6 608
Netphen, Stadt	23 076	23 051	23 185
Nettersheim	7 416	7 438	7 475
Nettetal, Stadt	41 605	41 533	41 438
Neuenkirchen	13 595	13 551	13 578
Neuenrade, Stadt	11 995	12 017	12 011
Neukirchen-Vluyn, Stadt	26 881	26 846	26 924
Neunkirchen	13 609	13 638	13 724
Neunkirchen-Seelscheid	19 546	19 481	19 537
Neuss, Stadt	152 644	152 252	151 486
Nideggen, Stadt	9 718	9 785	9 864
Niederkassel, Stadt	37 025	36 841	36 734
Niederkrüchten	14 961	14 991	15 008
Niederzier	13 768	13 688	13 714
Nieheim, Stadt	6 231	6 483	6 382
Nordkirchen	9 677	9 618	9 746
Nordwalde	9 294	9 325	9 354
Nörvenich	10 366	10 261	10 412
Nottuln	19 390	19 297	19 295
Nümbrecht	16 748	16 665	16 598
Oberhausen, krfr. Stadt	209 292	209 097	210 005
Ochtrup, Stadt	19 209	19 065	19 077
Odenthal	14 769	14 727	14 764
Oelde, Stadt	28 787	29 014	28 983
Oer-Erkenschwick, Stadt	30 817	30 550	30 503
Oerlinghausen, Stadt	16 583	16 683	16 654
Olfen, Stadt	12 273	12 182	12 134
Olpe, Stadt	24 646	24 592	24 663

Olsberg, Stadt	14 739	14 716	14 786
Ostbevern	10 640	10 587	10 537
Overath, Stadt	26 977	26 812	26 809
Paderborn, Stadt	145 176	143 659	143 575
Petershagen, Stadt	25 339	25 451	25 662
Plettenberg, Stadt	25 564	25 684	25 968
Porta Westfalica, Stadt	35 208	35 374	35 347
Preußisch Oldendorf, Stadt	12 430	12 544	12 593
Pulheim, Stadt	53 345	53 109	53 080
Radevormwald, Stadt	22 115	22 025	22 236
Raesfeld	11 141	11 088	11 102
Rahden, Stadt	15 365	15 455	15 509
Ratingen, Stadt	86 636	86 388	86 821
Recke	11 246	11 224	11 259
Recklinghausen, Stadt	114 147	115 320	115 385
Rees, Stadt	21 244	21 303	21 300
Reichshof	18 727	18 688	18 765
Reken	14 392	14 411	14 320
Remscheid, krfr. Stadt	109 009	108 955	109 352
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	47 177	46 876	46 858
Rhede, Stadt	19 043	19 051	19 052
Rheinbach, Stadt	26 852	26 790	26 639
Rheinberg, Stadt	30 728	30 610	30 684
Rheine, Stadt	73 944	73 484	73 285
Rheurdt	6 667	6 665	6 670
Rietberg, Stadt	28 990	28 696	28 583
Rödinghausen	9 656	9 620	9 723
Roetgen	8 268	8 238	8 231
Rommerskirchen	12 717	12 546	12 510
Rosendahl	10 664	10 614	10 716
Rösrath, Stadt	28 049	27 792	27 561
Ruppichteroth	10 327	10 222	10 234
Rüthen, Stadt	10 668	10 322	10 448
Saerbeck	7 082	7 054	7 055
Salzkotten, Stadt	24 690	24 547	24 627
Sankt Augustin, Stadt	54 631	54 285	54 109
Sassenberg, Stadt	14 016	13 909	13 943
Schalksmühle	10 462	10 549	10 665
Schermbeck	13 500	13 431	13 408
Schieder-Schwalenberg, Stadt	8 602	8 766	8 868
Schlangen	9 016	8 973	8 943
Schleiden, Stadt	12 869	12 918	12 892
Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	26 385	26 318	26 329
Schmallenberg, Stadt	24 926	24 980	25 149
Schöppingen	7 413	7 403	7 136
Schwalmtal	18 922	18 863	18 895
Schwelm, Stadt	27 800	27 898	28 139
Schwerte, Stadt	46 270	46 198	46 376
Selfkant	9 988	9 993	9 916
Selm, Stadt	25 557	25 553	25 697
Senden	20 175	20 142	20 033
Sendenhorst, Stadt	12 920	12 880	12 853
Siegburg, Stadt	39 878	39 563	39 103
Siegen, Stadt	100 325	99 403	99 261
Simmerath	15 094	15 022	15 015

Soest, Stadt	46 925	46 699	46 685
Solingen, krfr. Stadt	156 771	155 768	155 316
Sonsbeck	8 665	8 610	8 655
Spenge, Stadt	14 577	14 623	14 681
Sprockhövel, Stadt	25 026	24 989	25 230
Stadtlohn, Stadt	20 141	20 005	20 069
Steinfurt, Stadt	33 225	33 123	33 327
Steinhagen	20 389	20 301	20 197
Steinheim, Stadt	12 757	12 790	12 848
Stemwede	13 375	13 446	13 607
Stolberg (Rhld.), Stadt	56 414	56 191	56 089
Straelen, Stadt	15 741	15 668	15 578
Südlohn	8 958	8 944	8 902
Sundern (Sauerland), Stadt	27 963	28 022	28 165
Swisttal	17 753	17 480	17 497
Tecklenburg, Stadt	8 821	8 793	8 839
Telgte, Stadt	19 217	18 996	18 879
Titz	8 231	8 190	8 181
Tönisvorst, Stadt	29 093	29 181	29 322
Troisdorf, Stadt	73 494	72 978	72 784
Übach-Palenberg, Stadt	24 025	23 948	24 052
Uedem	8 120	8 128	8 082
Unna, Stadt	58 724	58 856	59 015
Velbert, Stadt	80 572	80 572	80 902
Velen, Stadt	12 986	12 936	12 987
Verl, Stadt	25 006	24 947	24 892
Versmold, Stadt	20 953	20 753	20 817
Vettweiß	9 020	8 970	8 935
Viersen, Stadt	75 058	74 907	74 952
Vlotho, Stadt	18 800	18 970	19 035
Voerde (Niederrhein), Stadt	36 267	36 514	36 729
Vreden, Stadt	22 462	22 389	22 395
Wachtberg	19 964	19 827	19 786
Wachtendonk	8 026	7 898	7 884
Wadersloh	12 167	12 294	12 386
Waldbröl, Stadt	18 689	18 872	18 947
Waldfeucht	8 747	8 720	8 734
Waltrop, Stadt	28 971	28 885	28 926
Warburg, Stadt	23 290	23 302	23 391
Warendorf, Stadt	36 972	36 886	37 006
Warstein, Stadt	25 112	25 247	25 504
Wassenberg, Stadt	17 375	17 182	17 101
Weeze	10 400	10 127	10 306
Wegberg, Stadt	27 668	27 713	27 745
Weilerswist	16 444	16 131	15 824
Welver	12 029	12 036	12 126
Wenden	19 560	19 528	19 572
Werdohl, Stadt	17 976	18 073	18 310
Werl, Stadt	29 860	30 061	30 455
Wermelskirchen, Stadt	34 461	34 472	34 679
Werne, Stadt	29 682	29 448	29 578
Werther (Westf.), Stadt	11 306	11 353	11 264
Wesel, Stadt	60 088	60 070	60 241
Wesseling, Stadt	35 547	35 224	34 973
Westerkappeln	10 963	10 917	10 903
Wetter (Ruhr), Stadt	27 443	27 596	27 725

Wettringen	7 959	7 904	7 822
Wickede (Ruhr)	12 233	11 354	11 476
Wiehl, Stadt	25 149	25 047	25 266
Willebadessen, Stadt	8 204	8 243	8 343
Willich, Stadt	50 652	50 599	50 663
Wilnsdorf	20 132	20 196	20 249
Windeck	18 661	18 724	18 769
Winterberg, Stadt	12 720	12 788	12 918
Wipperfürth, Stadt	21 334	21 336	21 392
Witten, Stadt	95 907	95 629	96 136
Wülfrath, Stadt	20 996	20 946	21 040
Wuppertal, krfr. Stadt	345 425	343 488	342 885
Würselen, Stadt	38 205	37 685	37 421
Xanten, Stadt	21 281	21 186	21 273
Zülpich, Stadt	19 779	19 634	19 689

f) Anlage 4 zu § 19 Absatz 2 Nummer 1 erhält folgende Ergänzung:

### Kurortehilfe 2016

<b>Gemeinden</b>	<b>Betrag EUR</b>
Aachen	161 168
Bad Berleburg	310 006
Bad Driburg	697 895
Bad Laasphe	161 168
Bad Lippspringe	365 885
Bad Münstereifel	161 168
Bad Oeynhausen	725 695
Bad Salzuflen	480 365
Bad Sassendorf	601 262
Bad Wünnenberg	179 263
Brakel	40 292
Brilon	80 584
Detmold	80 584
Erwitte	213 797
Eslohe	86 094
Freudenberg	40 292
Heimbach	261 479
Horn-Bad Meinberg	545 809
Kirchhundem	40 292
Lage	40 292
Lennestadt	40 292
Lippstadt	161 168
Marienmünster	40 292
Monschau	99 701
Nieheim	80 584
Nümbrecht	83 334
Olsberg	129 273
Petershagen	40 292
Porta Westfalica	80 584
Preußisch Oldendorf	179 979
Reichshof	80 584
Rödinghausen	40 292
Schieder-Schwalenberg	80 584
Schleiden	84 423
Schmallenberg	680 386
Sundern	40 292
Tecklenburg	196 613
Vlotho	40 292
Warburg	40 292
Willebadessen	40 292
Winterberg	1 074 869
Xanten	40 292
<b>Summe</b>	<b>8 648 100</b>

g) Anlage 5 zu § 19 Absatz 2 Nummer 2 erhält folgende Ergänzung:

### Abwassergebührenhilfe 2016

<b>Gemeinden</b>	<b>Betrag EUR</b>
Anröchte	23 049
Barntrup	46 532
Bergkamen	318 443
Bergneustadt	128 253
Dörentrup	24 389
Engelskirchen	121 912
Freudenberg	97 717
Hellenthal	75 966
Hürtgenwald	61 873
Kall	43 647
Lindlar	222 092
Leopoldshöhe	288 460
Lohmar	368 613
Marieneide	2 515
Marienmünster	6 786
Mechemich	321 867
Monschau	221 171
Morsbach	121 855
Much	56 963
Nachrodt-Wiblingwerde	8 325
Neunkirchen-Seelscheid	255 658
Nieheim	15 498
Nümbrecht	86 995
Overath	518 439
Porta Westfalica	35 311
Reichshof	3 254
Roetgen	82 594
Rommerskirchen	102 176
Schleiden	239 638
Siegburg	387 010
Simmerath	117 008
Titz	135 475
Vlotho	176 278
Waldbröl	273 759
Weilerswist	86 956
Welper	54 095
Windeck	257 293
Zülpich	115 035
<b>Summe</b>	<b>5 502 900</b>

h) Anlage 6 zu § 19 Absatz 2 Nummer 3 erhält folgende Ergänzung:

**Gaststreitkräftestationierungshilfe 2016**

<b>Gemeinde</b>	<b>Betrag EUR</b>
Bad Lippspringe	336 323
Gangelt	325 609
Geilenkirchen	453 621
Gütersloh	195 400
Harsewinkel	434 941
Paderborn	1 506 006
Uedem	195 400
<b>Summe</b>	<b>3 447 300</b>

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

#### 1 Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2016

Die Ableitung der Finanzausgleichsmasse im Steuerverbund 2016 wird nach dem Ist-Aufkommen der relevanten Verbundsteuern im Verbundzeitraum 1.10.2014 bis 30.9.2015 durchgeführt.

Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2016					
1	Zeile	Steuerverbund 2015*) Euro	Steuerverbund 2016**)		
			Euro	Veränderung zu 2015*)	
				absolut	%
2	3	4	5	6	
<b>Obligatorischer Steuerverbund</b>					
<b>Gemeinschaftsteuern</b>					
	* Lohnsteuer	14 999 357 842	16 224 951 600	1 225 593 758	8,17
	* veranlagte Einkommensteuer	3 941 595 237	4 320 973 400	379 378 163	9,62
	* nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 775 510 669	2 002 516 100	227 005 431	12,79
	* Körperschaftsteuer	2 139 837 632	2 015 101 500	- 124 736 132	-5,83
	* Umsatzsteuer	12 450 264 535	13 594 854 000	1 144 589 465	9,19
	* Einfuhrumsatzsteuer	4 700 184 765	4 975 056 100	274 871 335	5,85
	* Abgeltungssteuer	775 419 636	814 902 200	39 482 564	5,09
<b>Fakultativer Steuerverbund</b>					
	* Grunderwerbsteuer (4/7tel Anteil)	1 057 871 100	1 342 007 600	284 136 500	26,86
	<b>Summe Verbundsteuern</b>	<b>41 840 041 416</b>	<b>45 290 362 500</b>	<b>3 450 321 084</b>	<b>8,25</b>
<b>Bereinigung Verbundsteuern (§ 2 Absatz 2 GFG)</b>					
	* Länderfinanzausgleich	1 451 594 500	1 471 003 200	19 408 700	1,34
	* Familienleistungsausgleich	- 700 465 300	- 726 639 700	- 26 174 400	3,74
	* Entlastungsausgleich Ost/ Soziallastenausgleich neue Länder	165 394 000	168 982 000	3 588 000	2,17
	* Kompensation Spielbankabgabe	- 13 072 000	- 13 049 000	23 000	-0,18
	* Kompensation Betriebskosten KiföG	- 170 740 000	- 181 587 000	- 10 847 000	6,35
	* Kompensation Steuervereinfachungsgesetz 2011	- 17 765 600	- 18 081 000	- 315 400	1,78
	* Umsatzsteuerkorrektur der Bundesmittel für Asylbewerber		- 39 555 000	- 39 555 000	
	<b>Verbundgrundlagen insgesamt</b>	<b>42 554 987 000</b>	<b>45 951 436 000</b>	<b>3 396 449 000</b>	<b>7,98</b>
	<b>Verbundsatz in Prozent (§ 2 Absatz 1 Satz 1 GFG)</b>	<b>23,00</b>	<b>23,00</b>		
	<b>Originäre Finanzausgleichsmasse (§ 2 Absatz 1 GFG)</b>	<b>9 787 647 000</b>	<b>10 568 830 300</b>	<b>781 183 300</b>	<b>7,98</b>
<i>darin enthaltener Belastungsausgleich für die kommunale Einheitslastenbeteiligung:</i>					
	<i>* 1,17 Prozentpunkte für die Pauschalierung des Belastungsausgleichs anstelle einer Spitzabrechnung</i>	<i>497 893 348</i>	<i>537 631 801</i>	<i>39 738 453</i>	<i>7,98</i>
<b>Vorwegabzüge (§ 3 GFG)</b>					
	* Tantiemen	- 4 367 000	- 4 389 000	- 22 000	0,50
	* Konsolidierungshilfe	- 115 000 000	- 185 000 000	- 70 000 000	60,87
	<b>Verteilbare Finanzausgleichsmasse</b>	<b>9 668 280 000</b>	<b>10 379 441 300</b>	<b>711 161 300</b>	<b>7,36</b>

\*) Ist 10/13-09/14

\*\*) Ist 10/14-09/15

Im Steuerverbund 2016 beträgt nach den Ist-Ergebnissen des Verbundzeitraums die originäre Finanzausgleichsmasse insgesamt 10 568 830 300 Euro. Gegenüber dem Steuerverbund 2015 bedeutet dies eine Erhöhung um 781 183 300 Euro (+ 7,98 %). Im Ergebnis steht eine verteilbare Finanzausgleichsmasse in Höhe von 10 379 441 300 Euro zur Verfügung. Gegenüber dem Steuerverbund 2015 entspricht das einer Steigerung um 711 161 300 Euro (+ 7,36 %).

#### 2 Aufteilung der Mittel des Steuerverbundes 2016

Primäre Aufgabe des Finanzausgleichs ist es, zu einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen und zum Ausgleich von Finanzkraftunterschieden beizutragen. Diese Aufgabe ist nicht zuletzt Ausfluss der von Grundgesetz und Landesverfassung gewährleisteten Selbstverwaltungsgarantie.

Mit insgesamt 8 949 889 300 Euro werden 86,23 % der verteilbaren Finanzausgleichsmasse 2016 konsumtiv bereitgestellt. Mit insgesamt 1 429 552 000 Euro investiver Zuweisungsmittel ergibt sich im Finanzausgleich 2016 ein Investitionsanteil von 13,77 %.

### 3 Verteilung der Mittel des Steuerverbundes 2016

Die verteilbare Finanzausgleichsmasse in Höhe von 10 379 441 300 Euro wird auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Sonderpauschalen und Bedarfszuweisungen aufgeteilt und nach verschiedenen Kriterien auf die Kommunen verteilt.

<b>Aufteilung der Finanzausgleichsmasse 2016</b>					
Zuweisungsart	Zeile	Steuerverbund 2015*) Mio. Euro	Steuerverbund 2016**)		
			Mio. Euro	Veränderung zu 2015 absolut Mio. Euro	%
1	2	3	4	5	6
<b>Verteilbare Finanzausgleichsmasse</b>	<b>1</b>	<b>9.668,2800</b>	<b>10.379,4413</b>	<b>+ 711,1613</b>	<b>7,36%</b>
<b>Allgemeine Zuweisungen</b>					
<b>Schlüsselzuweisungen insgesamt:</b>	<b>2</b>	<b>8.204,0181</b>	<b>8.810,3880</b>	<b>+ 606,3699</b>	<b>7,39%</b>
* Gemeinden	3	6.438,6499	6.915,1662	+ 476,5163	7,40%
* Kreise	4	960,3366	1.030,9752	+ 70,6386	7,36%
* Landschaftsverbände	5	805,0316	864,2466	+ 59,2150	7,36%
<b>Zuweisungen aufgrund von Sonderbedarfen außerhalb des Schlüsselzuweisungssystems</b>	<b>6</b>	<b>34,5408</b>	<b>34,1673</b>	<b>- 0,3735</b>	<b>-1,08%</b>
* Kurortehilfe	7	8,0556	8,6481	+ 0,5925	7,36%
* Abwassergebührenhilfe	8	5,1259	5,5029	+ 0,3770	7,35%
* Aufwendungshilfen Gaststreitkräfte	9	5,9255	3,4473	- 2,4782	-41,82%
* Aufwendungshilfen Landschaftliche Kulturpflege	10	8,9838	9,6446	+ 0,6608	7,36%
* Einmalige Zuweisungen	11	6,4500	6,9244	+ 0,4744	7,36%
<b>Allgemeine Zuweisungen insgesamt</b>	<b>12</b>	<b>8.238,5589</b>	<b>8.844,5553</b>	<b>+ 605,9964</b>	<b>7,36%</b>
<b>Pauschalierte Zweckzuweisungen</b>					
<b>Pauschale Förderung investiver Maßnahmen gesamt:</b>	<b>13</b>	<b>779,7211</b>	<b>884,8860</b>	<b>+ 105,1649</b>	<b>13,49%</b>
* Abfinanzierung Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds NRW	14	36,0120	35,3340	- 0,6780	-1,88%
* <b>Verteilbare Investitionspauschale gesamt:</b>	<b>15</b>	<b>743,7091</b>	<b>849,5520</b>	<b>+ 105,8429</b>	<b>14,23%</b>
* IVP Allgemein	16	627,1987	716,4601	+ 89,2614	14,23%
* IVP Sozialhilfeträger	17	63,3784	72,3983	+ 9,0199	14,23%
* IVP Eingliederungshilfe	18	53,1320	60,6936	+ 7,5616	14,23%
<b>Sonderpauschalzuweisungen insgesamt</b>	<b>19</b>	<b>650,0000</b>	<b>650,0000</b>	<b>+ 0,0000</b>	<b>0,00%</b>
* Schulpauschale/ Bildungspauschale	20	600,0000	600,0000	+ 0,0000	0,00%
* Sportpauschale	21	50,0000	50,0000	+ 0,0000	0,00%
<b>Pauschalierte Zweckzuweisungen insgesamt</b>	<b>22</b>	<b>1.429,7211</b>	<b>1.534,8860</b>	<b>+ 105,1649</b>	<b>7,36%</b>
<b>Allg. Zuweisungen und Zweckzuweisungen insgesamt</b>	<b>23</b>	<b>9.668,2800</b>	<b>10.379,4413</b>	<b>+ 711,1613</b>	<b>7,36%</b>
<i>konsumtive Mittel****)</i>	24	8.344,5709	8.949,8893	+ 605,3184	7,25%
<i>investive Mittel</i>	25	1.323,7091	1.429,5520	+ 105,8429	8,00%
<i>Prozentanteil konsumtiv</i>	26	86,31%	86,23%		
<i>Prozentanteil investiv</i>	27	13,69%	13,77%		
<i>allgemeine Zuweisungen</i>	28	8.238,5589	8.844,5553	+ 605,9964	7,36%
<i>zweckgebundenen Zuweisungen</i>	29	1.429,7211	1.534,8860	+ 105,1649	7,36%
<i>Prozentanteil allgemein</i>	30	85,21%	85,21%		
<i>Prozentanteil zweckgebunden</i>	31	14,79%	14,79%		

\*) Ist 10/13-09/14  
 \*\*) Ist 10/14-09/15  
 \*\*\*) inkl. Schulpauschale/Bildungspauschale anteilig 70 Mio. EUR und Abfinanzierung Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds NRW

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu Nummer 1 Buchstabe a**

Auf Schlüsselzuweisungen entfallen im Finanzausgleich 2016 insgesamt 8 810 388 000 Euro; das entspricht einem Anteil an der gesamten verteilbaren Finanzausgleichsmasse von 84,88 %. Damit stehen für Schlüsselzuweisungen im Steuerverbund 2016 gegenüber dem Steuerverbund 2015 insgesamt 606 369 900 Euro (+ 7,39 %) mehr zur Verfügung.

### **Zu Nummer 1 Buchstabe b**

Der Finanzausgleich 2016 enthält eine verteilbare Investitionspauschale von insgesamt 849 552 000 Euro; das entspricht einem Anteil an der gesamten verteilbaren Finanzausgleichsmasse von rund 6,90 %. Gegenüber dem Jahr 2015 steigen die Investitionspauschalen um 14,23 %.

Die Beträge in § 16 Absatz 1 bis 5 sind gegenüber dem ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurf angepasst worden. Der investive Anteil an der gesamten verteilbaren Finanzausgleichsmasse beträgt 13,77 % (Steuerverbund 2015 rund 13,69 %).

### **Zu Nummer 1 Buchstabe c**

Bedarfszuweisungen erhalten Gemeinden (GV) für besondere Bedarfe, die nicht im Schlüsselzuweisungssystem berücksichtigt sind, oder als einmalige Zuweisungen zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungs- und besonderer Bedarfssituationen. Für die Bedarfszuweisungen sind im GFG insgesamt 34 167 300 Euro vorgesehen. Das sind insgesamt 373 500 Euro weniger als im Steuerverbund 2015 (- 1,08 %).

Die Erhöhung der Einzelansätze folgt der dem Gesetzentwurf bereits zu Grunde liegenden Systematik.

### **Zu Nummer 1 Buchstabe d**

Anlage 1 zu § 2 Absatz 3 wurde entsprechend der nun vorliegenden Ist-Ergebnisse der relevanten Verbundgrundlagen (Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen) im Verbundzeitraum 1.10.2014 bis 30.9.2015 angepasst.

### **Zu Nummer 1 Buchstaben e bis h**

Es handelt sich um die bereits im ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurf angekündigten Ergänzungen bzw. Anpassungen der entsprechenden Anlagen.

Auflage 6

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Landtags  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Kapitel 01 010**  
**Landtag**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	
<b>01 010</b>	<b>Landtag</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Personalausgaben</b>			
<b>422 01 011</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....</b>	<b>6 366 300</b>	<b>+200 600</b>	<b>6 566 900</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.</i>			
<b>428 01 011</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .</b>	<b>10 724 500</b>	<b>+383 300</b>	<b>11 107 800</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.</i>			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 01 010. ....</b>	<b>122 877 900</b>	<b>+583 900</b>	<b>123 461 800</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 01 010. ....</b>	<b>4 525 000</b>	<b>—</b>	<b>4 525 000</b>

## Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
01 100	<b>Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Personalausgaben</b>			
422 01 011	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....</b>	3 114 500	+42 300	3 156 800
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nord- rhein-Westfalen.			
428 01 011	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .</b>	586 100	+32 900	619 000
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nord- rhein-Westfalen.			
	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>			
n e u				
547 20 011	<b>Sonstige Sächliche Verwaltungsausgaben. ....</b>	—	+100 000	100 000
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf.			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 01 100. ....</b>	4 761 900	+175 200	4 937 100
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 01 100. ....</b>	25 200	—	25 200

**Einzelplan 01  
Landtag**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	195 200	—	195 200
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	129 696 400	+759 100	130 455 500
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	4 550 200	—	4 550 200

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Inneres und Kommunales**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**

**Kapitel 03 010**  
**Ministerium**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

03 010

**Ministerium****A u s g a b e n****Personalausgaben**

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .** 37 824 100 +2 441 600 40 265 700

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
55	37	Bes.Gr. A 15 Kriminaldirektor/Kriminaldirektorin Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin 18 (9) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Asylberwerberzahlen)
108	89	Bes.Gr. A 12 Amtsrat/Amtsärztin Polizeihauptkommissar/Polizeihauptkommissarin 19 (9) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Asylberwerberzahlen)
3	—	Bes.Gr. A 8 Regierungshauptsekretär/Regierungshauptsekretärin 3 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Asylberwerberzahlen)
663	623	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>
213	195	Höherer Dienst
412	393	Gehobener Dienst
38	35	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

40 neue Planstellen aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen, davon 18 als Nachvollzug des 3. Nachtrags 2015.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .** 14 466 900 +103 300 14 570 200

**Begründung:**

Zwei neue Stellen aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen.

**Erläuterung**  
**Zu Titel 428 01:**
**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Mittlerer Dienst	151	149	+2
Gesamt	240	238	+2

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem mittleren Dienst sind  
- 2 (0) Stellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Asylbewerberzahlen)

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## Sächliche Verwaltungsausgaben

517 01	011	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume.</b> . . . . .	1 229 900	+494 000	1 723 900
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
		bisher	mehr / weniger	neu	
		—	+3 000 000	3 000 000	

**Begründung:**

Mehrbedarf für die Sicherung des Dienstgebäudes, Alarmsicherung.

518 01	011	<b>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume.</b> . . . . .	12 192 800	+4 956 000	17 148 800
--------	-----	---	------------	------------	------------

**Begründung:**

Erneute Veranschlagung wegen verzögertem Mittelabfluss.

547 10	011	<b>Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (Budgetierung).</b> . . . . .	895 300	+393 000	1 288 300
--------	-----	---	---------	----------	-----------

**Begründung:**

Mehrbedarf als Folgekosten der zusätzlichen Planstellen.

Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)

632 12	011	<b>Erstattung der Kosten für die Geschäftsstelle Fachbeirat und Glücksspielaufsicht.</b> . . . . .	193 300	+1 800 000	1 993 300
--------	-----	--	---------	------------	-----------

**Begründung:**

Einmaliger Mehrbedarf durch Abrechnung der Jahre 2012 bis 2014.

633 40	249	<b>Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.</b> . . . . .	375 670 000	+1 572 330 000	1 948 000 000
--------	-----	--	-------------	----------------	---------------

**Begründung:**

Anpassung an Änderungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes.

**Erläuterung****Zu Titel 633 40:**

Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) stellt das Land für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der ausländischen Flüchtlinge den Gemeinden jährlich Finanzmittel zur Verfügung. Die Verteilung erfolgt nach den Regelungen dieses Gesetzes.

**Mehr**

- in Höhe von 65,7 Mio. EUR aufgrund der Zusammenführung mit der der Pauschalieren Sonderzahlung nach § 4b FlüAG alter Fassung (vgl. Erläuterungen zu Titel 633 41),
- in Höhe von 931,3 Mio. EUR aufgrund der im Rahmen des Achten Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (GV. NRW. 2015 S. 683) geänderten Vorschriften für die Bemessung der Pauschalieren Landeszuweisung (Änderung der Stichtagsregelung),
- in Höhe von 575,3 Mio. EUR aufgrund der vorgesehen Aufstockung der Landeszuweisung (vgl. Erläuterungen zu Titel 633 42), die jedoch noch der Umsetzung im Zuge einer weiteren Änderung des FlüAG bedarf.

633 41	249	<b>Landeszuweisungen an Gemeinden zur anteiligen Erstattung der Mehrausgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.07.2012.</b> . . . . .	65 736 000	-65 736 000	—
--------	-----	--	------------	-------------	---

**Begründung:**

Anpassung an die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes.

**Erläuterung****Zu Titel 633 41:**

Im Rahmen des Achten Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 01.10.2015 (GV. NRW. 2015 S. 683) ist die bisherige Regelung des § 4b FlüAG, die Grundlage für die nach diesem Titel vorgesehenen Landeszuweisungen war, zur Anpassung an das novellierte Asylbewerberleistungsgesetz ersatzlos gestrichen worden. Die danach bisher gewährten Landeszuweisungen sind jedoch nicht entfallen, sondern wurden mit der allgemeinen Pauschalieren Landeszuweisung (vgl. Titel 633 40) zusammengeführt.

**Kapitel 03 010**  
**Ministerium**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
633 42 249	<b>Zuweisungen an Gemeinden in Höhe der Hälfte des auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallenden Anteils aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. ....</b>	<b>54 000 000</b>	<b>-54 000 000</b>	<b>—</b>
	<i>Begründung:</i> Anpassung an das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz.			
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 633 42:</b>				
Die auf der Basis der Verständigung zwischen Bund und Ländern ursprünglich für 2016 vorgesehenen Mittel sind aufgrund des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) auf 2015 vorgezogen worden und werden daher bei diesem Titel im Haushaltsvollzug 2015 mit verausgabt. Der bisher vorgesehene Mittelansatz 2016 entfällt.				
Auf der Grundlage des gemeinsamen Beschlusses der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik vom 24.09.2015 hat sich der Bund bereit erklärt, Länder und Kommunen ab 2016 bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern dauerhaft zu entlasten. Diese Entlastung wird über einen entsprechenden Festbetrag an der Umsatzsteuer sichergestellt (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 20 010 Titel 015 30). Der sich dadurch für 2016 per Saldo ergebende Haushaltsentlastungsbetrag wird aus Landesmitteln um rd. 3,3 Mio. EUR erhöht und für eine Aufstockung der Pauschalierten Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz verwendet (vgl. Erläuterungen zu Titel 633 40).				
684 40 249	<b>Förderung der Flüchtlingsarbeit. ....</b>	<b>230 000</b>	<b>+70 000</b>	<b>300 000</b>
	<i>Begründung:</i> Weiter ansteigende Flüchtlingszahlen			
684 41 249	<b>Soziale Beratung von Flüchtlingen. ....</b>	<b>12 342 400</b>	<b>+15 280 700</b>	<b>27 623 100</b>
	<i>Begründung:</i> Weiter ansteigende Flüchtlingszahlen			
685 40 249	<b>Zuschüsse für Rückkehrprojekte einschließlich vorbereitender Maßnahmen. ....</b>	<b>3 000 000</b>	<b>+3 714 300</b>	<b>6 714 300</b>
	<i>Begründung:</i> Weiter ansteigende Flüchtlingszahlen			
<b>Titelgruppen</b>				
Titelgruppe 70				
Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnik (CIO)				
546 70 012	<b>Aufwendungen für Leistungen der IT-Dienstleister des Landes Nordrhein-Westfalen. ....</b>	<b>19 837 800</b>	<b>+2 402 800</b>	<b>22 240 600</b>
	<i>Begründung:</i> Umsetzung der IT-Sicherheitsleitlinie; versehentlich nicht veranschlagte zentrale Mittel.			
	<b>Summe Titelgruppe 70. ....</b>	<b>30 443 500</b>	<b>+2 402 800</b>	<b>32 846 300</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 010. ....</b>	<b>669 450 000</b>	<b>+1 484 249 700</b>	<b>2 153 699 700</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 010. ....</b>	<b>27 500 000</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>30 500 000</b>

## Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber  
und Bürgerkriegsflüchtlinge

## Einnahmen

## Übrige Einnahmen

neu

281 00 249 Erstattung von Herrichtungskosten für Flüchtlingsunterkünfte bei Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. . . . .

**Begründung:**

Erstattungen des Bundes für die Herrichtung von Bundesliegenschaften zu Flüchtlingsunterkünften.

**Erläuterung****Zu Titel 281 00:**

Vorsorglich eingerichteter Einnahmetitel im Hinblick auf von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu erwartende Erstattungen von Herrichtungskosten für Flüchtlingsunterkünfte bei Liegenschaften, die von dieser angemietet sind.

<b>Gesamteinnahmen Kapitel 03 030. . . . .</b>	<b>600 000</b>	<b>—</b>	<b>600 000</b>
--	----------------	----------	----------------

## Ausgaben

- geändert:**
1. In Abweichung von § 25 Haushaltsgesetz sind die Ausgaben aller Titel des Kapitels 03 030 gegenseitig deckungsfähig.
  2. Die vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen können innerhalb des dadurch gezogenen Gesamtrahmens bei allen Titeln des Kapitels in Anspruch genommen werden.

## Sächliche Verwaltungsausgaben

514 10 249 Ausgaben für Impfmaßnahmen für die Bewohner von Aufnahmeeinrichtungen des Landes. . . . .	7 714 000	+4 084 900	11 798 900
<b>Begründung:</b> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
517 01 249 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. . . . .	12 840 000	+32 000 000	44 840 000
<b>Begründung:</b> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
517 04 249 Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume. . . . .	—	+15 160 000	15 160 000
<b>Begründung:</b> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
518 01 249 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume. . . . .	13 800 000	+103 848 000	117 648 000
<b>Begründung:</b> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			

**Kapitel 03 030**  
**Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
518 04 249	<b>Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW:</b> ..... <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	—	+30 700 000	30 700 000
519 03 249	<b>Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	11 000 000	+3 050 000	14 050 000
536 00 249	<b>Rückführung. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	7 401 000	+10 503 500	17 904 500
538 00 249	<b>Ausgaben für die Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte). ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	1 722 000	+2 500 000	4 222 000
<b>n e u</b>				
546 11 249	<b>Aufwendungen für Leistungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW und anderer Dienstleister. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	—	+31 000 000	31 000 000
<b>Erläuterung</b> <b>Zu Titel 546 11:</b> Vorjahr Kapitel 03 310 Titel 546 11				
547 10 249	<b>Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Aufnahmeeinrichtungen des Landes. ....</b> <b>Verpflichtungsermächtigung:</b> bisher            mehr / weniger            neu —                +900 000 000            900 000 000 <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	129 182 900	+459 212 400	588 395 300
<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>				
633 10 249	<b>Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Redaktionelle Änderung der Zweckbestimmung. Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	20 423 500	+25 285 600	45 709 100
633 23 249	<b>Härtefallfond für Krankheitskosten Asylsuchender. . .</b> <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	5 289 600	+2 801 000	8 090 600
<b>n e u</b>				
633 25 249	<b>Kostenerstattung für die im Rahmen der Amtshilfe für das Land tätigen Kommunen. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen</i>	—	+14 000 000	14 000 000

## Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
633 30 249	<b>Kostenerstattung an die Landschaftsverbände gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 FlüAG sowie die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 5 Abs. 2 FlüAG i.V.m. § 2 Nr. 1 FlüAG. ....</b>	4 408 000	+2 334 200	6 742 200
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
633 50 249	<b>Erstattung der Aufwendungen an die Gemeinden für die Unterhaltung der Unterbringungsplätze, die Betreuung sowie die Leistungen an ausländische Flüchtlinge in Aufnahmeeinrichtungen des Landes nach § 44 AsylVfG. ....</b>	89 538 400	+106 817 700	196 356 100
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
681 10 249	<b>Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Bewohner von Aufnahmeeinrichtungen des Landes. ....</b>	43 000 000	+47 360 000	90 360 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
681 20 249	<b>Beförderungskosten. ....</b>	8 743 400	+3 711 700	12 455 100
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
	<b>Ausgaben für Investitionen</b>			
	1. Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Baumaßnahmen der Hauptgruppe 7 sind von der Sperre nach § 24 Absatz 3 Satz 3 LHO ausgenommen, soweit sie der Erstellung von Haushaltsunterlagen gemäß § 24 LHO dienen.			
gelöscht:	2. Die Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 7 und der Titel 517 01, 517 04, 518 01, 518 04 und 519 03 sind gegenseitig deckungsfähig.			
	<i>Begründung:</i> Siehe geänderter Haushaltsvermerk Nr.2 zu den Ausgaben bei Kapitel 03 030.			
711 01 249	<b>Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten. ....</b>	—	+16 000 000	16 000 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
712 00 249	<b>Herrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber auf dem ehemaligen JHQ- Gelände in Mönchengladbach. ....</b>	3 089 100	+10 395 300	13 484 400
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger	neu	
	—	+9 000 000	9 000 000	
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
713 00 249	<b>EAE Siegen-Wittgenstein, Standort Burbach. ....</b>	—	+500 000	500 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
713 10 249	<b>EAE Siegen-Wittgenstein, Standort Bad Berleburg. . .</b>	—	+900 000	900 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			

**Kapitel 03 030**  
**Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
714 00 249	<b>UE Hemer</b> .....	3 498 000	+3 180 000	6 678 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
715 00 249	<b>UE Wickede</b> .....	—	+1 000 000	1 000 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
716 00 249	<b>UE Borgentreich</b> .....	—	+300 000	300 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
717 00 249	<b>UE Schöppingen</b> .....	—	+2 500 000	2 500 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
719 00 249	<b>UE Unna</b> .....	—	+12 500 000	12 500 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
721 00 249	<b>UE Niederkrüchten</b> .....	—	+4 600 000	4 600 000
	<i>Begründung:</i> Änderung der Zweckbestimmung. Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen.			
<b>Erläuterung</b> Zu Titel 721 00: Vorjahr Kapitel 03 310 Titel 721 00				
722 00 249	<b>UE Herford</b> .....	—	+7 500 000	7 500 000
	<i>Begründung:</i> Änderung der Zweckbestimmung. Mehrbedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen.			
<b>Erläuterung</b> Zu Titel 722 00: Vorjahr Kapitel 03 310 Titel 722 00				
723 00 249	<b>UE Wegberg</b> .....	—	—	—
	<i>Begründung:</i> Änderung der Zweckbestimmung.			
<b>Erläuterung</b> Zu Titel 723 00: Vorjahr Kapitel 03 310 Titel 723 00				
724 00 249	<b>Herrichtung/ Errichtung weiterer Unterbringungseinrichtungen für Asylsuchende</b> .....	—	—	—
	<i>Begründung:</i> Änderung der Zweckbestimmung, vorsorglich eingerichteter Leertitel. Die Titel 725 00 und 726 00 entfallen.			
<b>Erläuterung</b> Zu Titel 724 00: Vorjahr Kapitel 03 310 Titel 724 00				

## Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
<b>g e l ö s c h t</b>				
725 00 249	Herrichtung/ Errichtung einer fünften weiteren Unterbringungseinrichtung für Asylsuchende. ....	—	—	—
<b>g e l ö s c h t</b>				
726 00 249	Herrichtung/ Errichtung einer sechsten weiteren Unterbringungseinrichtung für Asylsuchende. ....	—	—	—
<b>n e u</b>				
812 10 012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen. ....	—	+3 322 000	3 322 000
	<i>Begründung:</i> Bedarf aufgrund weiter ansteigender Flüchtlingszahlen			
<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
971 10 249	Zur Verstärkung der Ansätze der Hauptgruppen 5 bis 8. ....	17 000 000	-17 000 000	—
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger	neu	
	10 000 000	-10 000 000	—	
	<i>Begründung:</i> Titelscharfe Verteilung der erforderlichen Mehrbedarfe; Änderung der Zweckbestimmung.			
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 971 10:</b>				
Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 03 310 Titel 971 10. Dieser mit dem 2. Nachtrag 2015 eingerichtete Titel entfällt.				
<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 030. ....</b>		<b>393 749 900</b>	<b>+940 066 300</b>	<b>1 333 816 200</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 030. ....</b>		<b>53 100 800</b>	<b>+899 000 000</b>	<b>952 100 800</b>

**Kapitel 03 110**  
**Polizei**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

03 110

Polizei

**A u s g a b e n**

**Personalausgaben**

**422 02 042 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. . . . .**      **66 018 000**      **+4 867 100**      **70 885 100**

**Begründung:**

Mehrbedarf für 250 zusätzliche Kommissaranwärterinnen und -anwärter aus 2015 (Folgewirkung 3. Nachtrag) sowie für weitere 250 im Jahr 2016.

**Erläuterung**

Zu Titel 422 02:

**Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst**

Eingangsamt	Dienstbezeichnung	2016 neu	2016 bisher
<b>Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>			
A 9 g.D.	Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter	5312	4812
Zusammen		5312	4812
Dazu			
Verwaltungspraktikantinnen / Verwaltungspraktikanten		-	-
Verwaltungslehrlinge		-	-
<b>Anzahl der beabsichtigten Einstellungen</b>			
A 9 g.D.	Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter	1920	1670
Zusammen		1920	1670

Einstellungsermächtigungen, die die Zahl 1.770 übersteigen, dürfen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem die Anwärterinnen und Anwärter aus dem Ausbildungsjahrgang drei Jahre zuvor ohne bestandene Laufbahnprüfung ausgeschieden sind.

**428 01 042 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .**      **277 090 600**      **+116 800**      **277 207 400**

**Begründung:**

Zwei neue Stellen für das Pilotprojekt "Blinde Bedienstete bei der Polizei NRW".

**Erläuterung**

Zu Titel 428 01:

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Gehobener Dienst	1149	1147	+2
Gesamt	5535	5533	+2

In der Laufbahn vergleichbar dem gehobenen Dienst sind  
- 2 (0) Stellen kw zum 31.12.2019 (Beschäftigung Sehbehinderter bei der Polizei)

**453 01 042 Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung. . . . .**      **3 863 700**      **+100 000**      **3 963 700**

**Begründung:**

Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015).

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
511 01 042	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände. . . . .</b>	36 846 000	+37 500	36 883 500
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015).			
514 01 042	<b>Haltung von Dienstfahrzeugen. . . . .</b>	40 950 000	+30 000	40 980 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015).			
514 02 042	<b>Dienst- und Schutzkleidung. . . . .</b>	19 520 000	+260 000	19 780 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015).			
514 10 042	<b>Verpflegungskosten. . . . .</b>	3 100 000	+4 950 000	8 050 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund steigender Einsätze der Bereitschaftspolizei.			
518 02 042	<b>Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge. . . . .</b>	7 816 000	+95 000	7 911 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015).			
536 10 042	<b>Sonstige Ausgaben für die Polizei, öffentliche Sicherheit. . . . .</b>	17 082 500	+90 000	17 172 500
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015).			
546 10 042	<b>Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften. . . . .</b>	1 000 000	+370 000	1 370 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf für Einstellungsverfahren wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei.			
<b>Ausgaben für Investitionen</b>				
714 00 042	<b>Maßnahmen zur Sicherung von Polizeigebäuden. . . . .</b>	1 900 000	+275 000	2 175 000
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.			
811 01 042	<b>Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen. . . . .</b>	39 285 000	+297 500	39 582 500
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei (Folgewirkung 3. Nachtrag 2015).			
812 00 042	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. . . . .</b>	16 060 000	+3 816 000	19 876 000
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.			

**Kapitel 03 110**  
**Polizei**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Informations- und Kommunikationstechnik

<b>812 60 042</b>	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen. ....</b>	<b>48 918 400</b>	<b>+85 000</b>	<b>49 003 400</b>
-------------------	---	-------------------	----------------	-------------------

**Begründung:***Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei.*

<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>	<b>76 982 300</b>	<b>+85 000</b>	<b>77 067 300</b>
-----------------------------------	-------------------	----------------	-------------------

<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 110. ....</b>	<b>2 952 949 500</b>	<b>+15 389 900</b>	<b>2 968 339 400</b>
--	----------------------	--------------------	----------------------

<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 110. ....</b>	<b>232 830 400</b>	<b>—</b>	<b>232 830 400</b>
--	--------------------	----------	--------------------

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>03 130</b>	<b>Deutsche Hochschule der Polizei</b>			
	<b>Einnahmen</b>			
	<b>Verwaltungseinnahmen</b>			
111 10 042	Einnahmen aus der Aus- und Fortbildung für Teilnehmer aus dem Inland. ....	696 700	-47 600	649 100
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
111 13 042	Einnahmen aus der Durchführung von Seminaren außerhalb des Fortbildungsprogramms. ....	—	+30 000	30 000
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
119 02 042	Einnahmen aus Veröffentlichungen. ....	12 700	+1 000	13 700
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
124 01 042	Mieten und Pachten. ....	60 000	+27 000	87 000
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
	<b>Übrige Einnahmen</b>			
231 00 042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund. .	1 787 100	+158 500	1 945 600
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
232 00 042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern. ....	6 641 800	+617 300	7 259 100
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
331 00 042	Erstattungen für Investitionen vom Bund. ....	11 500	+5 900	17 400
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
332 00 042	Erstattungen für Investitionen von Ländern. ....	43 100	+22 100	65 200
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 99 Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge Dritter zur Finanzierung von Forschungsvorhaben			
231 99 139	Zuweisungen vom Bund. ....	625 500	+66 000	691 500
	<i>Begründung:</i> Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)			

**Kapitel 03 130**  
**Deutsche Hochschule der Polizei**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
232 99 139	<b>Zuweisungen von Ländern. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>	14 000	-14 000	—
282 99 139	<b>Beiträge Dritter aus dem Inland. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>	—	+65 000	65 000
<b>Summe Titelgruppe 99. ....</b>		<b>639 500</b>	<b>+117 000</b>	<b>756 500</b>
<b>Gesamteinnahmen Kapitel 03 130. ....</b>		<b>9 900 000</b>	<b>+931 200</b>	<b>10 831 200</b>

**A u s g a b e n**

**Personalausgaben**

422 01 042	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>	2 101 100	-30 500	2 070 600
422 10 042	<b>Bezüge der abgeordneten Beamten. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>	1 485 600	+157 100	1 642 700
427 20 042	<b>Beschäftigungsentgelte für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>	300 000	+97 600	397 600
428 01 042	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .</b> <i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>	3 939 700	+299 300	4 239 000

Erläuterung  
Zu Titel 428 01:

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Höherer Dienst	13	8	+5
Mittlerer Dienst	38	39	-1
<b>Gesamt</b>	<b>77</b>	<b>73</b>	<b>+4</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Erläuterungen	Zugang	Abgang
Höherer Dienst	Umwandlung aus Abordnungsstelle	1	-
	Stellen für Qualitätsentwicklung	2	-
	Stellen für Hochschulentwicklung	1	-
	Hebung aus vgl. g.D.	1	-
Insgesamt h.D.		6	-
Gehobener Dienst	Hebung aus vgl. m.D.	1	-
	Hebung nach vgl. h.D.	-	1
Insgesamt g.D.		2	2
Mittlerer Dienst	Hebung nach vgl. g.D.	-	1
Insgesamt m.D.		-	2
Zusammen		8	4

441 01	042	<b>Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung. ....</b>	42 600	-	42 600
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>			

451 01	042	<b>Zuschüsse zur Betreuung von Bediensteten. ....</b>	100	-100	-
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>			

## Sächliche Verwaltungsausgaben

517 01	042	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. ....</b>	687 600	+45 000	732 600
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>			

538 00	042	<b>Ausgaben für Datenverarbeitung. ....</b>	8 000	+30 000	38 000
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>			

## Ausgaben für Investitionen

812 00	042	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. ....</b>	66 100	+33 900	100 000
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>			

**Kapitel 03 130**  
**Deutsche Hochschule der Polizei**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**Titelgruppen**

Titelgruppe 99

Ausgaben zur Finanzierung von Forschungsvorhaben  
aus Zuschüssen, Zuweisungen und Beiträgen Dritter

<b>429 99</b>	<b>139</b>	<b>Personalausgaben. ....</b>	<b>352 400</b>	<b>+78 000</b>	<b>430 400</b>
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>			
<b>547 99</b>	<b>139</b>	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben. ....</b>	<b>213 200</b>	<b>+39 000</b>	<b>252 200</b>
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Gemeinschaftsfinanzierung Bund/Länder)</i>			
		<b>Summe Titelgruppe 99. ....</b>	<b>639 500</b>	<b>+117 000</b>	<b>756 500</b>
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 130. ....</b>	<b>12 043 000</b>	<b>+749 300</b>	<b>12 792 300</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**03 310 Fünf Bezirksregierungen**
**A u s g a b e n**
**Erläuterung**
**Zu den Ausgaben:**

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel:

Titel 546 11 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 546 11)  
 Titel 713 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 713 00)  
 Titel 713 10 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 713 10)  
 Titel 714 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 714 00)  
 Titel 715 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 715 00)  
 Titel 716 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 716 00)  
 Titel 717 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 717 00)  
 Titel 718 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 718 00)  
 Titel 719 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 719 00)  
 Titel 721 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 721 00)  
 Titel 722 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 722 00)  
 Titel 723 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 723 00)  
 Titel 724 00 (verlagert nach Kapitel 03 030 Titel 724 00)  
 Titel 971 10 (mitveranschlagt bei Kapitel 03 030 Titel 971 10); vgl. Begründung zu aufnehmendem Titel

**Personalausgaben**

<b>422 01 012</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....</b>	<b>128 321 700</b>	<b>+16 131 900</b>	<b>144 453 600</b>
-------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher
-------------	----------------

227	226	Bes.Gr. A 16 Leitender/Leitende Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin Leitender/Leitende Regierungsschuldirektor/Regierungsschuldirektorin 1 (0) Planstelle kw zum 31.12.2018 (Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern)
249	214	Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin 35 (21) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern)
778	525	Bes.Gr. A 11 Regierungsamtman/Regierungsamtfrau Polizeihauptkommissar/Polizeihauptkommissarin 234 (171) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern) 10 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Aufgaben aufgrund zusätzlicher Lehrerstellen im 3. Nachtrag 2015) 5 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Berufs-/Zeugnisanerkennung von Asylbewerbern) 10 (0) Planstellen kw zum 31.12.2020 (Breitbandförderung- MWEIMH)

**Kapitel 03 310**  
**Fünf Bezirksregierungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
329	300 Bes.Gr. A 9 Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin Polizeihauptmeister/Polizeihauptmeisterin 14 (11) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern) 10 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Aufgaben aufgrund zusätzlicher Lehrerstellen im 3. Nachtrag 2015) 5 (0) Stellen kw zum 31.12.2018 (Berufs-/Zeugnisanerkennung von Asylbewerbern)			
2.739	2.421 Planstellen			
—	davon Dienstwohnungsinhaber			
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>				
800	764 Höherer Dienst			
1.408	1.155 Gehobener Dienst			
524	495 Mittlerer Dienst			
7	7 Einfacher Dienst			

**Begründung:**

318 zusätzliche Planstellen aufgrund weiter steigender Flüchtlingszahlen, davon 197 als Nachvollzug des 3. Nachtrags 2015

<b>422 02 012</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. . . . .</b>	<b>8 726 600</b>	<b>+369 800</b>	<b>9 096 400</b>
-------------------	---	------------------	-----------------	------------------

**Begründung:**

Zusätzliche Einstellungsermächtigungen aufgrund steigender Flüchtlingszahlen (50 Regierungsinspektoranwärter, 15 Regierungssekretäranwärter und 6 Vollzugsoberssekretäranwärter für die Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige in Büren)

**Erläuterung****Zu Titel 422 02:****Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst**

Eingangsjahr	Dienstbezeichnung	2016 neu	2016 bisher
<b>Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>			
A 7 m.D.	Vollzugsoberssekretäranwärter/Vollzugsoberssekretäranwärterinnen	6	—
Zusammen		650	644
<b>Dazu</b>			
	Verwaltungspraktikantinnen / Verwaltungspraktikanten	—	—
	Verwaltungslehrlinge	—	—
<b>Anzahl der beabsichtigten Einstellungen</b>			
A 9 g.D.	Regierungsinspektoranwärter/ Regierungsinspektoranwärterinnen	150	100
A 7 m.D.	Vollzugsoberssekretäranwärter/Vollzugsoberssekretäranwärterinnen	6	—
A 6 m.D.	Regierungssekretäranwärter/ Regierungssekretäranwärterinnen	45	30
Zusammen		279	208

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

428 01 012 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . . . . 108 846 600 +16 763 900 125 610 500

**Begründung:**

258 zusätzliche Stellen aufgrund weiter steigender Flüchtlingszahlen, davon 183 als Nachvollzug des 3. Nachtrags 2015.

**Erläuterung**

Zu Titel 428 01:

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Höherer Dienst	37	35	+2
Gehobener Dienst	948	711	+237
Mittlerer Dienst	1257	1238	+19
Gesamt	2343	2085	+258

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem höheren Dienst sind  
- 2 (0) Stellen kw zum 31.12.2018 (Aktionsprogramm KommAN-NRW)

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem gehobenen Dienst sind  
- 233 (169) Stellen kw zum 31.12.2018 (Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern)  
- 4 (0) Stellen kw zum 31.12.2018 (Aktionsprogramm KommAN-NRW)

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem mittleren Dienst sind  
- 19 (14) Stellen kw zum 31.12.2018 (Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern)

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

511 01 012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonsti- ge Gebrauchsgegenstände. . . . .	8 706 500	+1 146 700	9 853 200
	<b>Begründung:</b> Mehrbedarf als Folgekosten der zusätzlichen (Plan-)Stellen			
517 01 012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räu- me. . . . .	1 000 000	+73 700	1 073 700
	<b>Begründung:</b> Vgl. zu Titel 511 01			
517 04 012	Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbe- trieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume. . . . .	9 166 900	+100 200	9 267 100
	<b>Begründung:</b> Vgl. zu Titel 511 01			
518 01 012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume. . . . .	6 315 500	+77 800	6 393 300
	<b>Begründung:</b> Vgl. zu Titel 511 01			

**Kapitel 03 310**  
**Fünf Bezirksregierungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
518 02 012	<b>Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge.....</b> <i>Begründung:</i> <i>Vgl. zu Titel 511 01</i>	820 700	+160 700	981 400
518 04 012	<b>Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.....</b> <i>Begründung:</i> <i>Vgl. zu Titel 511 01</i>	29 170 700	+455 100	29 625 800
519 03 012	<b>Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen. ....</b> <i>Begründung:</i> <i>Vgl. zu Titel 511 01</i>	1 853 500	+87 500	1 941 000
<b>Ausgaben für Investitionen</b>				
811 01 012	<b>Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen.....</b> <i>Begründung:</i> <i>Vgl. zu Titel 511 01</i>	2 401 000	+90 000	2 491 000
812 10 012	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.....</b> <i>Begründung:</i> <i>Vgl. zu Titel 511 01</i>	4 152 700	+1 187 000	5 339 700
<b>Titelgruppen</b>				
Titelgruppe 65				
Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige				
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.			
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Die bei Titel 546 65 vorgesehene Verpflichtungsermächtigung kann innerhalb des dadurch gezogenen Rahmens bei allen Titeln der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.			
	3. Erlöse aus der Veräußerung von entbehrlichen, veralteten oder dem Stand der Technik nicht mehr entsprechenden Ausstattungsgegenständen, Maschinen etc. fließen den Ausgaben des jeweiligen Titel zu.u			
514 65 235	<b>Haltung von Dienstkraftfahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung, Verbrauchsmittel.....</b>	76 400	+6 000	82 400
	<i>Begründung:</i> <i>Mehraufwand für Ausstattung und Bekleidungskosten der Anwärter</i>			
525 65 235	<b>Aus- und Fortbildung, Supervision der Bediensteten .</b>	2 100	+58 400	60 500
	<i>Begründung:</i> <i>Mehraufwand für Dozentenkosten - hausinterner Unterricht sowie Unterricht an der Justizvollzugsschule Wuppertal</i>			

**Kapitel 03 310**  
**Fünf Bezirksregierungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
527 65 235	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen. ....</b>	900	+2 000	2 900
	<i>Begründung:</i> Mehraufwand für Fahrtkosten während der Ausbildung (Justizvollzugsschule Wuppertal) sowie für Fahrtkosten während der praktischen Ausbildung			
681 65 235	<b>Aufwendungen für Ausreisepflichtige. ....</b>	179 400	+21 000	200 400
	<i>Begründung:</i> Aufwandsentschädigung für Unterbringungspflichtige			
	<b>Summe Titelgruppe 65. ....</b>	<b>11 229 100</b>	<b>+87 400</b>	<b>11 316 500</b>
	Titelgruppe 71 Umweltverwaltung			
547 71 331	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .</b>	1 516 000	+3 900 000	5 416 000
	<i>Begründung:</i> Mehrbedarf für Entsorgungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wege der Ersatzvornahme			
	<b>Summe Titelgruppe 71. ....</b>	<b>61 998 900</b>	<b>+3 900 000</b>	<b>65 898 900</b>
	Titelgruppe 90 Informations- und Kommunikationstechnik			
511 90 012	<b>Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung .</b>	2 367 000	+320 000	2 687 000
	<i>Begründung:</i> Vgl. zu Titel 511 01			
812 90 012	<b>Erwerb von Datenverarbeitungs- und Übertragungs- einrichtungen. ....</b>	6 690 000	+612 100	7 302 100
	<i>Begründung:</i> Vgl. zu Titel 511 01			
	<b>Summe Titelgruppe 90. ....</b>	<b>13 715 500</b>	<b>+932 100</b>	<b>14 647 600</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 310. ....</b>	<b>560 588 300</b>	<b>+41 563 800</b>	<b>602 152 100</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 310. ....</b>	<b>34 465 000</b>	<b>—</b>	<b>34 465 000</b>

## Kapitel 03 320

## Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

03 320                    **Aus- und Fortbildungseinrichtungen des  
Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW**

**A u s g a b e n****Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Ausgaben des Institutes für öffentliche Verwaltung Nord-  
rhein-Westfalen und des Landesprüfungsamtes für Ver-  
waltungslaufbahnen

422 60	012	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....</b>	<b>285 100</b>	<b>+55 200</b>	<b>340 300</b>
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
1	—	Bes.Gr. A 12 Regierungsamtsrat/Regierungsamtsrätin 1 (0) Planstelle kw zum 31.12.2018 (Steigende Flüchtlingszahlen)
6	5	Planstellen
—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
2	2	Höherer Dienst
4	3	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Eine zusätzliche Planstelle für den verstärkten Bedarf an Qualifizierungen/Fortbildungen in Flüchtlingsangelegenheiten.

<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>	<b>3 461 100</b>	<b>+55 200</b>	<b>3 516 300</b>
-----------------------------------	------------------	----------------	------------------

## Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

Titelgruppe 61

Ausgaben der Fortbildungsakademie des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW

422 61 012 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....** 324 000 +60 100 384 100

## Planstellen

2016 neu	2016 bisher	
3	2	Bes.Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin 1 (0) Planstelle kw zum 31.12.2018 (Steigende Flüchtlingszahlen)
11	10	Planstellen
—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
5	5	Höherer Dienst
5	4	Gehobener Dienst
1	1	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Eine zusätzliche Planstelle für den verstärkten Bedarf an Qualifizierungen/Fortbildungen in Flüchtlingsangelegenheiten.

<b>Summe Titelgruppe 61. ....</b>	<b>7 144 500</b>	<b>+60 100</b>	<b>7 204 600</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 320. ....</b>	<b>10 605 600</b>	<b>+115 300</b>	<b>10 720 900</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 320. ....</b>	<b>1 340 000</b>	<b>—</b>	<b>1 340 000</b>

**Kapitel 03 350**  
**Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>03 350</b>	<b>Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen</b>			
	<b>E i n n a h m e n</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 62 Bildungsprogramm der EU für den Hochschulbereich (ERASMUS)			
<b>272 62 133</b>	<b>Zuschussleistungen aus EU-Förderprogrammen. . . .</b>	—	—	—
	<i>Begründung:</i> <i>Konkretisierung der Zweckbestimmung</i>			
	<b>Summe Titelgruppe 62. . . . .</b>	—	—	—
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 03 350. . . . .</b>	<b>46 000</b>	—	<b>46 000</b>

**A u s g a b e n**

**Personalausgaben**

<b>422 01 012</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .</b>	<b>13 819 100</b>	<b>+1 348 700</b>	<b>15 167 800</b>
-------------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
89	82	Bes.Gr. W 2 Professor/Professorin - an einer Fachhochschule 5 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Flüchtlingszahlen)
67	56	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin Kanzler/Kanzlerin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung 7 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Flüchtlingszahlen)
38	31	Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin 7 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Flüchtlingszahlen)
8	7	Bes.Gr. A 13 Regierungsoberratsrat/Regierungsoberratsrätin 1 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Flüchtlingszahlen)
13	10	Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann/Regierungsamtfrau

**Kapitel 03 350**  
**Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
	Bes.Gr. A 10			
18	13			
	Regierungsoberinspektor/Regierungsoberinspektorin 5 (0) Planstellen kw zum 31.12.2018 (Steigende Flüchtlingszahlen)			
262	228			
	Planstellen			
	davon			
—	—			
	Dienstwohnungsinhaber			
	<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>			
209	184			
	Höherer Dienst			
44	35			
	Gehobener Dienst			
9	9			
	Mittlerer Dienst			
—	—			
	Einfacher Dienst			
<b>Begründung:</b>				
34 neue Planstellen zur Anpassung an den erforderlichen Personalbedarf (vgl. insbes. erhöhte Einstellungsermächtigungen bei Kapitel 03 110 Titel 422 02 sowie Kapitel 03 310 Titel 422 02).				
<b>427 01</b>	<b>012</b>			
	<b>Entgelte für Aushilfen. ....</b>	<b>5 815 900</b>	<b>+1 620 000</b>	<b>7 435 900</b>
<b>Begründung:</b>				
Mehrbedarf wegen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen (vgl. Kapitel 03 110 Titel 422 02 sowie Kapitel 03 310 Titel 422 02).				
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
<b>518 01</b>	<b>133</b>			
	<b>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume. ....</b>	<b>4 843 200</b>	<b>+2 484 000</b>	<b>7 327 200</b>
<b>Begründung:</b>				
Vgl. Titel 427 01.				
<b>Ausgaben für Investitionen</b>				
<b>812 00</b>	<b>133</b>			
	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. ....</b>	<b>1 530 000</b>	<b>+450 000</b>	<b>1 980 000</b>
<b>Begründung:</b>				
Vgl. Titel 427 01.				
<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 350. ....</b>		<b>41 119 600</b>	<b>+5 902 700</b>	<b>47 022 300</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 350. ....</b>		<b>510 000</b>	<b>—</b>	<b>510 000</b>

**Kapitel 03 610**  
**Information und Technik NRW - Landesbetrieb -**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**03 610 Information und Technik NRW - Landesbetrieb -**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>682 10 014</b>	<b>Betriebskostenzuschuss des Landes für zuführungs- finanzierte Aufgaben. ....</b>	<b>64 528 700</b>	<b>+93 000</b>	<b>64 621 700</b>
	<i>Begründung: Erhöhung des Betriebskostenzuschusses aufgrund Änderung des Hochschulstatistikgesetzes.</i>			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 610. ....</b>	<b>64 528 700</b>	<b>+93 000</b>	<b>64 621 700</b>

**Einzelplan 03**  
**Ministerium für Inneres und Kommunales**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	177 545 200	+931 200	178 476 400
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	6 042 873 500	+2 488 130 000	8 531 003 500
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	391 021 200	+902 000 000	1 293 021 200

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Justizministeriums  
für das Haushaltsjahr  
2016**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

## Ausgaben

## Personalausgaben

422 01 051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. .... 558 361 600 +869 300 559 230 900

## Planstellen

2016 neu	2016 bisher	
2.246	2.233	Bes.Gr. R 1 Richter/Richterin am Amts- oder Landgericht davon 13 (-) kw zum 31.12.2018 Auf 1 (1) Stellen können auch Richter/Richterinnen am Amts-oder Landgericht, die zugleich Professor/Professorin an einer Hochschule sind und eine nichtruhegehaltfähige Stellenzulage nach Nr. 5 der Vorbemerkung zur BBesO C erhalten, geführt werden
193	189	Bes.Gr. A 9 Justizinspektor/Justizinspektorin davon 4 (-) kw zum 31.12.2018
11.455	11.438	Planstellen
57		davon Dienstwohnungsinhaber
		<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>
3.610	3.597	Höherer Dienst
2.377	2.373	Gehobener Dienst
4.197	4.197	Mittlerer Dienst
1.271	1.271	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Personeller Mehrbedarf in Familiengerichtssachen wegen der Inobhutnahme unbegleitet einreisender ausländischer Minderjähriger

**Erläuterung**  
Zu Titel 422 01:

## Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen

Bes. Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
R 1	13 neue Planstellen Richter/Richterin am Amts- oder Landgericht (Inobhutnahme unbegleitet einreisender ausländischer Minderjähriger), kw zum 31.12.2018	13	-
A 9 g.D.	4 neue Planstellen Justizinspektor/Justizinspektorin (Inobhutnahme unbegleitet einreisender ausländischer Minderjähriger), kw zum 31.12.2018	4	-
Zusammen		116	54

427 01 051 Entgelte für Aushilfen. .... 1 345 300 +443 800 1 789 100

**Begründung:**

Personeller Mehrbedarf in Familiengerichtssachen wegen der Inobhutnahme unbegleitet einreisender ausländischer Minderjähriger

**Kapitel 04 210**  
**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

**428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .**      **224 761 200**      **+197 300**      **224 958 500**

**Begründung:**

Personeller Mehrbedarf in Familiengerichtssachen wegen der Inobhutnahme unbegleitet einreisender ausländischer Minderjähriger

**Erläuterung**

Zu Titel 428 01:

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Mittlerer Dienst	4016	4012	+4
Gesamt	4256	4252	+4

Mit dem Haushalt 2016 werden 959 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Kapitel 04 210 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit) in das aufgrund der Einführung von EPOS.NRW neu eingerichtete Kapitel 04 215 (Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften) umgesetzt.

**Erläuterungen:**

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem mittleren Dienst sind 24 (2) Stellen kw, davon

- 4 (-) kw zum 31.12.2018 - Personeller Mehrbedarf wegen der Inobhutnahme unbegleitet einreisender ausländischer Minderjähriger
- 9 (-) kw zum 31.12.2018 - Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs/der elektronischen Akte
- 15 (-) kw zum 31.12.2019 - Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs/der elektronischen Akte

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem einfachen Dienst sind 54 (52) Stellen kw, davon

- 49 (52) kw - Org.Untersuchung Reinigungsdienst.
- 3 (-) kw zum 31.12.2020 - Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs/der elektronischen Akte
- 2 (-) kw zum 31.12.2021 - Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs/der elektronischen Akte

**Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Erläuterungen	Zugang	Abgang
Mittlerer Dienst	4 neue Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes (Inobhutnahme unbegleitet einreisender ausländischer Minderjähriger), kw zum 31.12.2018	4	-
Insgesamt m.D.		30	-
Zusammen		35	2

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>546 52 051 Aufwandsentschädigung nach § 1835 BGB. . . . .</b>	<b>746 800</b>	<b>+463 200</b>	<b>1 210 000</b>
<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund aktueller Hochrechnungen			
<b>546 53 051 Vergütung an Berufsbetreuer (§ 1836 BGB, § 4 VBVG) .</b>	<b>199 910 000</b>	<b>+12 090 000</b>	<b>212 000 000</b>
<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund aktueller Hochrechnungen			
<b>546 55 051 Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder und Pfleger im Minderjährigenbereich. . . . .</b>	<b>11 316 000</b>	<b>+9 684 000</b>	<b>21 000 000</b>
<i>Begründung:</i> Mehrbedarf aufgrund aktueller Hochrechnungen, insbesondere aufgrund der hohen Zahl minderjähriger, unbegleiteter Flüchtlinge.			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**Ausgaben für Investitionen**

711 00	811	Kleine Baumaßnahmen. ....	1 735 900	+30 000	1 765 900
--------	-----	---------------------------	-----------	---------	-----------

*Begründung:*  
Für erforderliche Baumaßnahmen zur Unterbringung des zusätzlichen Personals

812 10	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa- chen. ....	7 908 900	+45 000	7 953 900
--------	-----	--	-----------	---------	-----------

*Begründung:*  
Zur Ausstattung der Arbeitsplätze für das zusätzliche Personal

**Titelgruppen**

Titelgruppe 64  
Ausgaben für die Informationstechnik im Übrigen- ohne  
ERV-Programm

812 64	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa- chen. ....	21 443 400	+95 400	21 538 800
--------	-----	--	------------	---------	------------

*Begründung:*  
Zur IT-Ausstattung der Arbeitsplätze für das zusätzliche Personal aufgrund steigender Asylverfahren.

Summe Titelgruppe 64. ....	64 303 700	+95 400	64 399 100
Gesamtausgaben Kapitel 04 210. ....	1 975 919 800	+23 918 000	1 999 837 800
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 210. ....	25 881 200	—	25 881 200

## Kapitel 04 220

## Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

04 220

Gerichte der allgemeinen  
Verwaltungsgerichtsbarkeit

## A u s g a b e n

## Personalausgaben

422 01 051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . . 39 558 000 +2 591 700 42 149 700

## Planstellen

2016 neu	2016 bisher	
313	276	Bes.Gr. R 1 Richter/Richterin am Verwaltungsgericht davon 44 (44) kw zum 31.12.2018, 7 (7) kw zum 31.12.2019, 8 (8) kw zum 31.12.2020
7	3	Bes.Gr. A 9 Regierungsinspektor/Regierungsinspektorin davon 4 (4) kw zum 31.12.2018
18	10	Bes.Gr. A 4 Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin davon 8 (8) kw zum 31.12.2018
636	587	Planstellen davon Dienstwohnungsinhaber
512	475	Höherer Dienst
36	32	Gehobener Dienst
56	56	Mittlerer Dienst
32	24	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Zur personellen Verstärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit aufgrund steigender Asylverfahren.

428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . . 17 271 600 +1 331 600 18 603 200

**Begründung:**

Zur personellen Verstärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit aufgrund steigender Asylverfahren.

## Erläuterung

Zu Titel 428 01:

## Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Mittlerer Dienst	329	302	+27
Gesamt	370	343	+27

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem einfachen Dienst sind 2 (2) Stellen kw - Org.Unters. Reinigungsdienst 1993 -.  
In der Laufbahngruppe vergleichbar dem mittleren Dienst sind 27 (27) Stellen kw zum 31.12.2018.

**Kapitel 04 220**  
**Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
517 04	051 Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume .....	1 929 700	+228 000	2 157 700
	<i>Begründung:</i> Zur Bewirtschaftung der Büroräume für das zusätzliche Personal aufgrund steigender Asylverfahren.			
518 04	051 Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW .....	5 704 800	+342 000	6 046 800
	Verpflichtungsermächtigung: bisher            mehr / weniger            neu —                    +684 000                    684 000			
	<i>Begründung:</i> Zur Anmietung von Büroräumen für das zusätzliche Personal aufgrund steigender Asylverfahren.			
<b>Ausgaben für Investitionen</b>				
711 00	811 Kleine Baumaßnahmen .....	190 000	+80 000	270 000
	<i>Begründung:</i> Für erforderliche Baumaßnahmen zur Unterbringung des zusätzlichen Personals aufgrund steigender Asylverfahren.			
812 10	051 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen .....	110 000	+44 000	154 000
	<i>Begründung:</i> Zur Ausstattung der Arbeitsplätze für das zusätzliche Personal aufgrund steigender Asylverfahren.			
<b>Gesamtausgaben Kapitel 04 220 .....</b>		<b>69 672 300</b>	<b>+4 617 300</b>	<b>74 289 600</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 220 .....</b>		<b>—</b>	<b>+684 000</b>	<b>684 000</b>

**Einzelplan 04  
Justizministerium**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	1 176 014 200	—	1 176 014 200
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 008 427 400	+28 535 300	4 036 962 700
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	40 244 200	+684 000	40 928 200

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Ministeriums für  
Schule und Weiterbildung  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Kapitel 05 030**  
**Allgemeine überregionale Finanzierungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**05 030            Allgemeine überregionale Finanzierungen**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>632 10    011</b>	<b>Anteil des Landes an den Kosten des Sekretariats der Kultusministerkonferenz. ....</b>	<b>4 089 500</b>	<b>+426 100</b>	<b>4 515 600</b>
	<i>Begründung:</i> Der Ansatz wird aufgrund des Beschlusses der Finanzministerkonferenz vom 22. Oktober 2015 zum Nachtragshaushalt 2016 / 2017 für das Sekretariat der Kultusministerkonferenz erhöht.			
<b>632 30    111</b>	<b>Anteil des Landes an den Kosten zur Entwicklung und Überprüfung der nationalen Bildungsstandards durch das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Berlin. ....</b>	<b>925 100</b>	<b>+188 200</b>	<b>1 113 300</b>
	<i>Begründung:</i> Der Ansatz wird aufgrund des Beschlusses der Finanzministerkonferenz vom 22. Oktober 2015 zum Wirtschaftsplan 2016/2017 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen erhöht.			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 05 030. ....</b>	<b>248 829 500</b>	<b>+614 300</b>	<b>249 443 800</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## 05 072 Landesförderungen der Weiterbildung

## Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)

633 22 152	<b>Projektförderung für zusätzliche Angebote im Bereich der Weiterbildung (Gemeinden)</b> . . . . .	720 000	+480 000	1 200 000
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Rückzahlungen überzahlter Zuwendungsbeträge werden hier vereinbart.			
	<i>Begründung:</i> Mit den zusätzlichen Mitteln zur Projektförderung von Volkshochschulen und anerkannten Weiterbildungseinrichtungen anderer Träger werden angesichts der Zuwanderung weitere Angebote z.B. für Sprachförderung ermöglicht.			
684 22 153	<b>Projektförderung für zusätzliche Angebote im Bereich der Weiterbildung (andere Träger)</b> . . . . .	780 000	+520 000	1 300 000
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Rückzahlungen überzahlter Zuwendungsbeträge werden hier vereinbart.			
<b>Gesamtausgaben Kapitel 05 072</b> . . . . .		<b>92 118 400</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>93 118 400</b>

**Kapitel 05 300**  
**Schule gemeinsam**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

**05 300**                      **Schule gemeinsam**
**A u s g a b e n**
**Personalausgaben**

**422 01 129 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....**                      **451 422 100**                      **+181 586 800**                      **633 008 900**

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
8.453	6.129	Bes.Gr. A 13 Studienrat/Studienrätin davon 310 (310) Stellen kw zum 01.08.2017 davon 1.612 (1.612) Stellen kw zum 01.08.2018 davon 1.009 (0) Stellen kw zum 01.08.2019
1.103	746	Bes.Gr. A 13 Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin davon 256 (256) Stellen kw zum 01.08.2018 davon 164 (0) Stellen kw zum 01.08.2019
1.042	610	Realschullehrer/Realschullehrerin davon 328 (328) Stellen kw zum 01.08.2018 davon 165 (0) Stellen kw zum 01.08.2019
2.145	1.356	Stellen.
3.273	2.895	Bes.Gr. A 12 Lehrer/Lehrerin -mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung- davon 352 (352) Stellen kw zum 01.08.2018 davon 110 (0) Stellen kw zum 01.08.2019
1.656	640	Lehrer/Lehrerin -mit der Befähigung für das Lehramt der Primarstufe bei entsprechender Verwendung- davon 751 (751) Stellen kw zum 01.08.2018 davon 434 (0) Stellen kw zum 01.08.2019
4.929	3.535	Stellen
15.527	11.020	Planstellen
—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
8.453	6.129	Höherer Dienst
7.074	4.891	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

In Folge der gestiegenen Flüchtlingszahlen werden folgende zusätzliche Lehrerstellen benötigt:

- 1.725 Lehrerstellen für den Grundbedarf aus dem Jahr 2015
- 1.725 Lehrerstellen für den Grundbedarf für das Jahr 2016
- ...900 Lehrerstellen für den Mehrbedarf "Integration durch Bildung" (Auffang- und Vorbereitungsklassen)
- ...113 Lehrerstellen für Multiprofessionelle Teams
- .....40 Lehrerstellen für die Aufgaben der Schulaufsicht
- .....4 Lehrerstellen für Moderatoren im Bereich der Lehrerfortbildung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

n e u

427 25 129 Entgelte für Aushilfen im Rahmen der "Integration durch Bildung"..... — +1 000 000 1 000 000

**Begründung:**

Im Bereich "Integration durch Bildung" besteht die Notwendigkeit, Unterrichts- und Bildungsangebote flexibler zu gestalten. Aus diesem Grund sollen Schulen die Möglichkeit erhalten, kurzfristig und befristet auf Personal mit geringen Stundenkontingenten und ggf. auch ohne Lehramtsstudium zurückzugreifen. Dies soll insbesondere für Schulen gelten, die vereinzelt Flüchtlingskinder aufnehmen und daher nicht an den Stellen für Vorbereitungs- und Auffangklassen partizipieren.

**Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Schulpsychologen

428 60 129 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . . — +607 600 607 600

**Begründung:**

Die Schulpsychologen / Schulpsychologinnen sollen die Schulen dabei unterstützen, Lehrkräfte für das Thema "Traumatherapie bei Flüchtlingen" zu sensibilisieren und die Zusammenarbeit mit örtlichen Therapeuten / Therapeutinnen zu organisieren.

**Erläuterung**

Zu Titel 428 60:

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Höherer Dienst	20	—	+20
Gesamt	20	—	+20

Zum höheren Dienst:

20 (0) Stellen kw zum 01.08.2019

**Summe Titelgruppe 60. .... 9 046 600 +607 600 9 654 200**

**Kapitel 05 300**  
**Schule gemeinsam**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## Titelgruppe 72

## Offene Ganztagsschule im Primarbereich

**Begründung:**

Die Zahl der Plätze für Flüchtlingskinder wird von bisher 5.000 auf nunmehr 17.500 erhöht, da die Teilnahme an der Offenen Ganztagsschule die Integration begünstigt.

<b>422 72</b>	<b>112</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....</b>	<b>129 259 500</b>	<b>+8 619 000</b>	<b>137 878 500</b>
---------------	------------	--	--------------------	-------------------	--------------------

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
665	454	Bes.Gr. A 13 Lehrer/Lehrerin mit der Befähigung für das Lehramt für Sonderpädagogik bei entsprechender Verwendung davon 211 (0) Stellen kw zum 01.08.2019
2.802	2.591	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
—	—	Höherer Dienst
2.802	2.591	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

<b>633 72</b>	<b>112</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.</b>	<b>257 354 100</b>	<b>+15 328 500</b>	<b>272 682 600</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
		bisher	mehr / weniger	neu	
		198 495 500	+15 037 500	213 533 000	

<b>Summe Titelgruppe 72. ....</b>	<b>386 813 600</b>	<b>+23 947 500</b>	<b>410 761 100</b>
-----------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

## Titelgruppe 82

## Schulentwicklungsfonds

<b>547 82</b>	<b>129</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .</b>	<b>806 300</b>	<b>+100 000</b>	<b>906 300</b>
		<b>Begründung:</b>			
		Durch die hohe Zuwanderung steigen die Bedarfe für die Qualitätsentwicklung in den Schulen, der Schulaufsicht, den Kommunalen Integrationszentren etc. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen u.a. Veranstaltungen und Publikationen finanziert werden, um eine landesweit möglichst einheitliche Qualitätsentwicklung sicherzustellen.			

<b>Summe Titelgruppe 82. ....</b>	<b>806 300</b>	<b>+100 000</b>	<b>906 300</b>
-----------------------------------	----------------	-----------------	----------------

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## Titelgruppe 90

Geld aus Stellen zur Flexibilisierung der Unterrichtsversorgung / Geld oder Stelle im Rahmen gebundener Ganztagschulen

**Begründung:**

Die Aufnahme der neuen Titel ist erforderlich, um im Rahmen der Maßnahme ehrenamtliche Tätigkeiten zu stärken.

**Erläuterung****Zu Titelgruppe 90:**

Durch die Titelgruppe 90 wird den Schulen die Möglichkeit eröffnet, Unterrichts- und Bildungsangebote flexibler zu gestalten. Den Schulen (zu a und c) bzw. den Schulträgern (zu b) wird im Rahmen der Regelungen der §§ 93 und 94 des Schulgesetzes insbesondere ermöglicht,

a) auf zeitlich begrenzte Lehr- und Unterrichtsbedarfe, die vor allem bei der Entwicklung und Umsetzung des Schulprofils entstehen, also der schulspezifischen Gestaltungsräume, Aufgabenstellungen und Themenschwerpunkte (Schulprogramm) angemessen und kurzfristig durch die Inanspruchnahme entsprechender Lehr- und Unterrichtsangebote Dritter sowie zur Unterstützung der Lehr- und Unterrichtstätigkeit reagieren, sowie auch schulübergreifend bis zu 10 Stellen für die Durchführung von unterrichtlichen und/oder den Unterricht unterstützenden kulturellen Projekten in Anspruch nehmen zu können,

b) für gebundene und erweiterte Ganztagschulen Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern abzuschließen,

c) für unterrichtliche bzw. den Unterricht unterstützende Tätigkeiten bei Schülerinnen und Schülern durch ehrenamtlich Tätige, zum Beispiel im Rahmen des Unterrichtsmehrbedarfs für durchgängige Sprachbildung, Sprachförderung und interkulturelle Schul- und Unterrichtsentwicklung zur Integration durch Bildung oder ähnliches, Aufwandsentschädigungen zu zahlen.

## zu a):

Die Lehr- und Unterrichtsangebote sollen vor allem von Personen erbracht werden, die ein Erfahrungswissen von außerhalb des regulären Schulbetriebs einbringen können (z. B.: Künstler, Informatiker, PC-Experten, Literaten etc.). Diese besondere Lehr- und Unterrichtstätigkeit ist entsprechend den wechselnden inhaltlichen und unterrichtlichen Anforderungen grundsätzlich vorübergehend und befristet ausgelegt. Die Lehrtätigkeiten werden insbesondere im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses zum Lande NRW ausgeübt.

## zu b):

Der Schulträger kann für gebundene und erweiterte Ganztagschulen in der Sekundarstufe I anstelle eines Teils des Lehrerstellenzuschlags für Ganztagschulen in einem bestimmten Umfang auch Zuwendungen des Landes erhalten und damit die Abwicklung von Ganztagsangeboten über Dritte vornehmen lassen (z.B. gemeinwohlorientierte Organisationen aus Jugendhilfe, Kultur und Sport, schulische Fördervereine). Es gilt eine nach der Schülerzahl gestaffelte Förderung:

## ba): bei Ganztagschulen mit 20 % Lehrerstellenzuschlag

- unter 300 Schülerinnen und Schülern bis zu 60.000 EUR anstelle von 1,2 Lehrerstellen,
- 300 bis 500 Schülerinnen und Schülern bis zu 80.000 EUR anstelle von 1,6 Lehrerstellen,
- 501 bis 700 Schülerinnen und Schülern bis zu 100.000 EUR anstelle von 2,0 Lehrerstellen,
- über 700 Schülerinnen und Schülern bis zu 120.000 EUR anstelle von 2,4 Lehrerstellen.

bb): Für gebundene und erweiterte Ganztagsförderschulen wird grundsätzlich eine Förderung von bis zu einem Drittel des gesamten für den Ganztag zur Verfügung stehenden Stellenzuschlags gewährt.

## bc): Für erweiterte Ganztagschulen gilt eine nach der Schülerzahl gestaffelte Förderung:

- unter 300 Schülerinnen und Schülern bis zu 90.000 EUR anstelle von 1,8 Lehrerstellen,
- 300 bis 500 Schülerinnen und Schülern bis zu 120.000 EUR anstelle von 2,4 Lehrerstellen,
- 501 bis 700 Schülerinnen und Schülern bis zu 150.000 EUR anstelle von 3,0 Lehrerstellen,
- über 700 Schülerinnen und Schülern bis zu 180.000 EUR anstelle von 3,6 Lehrerstellen.

## zu c):

Die Gewährung von Aufwandsentschädigungen in der schulischen und unterrichtlichen Betreuung von Schülerinnen und Schülern kommt für ehrenamtlich Tätige im Landesdienst und für sonstige ehrenamtlich Tätige in Betracht.

## n e u

412 90	129	Zahlungen an ehrenamtlich Tätige (Landesbedienstete).....	—	—	—
--------	-----	---	---	---	---

## n e u

546 90	129	Zahlungen für ehrenamtlich Tätige (Sonstige).....	—	—	—
--------	-----	---	---	---	---

		Summe Titelgruppe 90.....	—	—	—
--	--	---------------------------	---	---	---

**Kapitel 05 300**  
**Schule gemeinsam**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
	Titelgruppe 91 Aus- (und Fort)bildung			
<b>547 91 155</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .</b>	<b>14 423 600</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>15 423 600</b>
	<i>Begründung:</i> Die zusätzlichen Mittel sind für weitere Qualifikationskurse im Bereich "Deutsch als Zweitsprache" und Fortbildungen im Bereich "Vielfalt fördern" vorgesehen.			
	<b>Summe Titelgruppe 91. . . . .</b>	<b>14 423 600</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>15 423 600</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 05 300. . . . .</b>	<b>1 051 593 600</b>	<b>+208 241 900</b>	<b>1 259 835 500</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 05 300. . . . .</b>	<b>271 951 800</b>	<b>+15 037 500</b>	<b>286 989 300</b>

**Einzelplan 05**  
**Ministerium für Schule und Weiterbildung**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	266 153 000	—	266 153 000
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	17 052 809 800	+209 856 200	17 262 666 000
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	275 934 800	+15 037 500	290 972 300

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Ministeriums für  
Innovation, Wissenschaft  
und Forschung  
für das Haushaltsjahr  
2016**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )	2016 EUR	EUR	2016 EUR

## 06 010

## Ministerium

**geändert:**

2. Die Budgeteinheit umfasst die Kapitel 06 010 und 06 020, 06 026 bis 06 042 sowie 06 100 bis 06 850.

**Begründung:**

Durch den Rollout des Programms EPOS.NRW auf die Kunst- und Musikhochschulen ist der Umfang der Budgeteinheit "Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung" um die Kapitel 06 520 bis 06 580 zu erweitern.

**Kapitel 06 030**  
**Allgemeine überregionale Finanzierungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**06 030            Allgemeine überregionale Finanzierungen**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>686 12    139</b>	<b>Anteil des Landes an den Kosten der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz. ....</b>	<b>460 000</b>	<b>+2 000</b>	<b>462 000</b>
	<i>Begründung:</i> Anpassung an das Beratungsergebnis der Finanzministerkonferenz vom 10.09.2015.			
<b>686 34    164</b>	<b>Anteil des Landes an der Finanzierung der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. ....</b>	<b>4 460 000</b>	<b>-61 000</b>	<b>4 399 000</b>
	<i>Begründung:</i> Zur Deckung des Mehrbedarfs bei Kapitel 06 042 Titel 686 19.			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 030. ....</b>	<b>575 140 600</b>	<b>-59 000</b>	<b>575 081 600</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 06 030. ....</b>	<b>22 100 000</b>	<b>—</b>	<b>22 100 000</b>

**Kapitel 06 042**  
**Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>686 19</b>	<b>165</b>	<b>Zuschuss an das Deutsche Institut für Entwicklungs- politik gGmbH (DIE) . . . . .</b>	<b>1 420 000</b>	<b>+61 000</b>	<b>1 481 000</b>
<i>Begründung:</i>					
<i>Mehrbedarf aufgrund von Tarifsteigerungen. Deckung erfolgt bei Kapitel 06 030 Titel 686 34.</i>					
<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 042 . . . . .</b>			<b>11 044 400</b>	<b>+61 000</b>	<b>11 105 400</b>



Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )	2016 EUR	EUR	2016 EUR

9. Die allgemeinen Hinweise zu den Stellenplänen und den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind verbindlich (§ 17 Abs. 1 Satz 2 LHO).
10. Siehe Haushaltsvermerke Buchstabe A, Nummern 4 und 5.
11. Mit Zustimmung des Finanzministeriums können auf den auf die W-Besoldung umgestellten Planstellen übergangsweise Beamte/Beamtinnen geführt werden, deren Ämter künftig wegfallen.
12. Die Ausgaben für Verfügungsmittel sind einzeln zu belegen, eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Ihre Höhe wird vom Ministerium durch Bewirtschaftungserlass festgelegt. Aufwendungen für die Personalvertretungen gelten mit der Auszahlung als verausgabt. Die Höhe der Mittel ist durch Aufwandsdeckungsverordnung festgelegt.
13. Die in den Kapiteln 06 520 - 06 580 veranschlagten Mittel werden den Kunst- und Musikhochschulen (Budgeteinheiten im Sinne von § 25 Haushaltsgesetz) als Zuschuss zur Verfügung gestellt (§ 5 Abs. 2 Satz 2 KunstHG).

**Begründung:**

*Die Änderung betrifft ausschließlich den Haushaltsvermerk Nr. B 13.*

*Durch den Rollout des Programms EPOS.NRW auf die Kunst- und Musikhochschulen wird eine Anpassung der allgemeinen Haushaltsvermerke erforderlich.*

## Kapitel 06 103

## Fachbereich Medizin der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Universitätsklinikum Bonn

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

06 103

**Fachbereich Medizin der Rheinischen  
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
und Universitätsklinikum Bonn**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

682 10	132	<b>Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin. ....</b>	<b>103 351 000</b>	<b>+1 807 100</b>	<b>105 158 100</b>
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nord- rhein-Westfalen.</i>			
682 20	132	<b>Zuschüsse an das Universitätsklinikum für betriebs- notwendige Kosten. ....</b>	<b>2 101 500</b>	<b>+18 500</b>	<b>2 120 000</b>
		<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nord- rhein-Westfalen.</i>			
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 103. ....</b>	<b>150 678 200</b>	<b>+1 825 600</b>	<b>152 503 800</b>

**Fachbereich Medizin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Universitätsklinikum Münster**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

**06 104 Fachbereich Medizin der Westfälischen  
Wilhelms-Universität Münster  
und Universitätsklinikum Münster**
**A u s g a b e n**
**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>682 10</b>	<b>132</b>	<b>Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin. ....</b>	<b>128 022 300</b>	<b>+2 146 900</b>	<b>130 169 200</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
<b>682 20</b>	<b>132</b>	<b>Zuschüsse an das Universitätsklinikum für betriebs- notwendige Kosten. ....</b>	<b>3 989 700</b>	<b>+77 100</b>	<b>4 066 800</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 104. ....</b>	<b>186 765 300</b>	<b>+2 224 000</b>	<b>188 989 300</b>

## Kapitel 06 105

## Fachbereich Medizin der Universität zu Köln und Universitätsklinikum Köln

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

06 105

**Fachbereich Medizin der Universität  
zu Köln und Universitätsklinikum Köln**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

682 10	132	<b>Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin. ....</b>	<b>121 490 400</b>	<b>+2 050 400</b>	<b>123 540 800</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
682 20	132	<b>Zuschüsse an das Universitätsklinikum für betriebsnotwendige Kosten. ....</b>	<b>3 648 700</b>	<b>+57 000</b>	<b>3 705 700</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 105. ....</b>	<b>200 773 400</b>	<b>+2 107 400</b>	<b>202 880 800</b>

Fachbereich Medizin der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und Universitätsklinikum Aachen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

06 106      **Fachbereich Medizin der Rheinisch-  
Westfälischen Technischen Hochschule  
Aachen und Universitätsklinikum Aachen**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

682 10	132	<b>Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin. ....</b>	<b>107 774 700</b>	<b>+1 905 300</b>	<b>109 680 000</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
682 20	132	<b>Zuschüsse an das Universitätsklinikum für betriebs- notwendige Kosten. ....</b>	<b>4 248 700</b>	<b>+74 500</b>	<b>4 323 200</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 106. ....</b>	<b>168 843 500</b>	<b>+1 979 800</b>	<b>170 823 300</b>

## Kapitel 06 107

## Fachbereich Medizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Universitätsklinikum Düsseldorf

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

06 107

**Fachbereich Medizin der Heinrich-  
Heine-Universität Düsseldorf und  
Universitätsklinikum Düsseldorf**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

682 10	132	<b>Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin. ....</b>	<b>126 210 600</b>	<b>+1 779 200</b>	<b>127 989 800</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
682 20	132	<b>Zuschüsse an das Universitätsklinikum für betriebs- notwendige Kosten. ....</b>	<b>790 300</b>	<b>+14 400</b>	<b>804 700</b>
		<i>Begründung:</i> Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.			
<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 107. ....</b>			<b>179 921 000</b>	<b>+1 793 600</b>	<b>181 714 600</b>

**Fachbereich Medizin der Universität Duisburg - Essen und Universitätsklinikum Essen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

**06 108 Fachbereich Medizin der Universität Duisburg  
- Essen und Universitätsklinikum Essen**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>682 10 132</b>	<b>Zuschuss für den laufenden Betrieb für Forschung und Lehre im Fachbereich Medizin. ....</b>	<b>95 223 200</b>	<b>+1 364 800</b>	<b>96 588 000</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.</i>			
<b>682 20 132</b>	<b>Zuschüsse an das Universitätsklinikum für betriebsnotwendige Kosten. ....</b>	<b>1 456 100</b>	<b>+23 200</b>	<b>1 479 300</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Anpassung an den aktualisierten Bedarf auf Basis des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen.</i>			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 108. ....</b>	<b>139 275 500</b>	<b>+1 388 000</b>	<b>140 663 500</b>

**Einzelplan 06**  
**Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	1 418 888 000	—	1 418 888 000
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	8 237 249 400	+11 320 400	8 248 569 800
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	752 429 000	—	752 429 000

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Familie, Kinder, Jugend,**  
**Kultur und Sport**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**

**Kapitel 07 040**  
**Kinder- und Jugendhilfe**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**07 040 Kinder- und Jugendhilfe**
**A u s g a b e n**
**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

633 10	271	<b>Kostenerstattung nach dem Belastungsausgleichs- gesetz Jugendhilfe (BAG-JH) . . . . .</b>	<b>270 127 100</b>	<b>+5 512 000</b>	<b>275 639 100</b>
--------	-----	--	--------------------	-------------------	--------------------

**Begründung:**

Aufgrund der erhöhten Flüchtlingszahlen werden mehr Plätze im Bereich der Kindertageseinrichtungen benötigt. Hieraus resultiert ein Mehraufwand im Bereich des BAG-JH.

633 20	271	<b>Kostenerstattung für die Elternbeitragsfreiheit nach § 21 Abs. 10 des Gesetzes zur frühen Bildung und För- derung von Kindern (KiBiz) . . . . .</b>	<b>161 384 900</b>	<b>+1 156 000</b>	<b>162 540 900</b>
--------	-----	--	--------------------	-------------------	--------------------

**Begründung:**

Aufgrund der erhöhten Flüchtlingszahlen werden mehr Plätze im Bereich der Kindertageseinrichtungen benötigt. Hieraus resultiert ein Mehraufwand bei der Elternbeitragsfreiheit.

**Titelgruppen**
**n e u**
**Titelgruppe 68**

Koordinierung der Maßnahmen für Kinder aus Flüchtlings-  
familien und für jugendliche Flüchtlinge

**neuer Vermerk:**  
**neuer Vermerk:**

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

**Begründung:**

Eine Projektgruppe soll die vielfältigen Integrationsangebote für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und für jugendliche Flüchtlinge koordinierend unterstützen und den freien und öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe bei möglichen Fragen zu diesen Integrationsprojekten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

**n e u**

422 68	266	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter . . . . .</b>	<b>—</b>	<b>+200 000</b>	<b>200 000</b>
--------	-----	--	----------	-----------------	----------------

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
1	—	Bes.Gr. A 16 Ministerialrat/Ministerialrätin davon 1 (-) Stelle kw zum 31.12.2018
1	—	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin davon 1 (-) Stelle kw zum 31.12.2018

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
	1 — Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin davon 1 (-) Stelle kw zum 31.12.2018			
	3 — Planstellen			
	— davon Dienstwohnungsinhaber			
	<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>			
	2 — Höherer Dienst			
	1 — Gehobener Dienst			
	— Mittlerer Dienst			
	— Einfacher Dienst			
	<b>Begründung:</b> Ausfinanzierung der drei Stellen aus dem 3. Nachtragshaushalt 2015.			
<b>neu</b>				
427 68 266	Entgelte für Aushilfen. ....	—	—	—
<b>neu</b>				
547 68 266	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .	—	—	—
<b>neu</b>				
633 68 266	Zuweisungen an Gemeinden (GV). ....	—	+3 500 000	3 500 000
	<b>Begründung:</b> Die Mittel werden für integrierende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien verwendet.			
<b>neu</b>				
684 68 266	Zuschüsse an Sonstige. ....	—	—	—
	<b>Begründung:</b> Die Mittel werden für integrierende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien verwendet.			
	<b>Summe Titelgruppe 68. ....</b>	<b>—</b>	<b>+3 700 000</b>	<b>3 700 000</b>
	Titelgruppe 69 Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89d SGB VIII			
<b>neu</b>				
547 69 266	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .	—	—	—
633 69 266	Sonstige Zuweisungen der den örtlichen Trägern der Jugendhilfe durch Leistungsgewährungen nach § 89d SGB VIII entstandenen Kosten. ....	155 000 000	+2 400 000	157 400 000
	<b>Begründung:</b> Die Mittel werden für Aufwendungen zur Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verwendet. Zudem werden Mittel in Höhe von 400.000 Euro für die Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle für die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.			
	<b>Summe Titelgruppe 69. ....</b>	<b>155 000 000</b>	<b>+2 400 000</b>	<b>157 400 000</b>

**Kapitel 07 040**  
**Kinder- und Jugendhilfe**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
	Titelgruppe 89 Kinderbetreuung in besonderen Fällen			
<b>633 89 266</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.</b>	<b>10 500 000</b>	<b>+9 500 000</b>	<b>20 000 000</b>
	<i>Begründung:</i> Aufgrund der zunehmenden Flüchtlingszahlen werden die Mittel für Brückenprojekte an die voraussichtlichen Bedarfe angepasst.			
	<b>Summe Titelgruppe 89.</b> .....	<b>10 500 000</b>	<b>+9 500 000</b>	<b>20 000 000</b>
	Titelgruppe 90 Pauschalen nach § 21 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 sowie § 21a des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)			
<b>633 90 271</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden (GV).</b> .....	<b>1 839 641 500</b>	<b>+14 832 000</b>	<b>1 854 473 500</b>
	<i>Begründung:</i> Aufgrund der erhöhten Flüchtlingszahlen werden mehr Plätze in Kindertageseinrichtungen benötigt. Der Ansatz wird an den voraussichtlichen Bedarf angepasst.			
	<b>Summe Titelgruppe 90.</b> .....	<b>1 839 641 500</b>	<b>+14 832 000</b>	<b>1 854 473 500</b>
	Titelgruppe 99 Ausbau und Qualifizierung für frühkindliche Bildung			
<b>633 99 271</b>	<b>Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe .</b>	<b>—</b>	<b>+74 000 000</b>	<b>74 000 000</b>
	<i>Begründung:</i> Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel aus der sogenannten Betreuungsgeldmilliarde werden für Maßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung verwendet.			
	<b>Summe Titelgruppe 99.</b> .....	<b>—</b>	<b>+74 000 000</b>	<b>74 000 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 07 040.</b> .....	<b>2 765 169 700</b>	<b>+111 100 000</b>	<b>2 876 269 700</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 040.</b> .....	<b>42 005 000</b>	<b>—</b>	<b>42 005 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

07 050

**Kulturförderung****A u s g a b e n****Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

685 52	187	Anteil des Landes an der Kulturstiftung der Länder. . .	2 205 000	-101 000	2 104 000
		<i>Begründung:</i> Die Mittel für die Kulturstiftung der Länder wurden durch die Beschlüsse der Haushaltskommission reduziert.			
685 53	187	Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen am Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste. . . . .	22 000	+76 000	98 000
		<i>Begründung:</i> Durch die Herauslösung der Provenienzforschung aus dem Bereich der Kulturstiftung der Länder wurden die Mittel umgeschichtet. Die Provenienzforschung ist nun mehr Bestandteil der Stiftung Deutsches Zentrum für Kulturgutverluste.			
<b>Gesamtausgaben Kapitel 07 050. . . . .</b>			<b>184 551 200</b>	<b>-25 000</b>	<b>184 526 200</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 050. . . . .</b>			<b>103 570 000</b>	<b>—</b>	<b>103 570 000</b>



**Einzelplan 07**  
**Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	159 274 900	—	159 274 900
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	3 261 255 600	+111 325 000	3 372 580 600
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	159 020 000	—	159 020 000

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für Bauen, Wohnen**  
**Stadtentwicklung und Verkehr**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

09 010

Ministerium

## Ausgaben

## Personalausgaben

422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. .... 14 234 300 +259 500 14 493 800

## Planstellen

2016 neu	2016 bisher	
33	30	Bes.Gr. A 14 Oberregierungsbaurat/Oberregierungsbaurätin Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin davon 3 Stellen kw zum 31.12.2018
13	11	Bes.Gr. A 11 Regierungsbauamtmann/Regierungsbauamtfrau Regierungsamtman/Regierungsamtfrau davon 2 Stellen kw zum 31.12.2018
245	240	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>
165	162	Höherer Dienst
79	77	Gehobener Dienst
1	1	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Etatisierung zusätzlicher Stellen -kw zum 31.12.2018- zur Abwicklung des Förderprogramms zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge, zur Abwicklung des Städtebausonderprogramms für Flüchtlinge und zur Beratung der Bauaufsichtsbehörden in Zusammenhang mit bauordnungsrechtlichen Fragestellungen im Zuge der Unterbringung von Flüchtlingen.

Gesamtausgaben Kapitel 09 010. ....	37 789 900	+259 500	38 049 400
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 010. ....	1 937 000	—	1 937 000

**Kapitel 09 050**  
**Förderung des Wohnungsbaus**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR	
Funkt.- Kennziffer					
<b>09 050                    Förderung des Wohnungsbaus</b>					
<b>E i n n a h m e n</b>					
<b>Titelgruppen</b>					
Titelgruppe 70 Bundesmittel - Wohnungsbau					
<b>331 70</b>	<b>411</b>	<b>Haushaltsmittel des Bundes.....</b>	<b>97 072 000</b>	<b>+93 663 500</b>	<b>190 735 500</b>
<i>Begründung:</i> Mit der Änderung des Entflechtungsgesetzes in Artikel 12 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes des Bundes wird eine Erhöhung der den Ländern zugewiesenen Kompensationsmittel für den Sozialen Wohnungsbau in den Jahren 2016 bis 2019 um jeweils 500 Mio. EUR geregelt. Unter Berücksichtigung des für NRW maßgeblichen Anteils in Höhe von 18,732611 % ergibt sich daraus im Ergebnis ein neuer Gesamtbetrag in Höhe von 190,73 Mio. EUR p.a. für den sozialen Wohnungsbau.					
<b>Summe Titelgruppe 70.....</b>			<b>97 072 000</b>	<b>+93 663 500</b>	<b>190 735 500</b>
<b>Gesamteinnahmen Kapitel 09 050.....</b>			<b>292 072 600</b>	<b>+93 663 500</b>	<b>385 736 100</b>
<b>A u s g a b e n</b>					
<b>Titelgruppen</b>					
Titelgruppe 70 Bundesmittel - Wohnungsbau					
<b>883 70</b>	<b>411</b>	<b>Zuweisung von bei Titel 331 70 vereinnahmten Bundesmitteln für besondere investive Maßnahmen der Wohnraumförderung an die NRW.BANK.....</b>	<b>97 072 000</b>	<b>+93 663 500</b>	<b>190 735 500</b>
<i>Begründung:</i> Mit der Änderung des Entflechtungsgesetzes in Artikel 12 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes des Bundes wird eine Erhöhung der den Ländern zugewiesenen Kompensationsmittel für den Sozialen Wohnungsbau in den Jahren 2016 bis 2019 um jeweils 500 Mio. EUR geregelt. Unter Berücksichtigung des für NRW maßgeblichen Anteils in Höhe von 18,732611 % ergibt sich daraus im Ergebnis ein neuer Gesamtbetrag in Höhe von 190,73 Mio. EUR p.a. für den sozialen Wohnungsbau.					
<b>Summe Titelgruppe 70.....</b>			<b>97 072 000</b>	<b>+93 663 500</b>	<b>190 735 500</b>
Titelgruppe 71 Schuldendienst					
<b>581 71</b>	<b>831</b>	<b>Tilgung.....</b>	<b>140 000 000</b>	<b>+10 000 000</b>	<b>150 000 000</b>
<i>Begründung:</i> Ansatzserhöhung zur Erfüllung der Tilgungsverpflichtungen gegenüber dem Bund aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei den an die NRW.BANK geleisteten Tilgungszahlungen im Bereich der sozialen Wohnraumförderung.					
<b>Summe Titelgruppe 71.....</b>			<b>140 000 000</b>	<b>+10 000 000</b>	<b>150 000 000</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 050.....</b>			<b>627 073 000</b>	<b>+103 663 500</b>	<b>730 736 500</b>

## Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

09 110 **Förderung der Eisenbahnen und  
des öffentlichen Nahverkehrs**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 60  
Sozialticket

633 60 741	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände.....</b>	<b>30 000 000</b>	<b>+10 000 000</b>	<b>40 000 000</b>
------------	--	-------------------	--------------------	-------------------

*Begründung:*  
*Ansatzserhöhung zur Förderung des Sozialtickets bei Asylbewerbern.*

**Erläuterung  
Zu Titel 633 60:**

Ein Teilbetrag des Ansatzes in Höhe von 10 Mio. Euro ist ausschließlich zur Förderung des Sozialtickets für berechnigte Asylbewerber bestimmt. Diese Erläuterung ist verbindlich.

<b>Summe Titelgruppe 60.....</b>	<b>30 000 000</b>	<b>+10 000 000</b>	<b>40 000 000</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 110.....</b>	<b>1 571 704 100</b>	<b>+10 000 000</b>	<b>1 581 704 100</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 110.....</b>	<b>1 101 150 000</b>	<b>—</b>	<b>1 101 150 000</b>

**Kapitel 09 120**  
**Angelegenheiten der Luftfahrt**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

09 120

**Angelegenheiten der Luftfahrt**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 69

Online-Sicherheitsüberprüfungsverfahren OSiP

**neuer Vermerk:** 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111  
13 geleistet werden.

**Begründung:**

Neuer Haushaltsvermerk zur Vermeidung überplanmäßiger Ausgaben.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

09 130

### Angelegenheiten der Schifffahrt

#### A u s g a b e n

#### Titelgruppen

##### Titelgruppe 69

##### Online-Sicherheitsüberprüfungsverfahren OSIP

**neuer Vermerk:** 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

**Begründung:**

Neuer Haushaltsvermerk zur Vermeidung überplanmäßiger Ausgaben.

**Kapitel 09 150**  
**Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

**09 150**                      **Straßen- und Brückenbau**  
**(Landesbetrieb Straßen NRW)**

**A u s g a b e n**

**Personalausgaben**

**422 01 723 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....**

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
1	1	Bes.Gr. B 8 Direktor/Direktorin des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen ku zum 31.03.2016 in eine Planstelle der Bes.Gr. B 6 BBesO i.d.F. des ÜBesG NRW
992	992	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>
220	220	Höherer Dienst
735	735	Gehobener Dienst
37	37	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Änderung des ku-Vermerks bei Bes.Gr. B 8 aufgrund der erfolgten Änderung der Besoldungsordnung B der Anlage 1 zum Landesbesoldungsgesetz.

**Ausgaben für Investitionen**

**821 10 723 Kommunale Vorfinanzierung von Landesstraßen bis 3 Mio. EUR Gesamtkosten je Maßnahme. ....**                      **1 802 000**                      **+241 000**                      **2 043 000**

**Begründung:**

Ansatzserhöhung zur Deckung eines im Jahr 2015 entstandenen Vorgriffs. Die Anrechnung des Vorgriffs auf den derzeit vorgesehenen Ansatz 2016 würde zu erneuten überplanmäßigen Ausgaben in 2016 führen.

<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 150. ....</b>	<b>597 790 200</b>	<b>+241 000</b>	<b>598 031 200</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 150. ....</b>	<b>136 000 000</b>	<b>—</b>	<b>136 000 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )	EUR	EUR	EUR

09 500

**Angelegenheiten der  
Stadtentwicklung und Freizeit**

**A u s g a b e n**

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>537 00</b>	<b>423</b>	<b>Planung städtebaulicher Maßnahmen.....</b>	<b>350 000</b>	<b>+300 000</b>	<b>650 000</b>
---------------	------------	---	----------------	-----------------	----------------

*Begründung:*

*Ansatzserhöhung zur Durchführung des Projektes "Quartiersakademie". Deckung bei Kapitel 09 500 Titel 883 11.*

**Erläuterung****Zu Titel 537 00:**

Für Planungen bzgl. innenstadtnaher Brachflächen zur Stärkung der Innenentwicklung und der Quartiersentwicklung.

**Ausgaben für Investitionen**

<b>883 11</b>	<b>423</b>	<b>Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung.....</b>	<b>136 635 200</b>	<b>-300 000</b>	<b>136 335 200</b>
---------------	------------	---	--------------------	-----------------	--------------------

*Begründung:*

*Deckung für die Ansatzserhöhung bei Kapitel 09 500 Titel 537 00.*

**Titelgruppen**

## Titelgruppe 72

## Städtebausonderprogramm für Flüchtlinge

- neuer Vermerk:** 1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.  
**neuer Vermerk:** 2. Rückflüsse fließen den Ausgaben zu.  
**neuer Vermerk:** 3. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).  
**neuer Vermerk:** 4. Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 883 72 gilt für alle Titel der Titelgruppe.  
**neuer Vermerk:** 5. Die Ausgaben der Titelgruppe sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).

n e u

<b>427 72</b>	<b>249</b>	<b>Entgelte für Aushilfen.....</b>	—	—	—
---------------	------------	------------------------------------	---	---	---

n e u

<b>526 72</b>	<b>249</b>	<b>Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben .</b>	—	—	—
---------------	------------	---	---	---	---

n e u

<b>547 72</b>	<b>249</b>	<b>Werk- und Dienstleistungsverträge.....</b>	—	—	—
---------------	------------	---	---	---	---

n e u

<b>633 72</b>	<b>249</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.....</b>	—	—	—
---------------	------------	--	---	---	---

n e u

<b>682 72</b>	<b>249</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen.....</b>	—	—	—
---------------	------------	--	---	---	---

**Kapitel 09 500**  
**Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
<b>neu</b>				
683 72 249	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen. ....	—	—	—
<b>neu</b>				
686 72 249	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	—	—	—
<b>neu</b>				
883 72 249	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände. ....	—	+48 000 000	48 000 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	—		
	mehr / weniger	+24 000 000		
	neu	24 000 000		
<b>neu</b>				
891 72 249	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen. ....	—	—	—
<b>neu</b>				
892 72 249	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen .	—	—	—
<b>neu</b>				
893 72 249	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland. . .	—	—	—
	<b>Summe Titelgruppe 72. ....</b>	—	+48 000 000	48 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 500. ....</b>	279 152 200	+48 000 000	327 152 200
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 500. ....</b>	267 761 000	+24 000 000	291 761 000

**Einzelplan 09**  
**Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	1 970 510 500	+93 663 500	2 064 174 000
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	3 347 860 900	+162 164 000	3 510 024 900
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	1 695 568 000	+24 000 000	1 719 568 000

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,**  
**Natur- und Verbraucherschutz**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

10 010

**Ministerium****A u s g a b e n****Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Datenverarbeitung und Bürokommunikation (BK)

gelöscht:

2. Mehreinnahmen bei Kapitel 10 020 Titel 111 13 dienen der Finanzierung von Mehrausgaben soweit die Mehreinnahmen nicht bei Kapitel 10 020 Titel 547 00 oder Titel 632 00 in Anspruch genommen werden.

<b>538 60 011</b>	<b>Ausgaben für Datenverarbeitung.....</b>	<b>910 000</b>	<b>-280 000</b>	<b>630 000</b>
-------------------	--	----------------	-----------------	----------------

**Begründung:**

Im Kapitel 10 010 Titel 538 60 veranschlagte Mittel in Höhe von 280.000 EUR sollen aufgrund fachlicher Belange nach Kapitel 10 060 Titel 538 00 umgesetzt werden, da es sich hierbei um Mittel handelt, die für die Abfall- und Wasserwirtschaft sowie den Immissionsschutz verwendet werden. Gleichzeitig bedarf es einer Änderung der entsprechenden Haushaltsvermerke. (Kapitel 10 010 Titel 538 60, Kapitel 10 020 Titel 547 00, Titel 632 00 und Kapitel 10 060 Titel 538 00).

<b>Summe Titelgruppe 60.....</b>	<b>1 479 900</b>	<b>-280 000</b>	<b>1 199 900</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 010.....</b>	<b>38 205 000</b>	<b>-280 000</b>	<b>37 925 000</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 010.....</b>	<b>2 190 000</b>	<b>—</b>	<b>2 190 000</b>

**Kapitel 10 011**  
**Erledigung von Umweltaufgaben durch kommunale Stellen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			
<b>10 011</b>	<b>Erledigung von Umweltaufgaben durch kommunale Stellen</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
613 10 821	Zuweisungen für den Personalaufwand für die auf die Kreise und kreisfreien Städte übergeleiteten Beamtinnen und Beamten. ....	7 121 800	+349 800	7 471 600
613 11 821	Zuweisungen an die Kreise und kreisfreien Städte für den Nachersatz ausgeschiedener Beschäftigter. ....	5 255 400	+427 200	5 682 600
613 12 821	Zuweisungen an die Kreise und kreisfreien Städte als Ausgleich für den allgemeinen Sachaufwand. ....	3 064 900	+141 700	3 206 600
	<i>Begründung:</i> Es handelt sich um Zahlungsverpflichtungen aus dem Gesetz zur Regelung der personalrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Folgen der Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11.12.2007. Hiernach sind die Zuweisungen nach der Besoldung eines Beamten der Besoldungsgruppe A 11 / A12 zu berechnen, die bei Besoldungserhöhungen jeweils anzupassen ist. Die Besoldungserhöhungen der Jahre 2015 und 2016 waren bei Aufstellung der Haushalte 2015 und 2016 nicht bekannt und konnten daher nicht berücksichtigt werden. Die Ansatzserhöhungen beinhalten sowohl Nachzahlungen aufgrund der nicht etatisierten Besoldungserhöhungen des Jahres 2015 als auch die Besoldungserhöhungen, die erst 2016 kassenwirksam werden.			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 011. ....</b>	<b>17 970 900</b>	<b>+918 700</b>	<b>18 889 600</b>

**Kapitel 10 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**10 020                    Allgemeine Bewilligungen**

**E i n n a h m e n**

**Verwaltungseinnahmen**

<b>111 13</b>	<b>646</b>	<b>Gebühren für die Erstellung von Begleitscheinen für die Entsorgung gefährlicher Abfälle. . . . .</b>	<b>1 000 000</b>	<b>—</b>	<b>1 000 000</b>
<i>geändert:</i>		Siehe Vermerk bei Titel 547 00 und Titel 632 00 sowie Kapitel 10 060 Titel 538 00.			

**Begründung:**

*Im Kapitel 10 010 Titel 538 60 veranschlagte Mittel in Höhe von 280.000 EUR sollen aufgrund fachlicher Belange nach Kapitel 10 060 Titel 538 00 umgesetzt werden, da es sich hierbei um Mittel der Abfall- und Wasserwirtschaft sowie des Immissionsschutzes handelt. Gleichzeitig bedarf es einer Änderung der entsprechenden Haushaltsvermerke.  
(Kapitel 10 010 Titel 538 60, Kapitel 10 020 Titel 547 00, Titel 632 00 und Kapitel 10 060 Titel 538 00).*

<b>Gesamteinnahmen Kapitel 10 020. . . . .</b>	<b>14 632 200</b>	<b>—</b>	<b>14 632 200</b>
--	-------------------	----------	-------------------

**A u s g a b e n**

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>537 12</b>	<b>165</b>	<b>Versuche und Untersuchungen. . . . .</b>	<b>765 600</b>	<b>—</b>	<b>765 600</b>
---------------	------------	---	----------------	----------	----------------

**Begründung:**

*Hier nur eine Verschiebung der Fälligkeiten der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 150.000 EUR aus dem Jahr 2017 in das Jahr 2018: Die Landesregierung hat beschlossen im Entwurf des Landesentwicklungsplanes ein neues Ziel zum Ausschluss von Fracking in unkonventionellen Lagerstätten aufzunehmen. Der Entwurf des LEP sieht vor, landesweit die Gewinnung von Erdgas auszuschließen, welches sich in sogenannten unkonventionellen Lagerstätten befindet. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass durch den Einsatz der Fracking-Technologie erhebliche Beeinträchtigungen des Menschen und seiner Umwelt nicht auszuschließen sind und die Reichweite hiermit verbundener Risiken derzeit nicht abschätzbar ist. Hierzu wird für die Dauer von drei Monaten ein zweites Beteiligungsverfahren durchgeführt und anschließend das Aufstellungsverfahren durchgeführt. Auf Bundesebene ist die Behandlung des Gesetzespaketes zum Fracking vertagt worden. Es ist aktuell unklar welche Änderungen durch die Beratungen im Bundestag bzw. im Bundesrat erfolgen werden. Mit entsprechenden Gesetzesbeschlüssen ist vermutlich erst zum Ende des Jahres zu rechnen. Für eine spätere Vergabe des Dialogprozess Fracking sind die geänderten Fälligkeiten der Verpflichtungsermächtigung erforderlich geworden.*

<b>547 00</b>	<b>332</b>	<b>Aufwendungen für Leistungen von Rechenzentren. . . . .</b>	<b>5 512 000</b>	<b>—</b>	<b>5 512 000</b>
<i>geändert:</i>		Mehreinnahmen bei Titel 111 13 dienen der Finanzierung von Mehrausgaben soweit die Einnahmen nicht bei Titel 632 00 bzw. bei Kapitel 10 060 Titel 538 00 in Anspruch genommen werden.			

**Begründung:**

*Im Kapitel 10 010 Titel 538 60 veranschlagte Mittel in Höhe von 280.000 EUR sollen aufgrund fachlicher Belange nach Kapitel 10 060 Titel 538 00 umgesetzt werden, da es sich hierbei um Mittel der Abfall- und Wasserwirtschaft sowie des Immissionsschutzes handelt. Gleichzeitig bedarf es einer Änderung der entsprechenden Haushaltsvermerke.  
(Kapitel 10 010 Titel 538 60, Kapitel 10 020 Titel 547 00, Titel 632 00 und Kapitel 10 060 Titel 538 00).*

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>632 00</b>	<b>332</b>	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Länder. . . . .</b>	<b>1 565 800</b>	<b>—</b>	<b>1 565 800</b>
<i>geändert:</i>		3. Mehreinnahmen bei Titel 111 13 dienen der Finanzierung von Mehrausgaben soweit die Einnahmen nicht bei Titel 547 00 bzw. bei Kapitel 10 060 Titel 538 00 in Anspruch genommen werden .			

**Begründung:**

*Im Kapitel 10 010 Titel 538 60 veranschlagte Mittel in Höhe von 280.000 EUR sollen aufgrund fachlicher Belange nach Kapitel 10 060 Titel 538 00 umgesetzt werden, da es sich hierbei um Mittel der Abfall- und Wasserwirtschaft sowie des Immissionsschutzes handelt. Gleichzeitig bedarf es einer Änderung der entsprechenden Haushaltsvermerke.  
(Kapitel 10 010 Titel 538 60, Kapitel 10 020 Titel 547 00, Titel 632 00 und Kapitel 10 060 Titel 538 00).*

**Kapitel 10 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>n e u</b>				
<b>633 11 332</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Zusammenhang mit der Durchführung von "Grüne Hauptstadt Europas". . . . .</b>	—	<b>+1 500 000</b>	<b>1 500 000</b>
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Die Mittel werden als fachbezogene Pauschale gemäß § 29 Haushaltsgesetz verausgabt.			
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Die Erläuterungen sind verbindlich.			
	<b>Begründung:</b> Die Stadt Essen wurde im Juni 2015 von der Europäischen Kommission zur Grünen Hauptstadt Europa 2017 gekürt. Essen wird im Jahr 2017 damit ein Schaufenster für Anstrengungen zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Transformation eines industriellen Zentrums sein und damit eine Ausstrahlungswirkung weit über NRW hinaus entfalten (ähnlich wie bei der Europäischen Kulturhauptstadt 2010). Im September 2015 hat die Stadt Essen gegenüber dem MKULNV und weiteren Ministerien den Wunsch geäußert, dass sich das Land an der Finanzierung der Aktivitäten zur Grünen Hauptstadt bereits ab 2016 beteiligen möge. Die vorherigen Grünen Hauptstädte Europas (zuletzt Kopenhagen 2014 und Bristol 2015) sind von ihren jeweiligen Regierungen ebenfalls mit erheblichen Beiträgen unterstützt worden. Eine erfolgreiche Präsentation des nachhaltigen Transformationsprozesses in Essen liegt auch im Interesse des Landes.			
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 633 11:</b>				
Die Mittel werden der Stadt Essen als fachbezogene Pauschale gemäß § 29 Haushaltsgesetz zum eigenverantwortlichen Mitteleinsatz zur Verfügung gestellt.				
Einsatz der Mittel				
Die Pauschale ist für die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Projektes "Grüne Hauptstadt Europas 2017" von der Stadt Essen zu verwenden:				
<b>686 10 523</b>	<b>Zuschüsse und Beiträge an Vereine, Organisationen usw. . . . .</b>	<b>212 100</b>	<b>+20 000</b>	<b>232 100</b>
	<b>Begründung:</b> Für den Beitritt zum Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V. wird ein Beitrag in Höhe von 15.000 EUR pro Jahr erforderlich. Es handelt sich hierbei um ein europäisches Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreisen, die sich verpflichtet haben, das Weltklima zu schützen. Mehr als 1600 Mitglieder aus 20 europäischen Ländern setzen sich für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in Europa und weltweit ein. Das Klima-Bündnis berät Städte und Gemeinden bei der Umsetzung von Klimaschutzstrategien und beteiligt sich an kommunalen Klimaschutzprojekten und Kampagnen. Für den Beitritt zu der europäischen Regionenpartnerschaft HyER wird ein Beitrag in Höhe von 5.000 EUR pro Jahr erforderlich. HyER steht für "Hydrogen, Fuel Cells and Electromobility in European Regions" und wurde auf Initiative der Europäischen Kommission gegründet. Sie koordiniert die europäischen Aktivitäten von derzeit 40 europäischen Regionen und Städten im Zusammenhang mit europäischen Initiativen und Programmen. HyER fördert die Verbreitung und Kommerzialisierung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie und der Elektromobilität.			
<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
<b>972 10 881</b>	<b>Globale Minderausgaben zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplans. . . . .</b>	<b>-17 835 300</b>	<b>-1 500 000</b>	<b>-19 335 300</b>
	<b>Begründung:</b> Siehe Ausgabenerhöhung bei Kapitel 10 020 Titel 633 11.			
<b>Titelgruppen</b>				
Titelgruppe 66				
Nachhaltige Entwicklung				
<b>686 66 332</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . . . .</b>	<b>441 600</b>	<b>+78 400</b>	<b>520 000</b>
	<b>Begründung:</b> Die Erhöhung um 78.400 EUR ist notwendig, um den Bereich "Urban Gardening" wieder um den im letzten Jahr vom Landtag beschlossenen Betrag von 100.000 EUR fortschreiben zu können. Geplant ist, die Mittel insbesondere für modellhafte Urban-Gardening-Projekte in Kommunen, eine Urban-Gardening-Konferenz sowie Vernetzungsaktivitäten über die NUA als Koordinatorin zu verwenden.			
<b>Summe Titelgruppe 66. . . . .</b>		<b>1 221 600</b>	<b>+78 400</b>	<b>1 300 000</b>

**Kapitel 10 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
	Titelgruppe 68 Ressourceneffizientes Wirtschaften			
686 68	642 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	958 000	-78 400	879 600
	<i>Begründung:</i> Siehe Ansatzerhöhung bei Titel 686 66.			
	<b>Summe Titelgruppe 68. . . . .</b>	<b>4 490 000</b>	<b>-78 400</b>	<b>4 411 600</b>
	Titelgruppe 71 Tiergesundheit, veterinärbehördliche Zwecke			
<b>n e u</b>				
511 71	523 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, son- stige Gebrauchsgegenstände. . . . .	—	—	—
	<i>Begründung:</i> Für die Nutzung von Datenbanken im Veterinärbereich fallen Lizenzgebühren an. Im Rahmen der Haushaltsklarheit ist die Etatisierung dieses Titels erforderlich. Die Finanzierung aus diesem Titel erfolgt im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit innerhalb der Titelgruppe.			
634 71	523 Erstattung von Entschädigungen bei Tierverlusten durch Seuchen an das "Sondervermögen Tierseu- chenkasse". . . . .	860 800	-129 100	731 700
	<i>Begründung:</i> Siehe Ansatzerhöhung bei Kapitel 10 040 Titel 631 10.			
	<b>Summe Titelgruppe 71. . . . .</b>	<b>5 459 600</b>	<b>-129 100</b>	<b>5 330 500</b>
	Titelgruppe 77 Umweltbildungseinrichtungen und Bildung für nachhaltige Entwicklung			
<b>geändert:</b>	3. Ausgaben über 100.000 EUR dürfen bis zu 200.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 10 020 Titelgruppe 66, bis zu 200.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 10 020 Titelgruppe 75, bis zu 200.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 10 030 Titelgruppe 82, bis zu 200.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 10 050 TG 70 sowie bis zu 200.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 10 060 Titelgruppe 63 geleistet werden.			
537 77	332 Untersuchungen, Gutachten und Werkverträge. . . . .	100 000	—	100 000
	<i>Begründung:</i> Zur Änderung des HV Nr.3: Zur Umsetzung der Maßnahmen in der Titelgruppe 77 sind weitere Deckungsmöglichkeiten erforderlich, um entsprechende Maßnahmen aus den verschiedenen Fachbereichen abdecken zu können.			
	<b>Summe Titelgruppe 77. . . . .</b>	<b>100 000</b>	<b>—</b>	<b>100 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 020. . . . .</b>	<b>31 426 800</b>	<b>-109 100</b>	<b>31 317 700</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 020. . . . .</b>	<b>34 527 800</b>	<b>—</b>	<b>34 527 800</b>

**Kapitel 10 040**  
**Verbraucherangelegenheiten**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**10 040 Verbraucherangelegenheiten**
**A u s g a b e n**
**Sächliche Verwaltungsausgaben**
**n e u**

<b>511 10 314</b>	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände. . . . .</b>	—	—	—
-------------------	---	---	---	---

**Begründung:**

Für die Nutzung von Datenbanken im Verbraucherschutzbereich fallen Lizenzgebühren an. Im Rahmen der Haushaltsklarheit ist die Etatisierung dieses Titels erforderlich. Die Finanzierung aus diesem Titel erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb des Kapitels.

**n e u**

<b>538 10 314</b>	<b>Ausgaben für Datenverarbeitung. . . . .</b>	—	—	—
-------------------	--	---	---	---

**Begründung:**

Für den Lebensmittelbereich im Verbraucherschutz soll eine Software entwickelt werden für die automatisierte Probenplanung. Hierzu ist die Etatisierung des Titels erforderlich.

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**
**n e u**

<b>631 10 314</b>	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund. . . . .</b>	—	<b>+129 100</b>	<b>129 100</b>
-------------------	--	---	-----------------	----------------

**Begründung:**

Aufgrund anstehender Erarbeitungen von Staatsverträgen im Verbraucherschutz ist der Titel erforderlich, um den Landesanteil Nordrhein-Westfalens entrichten zu können; insbesondere die Zahlung aufgrund der im Jahr 2015 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zur Regelung des Betriebes einer gemeinsamen Zentralstelle Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB (Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch) und Tabakerzeugnisse (G@ZIELT)"

**n e u**

<b>632 10 314</b>	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Länder. . . . .</b>	—	—	—
-------------------	--	---	---	---

**Begründung:**

Aufgrund anstehender Erarbeitungen von Staatsverträgen im Verbraucherschutz ist der Titel erforderlich, um den Landesanteil Nordrhein-Westfalens entrichten zu können. Haushaltsmittel stehen im Rahmen der Deckungsfähigkeit im Kapitel 10 040 zur Verfügung.

<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 040. . . . .</b>	<b>16 512 700</b>	<b>+129 100</b>	<b>16 641 800</b>
---	-------------------	-----------------	-------------------

<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 040. . . . .</b>	<b>4 000 000</b>	<b>—</b>	<b>4 000 000</b>
---	------------------	----------	------------------

**Kapitel 10 060**  
**Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

10 060

**Klimaschutz, Immissionsschutz,  
Umwelt und Gesundheit, Gentechnik**

**A u s g a b e n**

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>538 00</b>	<b>332</b>	<b>Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) .</b>	<b>195 000</b>	<b>+280 000</b>	<b>475 000</b>
<i>neuer Vermerk:</i>		2. Mehreinnahmen bei Kapitel 10 020 Titel 111 13 dienen der Finanzierung von Mehrausgaben soweit die Mehreinnahmen nicht bei Kapitel 10 020 Titel 547 00 oder Kapitel 10 020 Titel 632 00 in Anspruch genommen werden.			

**Begründung:**

*Im Kapitel 10 010 Titel 538 60 veranschlagte Mittel in Höhe von 280.000 EUR sollen aufgrund fachlicher Belange nach Kapitel 10 060 Titel 538 00 umgesetzt werden, da es sich hierbei um Mittel der Abfall- und Wasserwirtschaft sowie des Immissionsschutzes handelt. Gleichzeitig bedarf es einer Änderung der entsprechenden Haushaltsvermerke.*

*(Kapitel 10 010 Titel 538 60, Kapitel 10 020 Titel 547 00, Titel 632 00 und Kapitel 10 060 Titel 538 00).*

**Titelgruppen**

Titelgruppe 63

Energiewende, Erneuerbare Energien, Energiesparen  
und Energieeffizienz

<b>633 63</b>	<b>642</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände . . . . .</b>	<b>650 000</b>	<b>-20 000</b>	<b>630 000</b>
<i>Begründung:</i>		<i>Siehe Ansatzerhöhung bei Kapitel 10 020 Titel 686 10.</i>			
<b>Summe Titelgruppe 63 . . . . .</b>			<b>17 240 000</b>	<b>-20 000</b>	<b>17 220 000</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 060 . . . . .</b>			<b>21 328 300</b>	<b>+260 000</b>	<b>21 588 300</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 060 . . . . .</b>			<b>161 228 000</b>	<b>—</b>	<b>161 228 000</b>

## Kapitel 10 261

## Jagdabgabe-Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens, Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
10 261	<b>Jagdabgabe-Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens, Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung</b>			
	<b>Einnahmen</b>			
	<b>Übrige Einnahmen</b>			
261 00 512	Erstattung von Verwaltungsausgaben. ....	239 700	+59 800	299 500
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 10 261. ....</b>	<b>3 488 000</b>	<b>+59 800</b>	<b>3 547 800</b>
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
671 00 512	Erstattung von Verwaltungskosten für Dienstleistungen. ....	12 000	-700	11 300
686 00 512	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	843 500	—	843 500
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger	neu	
	2 500 000	+1 720 000	4 220 000	
	<i>Begründung:</i>			
	<i>Der Mehrbedarf begründet sich aus der Umsetzung des Programms "Zukunftsfähige Schießstände", mit dem Schießstände in NRW durch Neubau, Umbau und Instandhaltung zukunftsfähig ausgebaut werden sollen. Es handelt sich hierbei um große, mehrjährige Baumaßnahmen.</i>			
	<i>Die Notwendigkeit des zukunftsfähigen Ausbaus der Schießanlagen begründet sich durch:</i>			
	<i>- die Umrüstung auf bleifreie Munition,</i>			
	<i>- den neu geforderten Schießnachweis aufgrund des in 2015 in Kraft getretenen ökologischen Jagdgesetzes,</i>			
	<i>- die Anforderungen der Jungjägerausbildung und</i>			
	<i>- die Schießprüfungen im Rahmen der Jägerprüfung.</i>			
	<b>Ausgaben für Investitionen</b>			
892 00 512	Zuschüsse für Investitionen an private Zuwendungsempfänger. ....	1 158 800	+60 500	1 219 300
	<i>Begründung:</i>			
	<i>Die Jagdabgabe wird auf der Grundlage von § 57 Abs. 2 Landesjagdgesetz NRW (LJG NRW) erhoben und ist nach § 57 Abs. 3 LJG NRW zweckgebunden zur Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens in NRW zu verwenden. Nach § 57 Abs. 3 Nr. 1 LJG NRW ist das Aufkommen aus der Jagdabgabe u.a. zur Finanzierung der Kosten der Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung (FJW) für die in § 53 Abs. 2 LJG NRW aufgeführten gruppennützigen Aufgaben der FJW einzusetzen. Bisher wurde die FJW aufgrund ihres Aufgabenspektrums zu 80 % aus Mitteln der Jagdabgabe finanziert. Mit der Änderung des LJG NRW vom 12.05.2015 geht auch eine Änderung der Aufgabenstruktur der FJW einher. Dies führt dazu, dass die Kosten der FJW künftig nur noch zu 75 % aus den Mitteln der Jagdabgabe finanziert werden. Aus diesem Grunde sind die Einnahmen des Titels 261 00 entsprechend zu erhöhen und der Ansatz bei Titel 671 00 abzusenken. Die so frei werdenden Mittel der Jagdabgabe stehen zur Ansatzserhöhung der Zuschüsse bei Titel 892 00 zur Verfügung.</i>			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 261. ....</b>	<b>3 488 000</b>	<b>+59 800</b>	<b>3 547 800</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 261. ....</b>	<b>2 625 000</b>	<b>+1 720 000</b>	<b>4 345 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+)/ weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
10 400	<b>Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>			
519 02 331	<b>Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen.....</b>	647 000	+500 000	1 147 000
	<i>Begründung:</i> <i>Nach dem Gefahrtiergesetz soll das LANUV die Zuständigkeit für die Unterbringung von beschlagnahmten oder sichergestellten gefährlichen Tieren sowie von gefährlichen Tieren, die ausgesetzt oder abgegeben wurden, erhalten. Als Ort der Unterbringung ist der Standort Metelen des LANUV vorgesehen. Zur Umsetzung des Gefahrtiergesetzes beim LANUV werden 500.000 EUR für notwendige Baumaßnahmen bei den vorhandenen Gebäuden benötigt, um den Anforderungen des Gefahrtiergesetzes gerecht zu werden (z.B. Gifttiertrakt).</i>			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 400.....</b>	<b>109 832 200</b>	<b>+500 000</b>	<b>110 332 200</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 400.....</b>	<b>2 787 000</b>	<b>—</b>	<b>2 787 000</b>

## Einzelplan 10

## Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	403 004 000	+59 800	403 063 800
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	998 784 100	+1 478 500	1 000 262 600
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	939 678 600	+1 720 000	941 398 600

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für Arbeit,**  
**Integration und Soziales**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**

**Kapitel 11 010  
Ministerium**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

11 010

**Ministerium****A u s g a b e n****Personalausgaben**

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....** 10 220 600 +343 900 10 564 500

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
9	8	Bes.Gr. B 4 Leitender/Leitende Ministerialrat/Ministerialrätin davon 1 (-) kw zum 31.12.2018 (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen)
28	26	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin davon 2 (-) kw zum 31.12.2018 (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen)
4	4	Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin
44	43	Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin davon 1 (-) kw zum 31.12.2018 (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen)
27	26	Bes.Gr. A 12 Amtsrat/Amtsärztin davon 1 (-) kw zum 31.12.2018 (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen)
204	199	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>
110	107	Höherer Dienst
88	86	Gehobener Dienst
6	6	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Einrichtung von 5 zusätzlichen Planstellen (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen) - kw zum 31.12.2018 - mit folgenden Wertigkeiten: 1 x Bes.Gr. B 4, 2 x Bes.Gr. A 15, 1 x Bes.Gr. 13 gD und 1x Bes.Gr. A 12.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**428 01 011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .** 10 881 500 +496 500 11 378 000

**Begründung:**

Einrichtung einer zusätzlichen AT-Stelle vgl. B 2 und von 4 zusätzlichen Stellen vgl. gehobener Dienst (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen) - kw zum 31.12.2018.

Einrichtung einer zusätzlichen Stelle vgl. höherer Dienst (Heimkinderfonds II).

**Erläuterung**

Zu Titel 428 01:

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
AT	14	13	+1
Höherer Dienst	24	23	+1
Gehobener Dienst	53	49	+4
Gesamt	143	137	+6

**Eingruppierung "Außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer"**

Eingruppierung	2016 neu	2016 bisher	+ / -
in Anlehnung an Bes. Gr. B 2	3	2	+1
Insgesamt	14	13	+1

Bei den AT-Stellen in Anlehnung an Bes.Gr. B 2 ist 1 (-) Stelle und in der Laufbahngruppe vergleichbar dem gehobenen Dienst sind 4 (-) Stellen kw zum 31.12.2018 (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen).

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

**511 01 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände. . . . .** 672 200 +80 000 752 200

**Begründung:**

Ansatzhöhung zur Finanzierung der anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit den im Rahmen der Ergänzungsvorlage eingerichteten 10 zusätzlichen Planstellen und Stellen (Soziale Eingliederung von Flüchtlingen). Vgl. Änderungen bei Titel 422 01 und 428 01.

**547 12 249 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung von integrationspolitischen Maßnahmen. . . . .** 620 000 +500 000 1 120 000

**Begründung:**

Ansatzhöhung zur Finanzierung der anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm "KommAn-NRW". Vgl. Begründung zur Änderung bei Kapitel 11 060 Titelgruppe 68.

**Gesamtausgaben Kapitel 11 010. . . . .** 79 873 200 +1 420 400 81 293 600

**Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 010. . . . .** 980 000 — 980 000



## Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

11 060

Gesellschaftliche Teilhabe und  
Integration Zugewanderter

## A u s g a b e n

## Titelgruppen

## Titelgruppe 68

Förderung der Integration Zugewanderter und des  
Zusammenlebens in Vielfalt**Begründung:***Mehr für das Aktionsprogramm "KommAn-NRW".**Aufgrund der gegenwärtigen Situation bei der Einwanderung von Flüchtlingen wird ein Aktionsprogramm mit folgenden strategischen Zielen aufgelegt:**- Wirksame Stärkung der vorhandenen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung**- Entlastung der Behörden durch koordinierten Umgang mit Ehrenamt**- Ankommen und Aufnahme der Flüchtlinge sollen im Sinne sozialer Eingliederung gestaltet werden**Zur wirksamen Entlastung und Unterstützung der Städte, Kreise und Gemeinden des Landes bei der Erreichung der strategischen Ziele legt das Land ein Programm auf, das sowohl die Förderung von Maßnahmen als auch von Personal enthält. Die Förderung von Maßnahmen und hauptamtlichem Personal ist erforderlich, da die vorhandenen Personalressourcen der Kommunen derzeit voll und ganz durch die Aufgaben der Unterbringung, Verfahrensbegleitung und Einrichtungssicherheit im Zusammenhang mit den Flüchtlingen gebunden sind.**Neben den Zuweisungen an Kommunen - zur Förderung von Maßnahmen und Stärkung der Infrastruktur - sollen auch Maßnahmen von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege gefördert werden.*

633 68	249	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.	10 774 400	+11 400 000	22 174 400
686 68	249	Zuschüsse an Sonstige. ....	11 869 700	+1 500 000	13 369 700
<b>Summe Titelgruppe 68. ....</b>			<b>22 644 100</b>	<b>+12 900 000</b>	<b>35 544 100</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 060. ....</b>			<b>31 164 100</b>	<b>+12 900 000</b>	<b>44 064 100</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 060. ....</b>			<b>4 000 000</b>	<b>—</b>	<b>4 000 000</b>

**Einzelplan 11**  
**Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	3 276 244 700	—	3 276 244 700
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 206 331 600	+16 320 400	4 222 652 000
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	149 603 600	+3 000 000	152 603 600

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Ministeriums für  
Wirtschaft, Energie, Industrie,  
Mittelstand und Handwerk  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Kapitel 14 730**  
**Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

**14 730**                      **Förderung der Wirtschaft,  
insbesondere des Mittelstandes**

**A u s g a b e n**

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>547 10</b>	<b>635</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .</b>	<b>609 400</b>	<b>—</b>	<b>609 400</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
		bisher	mehr / weniger		neu
		200 000	+130 000		330 000

**Begründung:**

Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung wird benötigt, um mehrjährige Maßnahmen fördern zu können.

**Titelgruppen**

**n e u**                      **Titelgruppe 61**

**Förderung des Breitbandausbaus - Landeskofinanzierung**

- neuer Vermerk:** 1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.  
**neuer Vermerk:** 2. Die Verpflichtungsermächtigung gilt für alle Titel der Titelgruppe.  
**neuer Vermerk:** 3. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).  
**neuer Vermerk:** 4. Die Ausgaben der Titelgruppe 61 sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).

**Begründung:**

Mit der neuen Titelgruppe wird die Landeskofinanzierung zum Breitbandausbauprogramm des Bundes bereitgestellt.

<b>n e u</b>	<b>427 61</b>	<b>692</b>	<b>Entgelte für Aushilfen. . . . .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>n e u</b>	<b>526 61</b>	<b>692</b>	<b>Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>n e u</b>	<b>546 61</b>	<b>692</b>	<b>Werk- und Dienstleistungsverträge. . . . .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>n e u</b>	<b>547 61</b>	<b>692</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>n e u</b>	<b>633 61</b>	<b>692</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände. . . . .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>n e u</b>	<b>682 61</b>	<b>692</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unter- nehmen. . . . .</b>	<b>—</b>	<b>+5 000 000</b>	<b>5 000 000</b>
<b>n e u</b>	<b>683 61</b>	<b>692</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unterneh- men. . . . .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>n e u</b>	<b>686 61</b>	<b>692</b>	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

**Kapitel 14 730**  
**Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>n e u</b>				
883 61	692 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände.....	—	—	—
<b>n e u</b>				
891 61	692 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen.....	—	+20 000 000	20 000 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	—	+100 000 000		100 000 000
<b>n e u</b>				
892 61	692 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen .	—	—	—
<b>n e u</b>				
893 61	692 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland. . .	—	—	—
	<b>Summe Titelgruppe 61.....</b>	<b>—</b>	<b>+25 000 000</b>	<b>25 000 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 14 730.....</b>	<b>102 037 800</b>	<b>+25 000 000</b>	<b>127 037 800</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 730.....</b>	<b>104 877 800</b>	<b>+100 130 000</b>	<b>205 007 800</b>

## Kapitel 14 731

## Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

14 731

**Förderung der Wirtschaft,  
insbesondere des Mittelstandes,  
NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Zuschüsse zur Umsetzung des Europäischen Fonds  
Regionale Entwicklung (EFRE) - Landesanteil (2014 -  
2020)

<b>891 60</b>	<b>692</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unterneh- men. ....</b>	<b>2 108 000</b>	—	<b>2 108 000</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
		bisher	mehr / weniger		neu
		29 520 000	+3 000 000		32 520 000

**Begründung:**

Einzelne Vorhaben (beispielsweise Bauvorhaben) benötigen einen Bewilligungs- und Durchführungszeitraum von mehr als 4 Jahren. Zur Bewilligung dieser Vorhaben ist deshalb eine zeitliche Verlängerung des Verpflichtungsrahmens erforderlich. Das NRW/EU-Programmvolumen bleibt unverändert.

<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>	<b>18 000 000</b>	—	<b>18 000 000</b>
-----------------------------------	-------------------	---	-------------------

Titelgruppe 61

Zuschüsse zur Umsetzung des Europäischen Fonds  
Regionale Entwicklung (EFRE) - EU-Anteil - (2014 - 2020)

<b>891 61</b>	<b>692</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unterneh- men. ....</b>	<b>4 078 000</b>	—	<b>4 078 000</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
		bisher	mehr / weniger		neu
		222 000 000	+10 000 000		232 000 000

**Begründung:**

Einzelne Vorhaben (beispielsweise Bauvorhaben) benötigen einen Bewilligungs- und Durchführungszeitraum von mehr als 4 Jahren. Zur Bewilligung dieser Vorhaben ist deshalb eine zeitliche Verlängerung des Verpflichtungsrahmens erforderlich. Das NRW/EU-Programmvolumen bleibt unverändert.

<b>Summe Titelgruppe 61. ....</b>	<b>133 000 000</b>	—	<b>133 000 000</b>
-----------------------------------	--------------------	---	--------------------

<b>Gesamtausgaben Kapitel 14 731. ....</b>	<b>159 856 000</b>	—	<b>159 856 000</b>
--	--------------------	---	--------------------

<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 731. ....</b>	<b>261 020 000</b>	<b>+13 000 000</b>	<b>274 020 000</b>
--	--------------------	--------------------	--------------------

**Kapitel 14 850**  
**Materialprüfungsamt - Nordrhein-Westfalen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**14 850      Materialprüfungsamt - Nordrhein-Westfalen**

**A u s g a b e n**

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>517 04</b>	<b>165</b>	<b>Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbe- trieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume.....</b>	<b>90 000</b>	<b>+30 000</b>	<b>120 000</b>
---------------	------------	---	---------------	----------------	----------------

**Begründung:**

*Der Ansatz dient der Finanzierung der Grundsteuer für die Liegenschaft des Materialprüfungsamtes NRW. Die Erhöhung der Grundsteuer durch die Stadt Dortmund macht eine entsprechende Anpassung erforderlich.*

<b>Gesamtausgaben Kapitel 14 850.....</b>	<b>2 160 100</b>	<b>+30 000</b>	<b>2 190 100</b>
---	------------------	----------------	------------------

## Einzelplan 14

## Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	185 290 800	—	185 290 800
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	525 692 100	+25 030 000	550 722 100
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	379 560 800	+113 130 000	492 690 800

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Ministeriums für  
Gesundheit, Emanzipation,  
Pflege und Alter  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Kapitel 15 010  
Ministerium**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

15 010

**Ministerium****Ausgaben****Personalausgaben**

422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . . 10 387 800 +235 100 10 622 900

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
19	16	Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin davon 3 (0) Stellen kw zum 31.12.2018
25	24	Bes.Gr. A 12 Amtsrat/Amtsärztin davon 1 (0) Stelle kw zum 31.12.2018
170	166	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
90	87	Höherer Dienst
77	76	Gehobener Dienst
3	3	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**

Für die Koordinierung und Konzeptionierung von Gesundheitsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie der (psychiatrischen) Betreuung von Flüchtlingen, insbesondere von traumatisierten Flüchtlingsfrauen und für begleitende Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung in Gesundheitsberufe sind vier zusätzlichen Stellen (3 x A 14, 1 x A 12, jeweils kw zum 31.12.2018) erforderlich.

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

547 12 314 Sächliche Verwaltungsausgaben Maßnahmen für das Gesundheitswesen. . . . . 1 280 000 -450 000 830 000

**Begründung:**

Verlagerung nach Kapitel 15 010 Titel 547 13.

547 13 291 Sächliche Verwaltungsausgaben Emanzipation. . . . . 601 400 +450 000 1 051 400

**Begründung:**

Verlagerung aus Kapitel 15 010 Titel 547 12.

**Ausgaben für Investitionen**

812 10 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen im Inland. . . . . 445 300 — 445 300

neuer Vermerk: Siehe Deckungsvermerk bei Titel 831 00.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

n e u

**831 00 314 Erwerb von Beteiligungen** . . . . . — — —**neuer Vermerk:** Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 812 10 geleistet werden.**Begründung:**

Vorsorglich für den Beteiligungserwerb an der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkKS) ausgebracht, falls dieser nicht in 2015 erfolgen kann.

<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 010</b> . . . . .	<b>32 725 800</b>	<b>+235 100</b>	<b>32 960 900</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 15 010</b> . . . . .	<b>4 348 000</b>	<b>—</b>	<b>4 348 000</b>

**Kapitel 15 035**  
**Emanzipation**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

15 035

**Emanzipation****A u s g a b e n****Titelgruppen**

Titelgruppe 61

Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen

<b>684 61 291</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen. ....</b>	<b>17 131 200</b>	<b>+850 000</b>	<b>17 981 200</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
	bisher			neu
	1 500 000	mehr / weniger	+750 000	2 250 000

**Begründung:**

Mehrbedarf wegen der steigenden Zahl von Zuwanderungen. Die Ansatzsteigerung ist in Höhe von 600 TEUR für Beratung und Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen vorgesehen. Die weitere Ansatzsteigerung in Höhe von 250 TEUR und der Mehrbedarf bei der Verpflichtungsermächtigung sind zur Förderung einer spezialisierten Unterkunft für traumatisierte Flüchtlingsmädchen und weibliche junge Erwachsene veranschlagt.

<b>Summe Titelgruppe 61.....</b>	<b>17 131 200</b>	<b>+850 000</b>	<b>17 981 200</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 035. ....</b>	<b>23 325 400</b>	<b>+850 000</b>	<b>24 175 400</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 15 035. ....</b>	<b>3 220 000</b>	<b>+750 000</b>	<b>3 970 000</b>

**Kapitel 15 044**  
**Pflege, Alter, demographische Entwicklung**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

**15 044      Pflege, Alter, demographische Entwicklung**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 62

Förderung der Fachseminare für die Ausbildung in der Altenpflegehilfe und Familienpflege; Modellprojekte in der Pflegeausbildung und bei den Gesundheitsfachberufen

<b>686 62</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse an Sonstige . . . . .</b>	<b>3 291 600</b>	<b>+250 000</b>	<b>3 541 600</b>
		<i>Begründung:</i>			
		<i>Der Mehrbedarf ist zur Umsetzung des Projektes "welcome@healthcare" (Flüchtlingsintegration in den Gesundheits-/Pflegearbeitsmarkt) veranschlagt.</i>			
		<b>Summe Titelgruppe 62. . . . .</b>	<b>3 291 600</b>	<b>+250 000</b>	<b>3 541 600</b>
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 044. . . . .</b>	<b>94 451 600</b>	<b>+250 000</b>	<b>94 701 600</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 15 044. . . . .</b>	<b>9 200 000</b>	<b>—</b>	<b>9 200 000</b>

**Kapitel 15 080**  
**Maßnahmen für das Gesundheitswesen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
15 080	<b>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
685 10 165	Landesanteil an der Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf (AföG). <i>Begründung:</i> <i>Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.</i>	1 062 100	-1 100	1 061 000
685 20 139	Landesanteil an der Finanzierung des Instituts für me- dizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz (ImpP). <i>Begründung:</i> <i>Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.</i>	1 276 900	-56 700	1 220 200
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 81 Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz			
684 81 311	Zuschüsse an freie Träger..... <i>Begründung:</i> <i>Mehrbedarf wegen der steigenden Zahl von Zuwanderungen. Geplant sind verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der gesundheitlichen Versorgung Zugewanderter.</i>	3 587 800	+1 295 000	4 882 800
	<b>Summe Titelgruppe 81.....</b>	<b>3 746 500</b>	<b>+1 295 000</b>	<b>5 041 500</b>
	Titelgruppe 83 Psychiatrische Versorgung			
686 83 314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähn- liche Einrichtungen..... Verpflichtungsermächtigung: bisher            mehr / weniger            neu 2 000 000            +500 000            2 500 000 <i>Begründung:</i> <i>Der Mehrbedarf ist für die psychiatrische Betreuung von Flüchtlingen, insbesondere Beratung und Unterstützung traumatisierter Flüchtlinge erforderlich.</i>	2 184 000	+1 000 000	3 184 000
	<b>Summe Titelgruppe 83.....</b>	<b>2 184 000</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>3 184 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 080.....</b>	<b>42 213 000</b>	<b>+2 237 200</b>	<b>44 450 200</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 15 080.....</b>	<b>14 455 000</b>	<b>+500 000</b>	<b>14 955 000</b>

## Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
<b>15 240</b>	<b>Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten</b>			
	<b>E i n n a h m e n</b>			
	<b>Verwaltungseinnahmen</b>			
<b>119 04 311</b>	<b>Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete. . . . .</b>	—	+5 000	5 000
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Einnahmen sind für Ausgaben bei Titel 546 04 zu verwenden.			
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
	<b>Übrige Einnahmen</b>			
<b>232 10 311</b>	<b>Erstattungen der anderen Länder. . . . .</b>	1 146 400	+56 100	1 202 500
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 15 240. . . . .</b>	<b>2 308 400</b>	<b>+61 100</b>	<b>2 369 500</b>
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Personalausgaben</b>			
<b>422 01 311</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .</b>	838 300	+22 100	860 400
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
<b>428 01 311</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .</b>	478 600	+28 900	507 500
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
<b>441 01 311</b>	<b>Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfen- verordnung. . . . .</b>	2 500	+4 500	7 000
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>			
<b>546 04 311</b>	<b>Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Ver- kehrsunternehmen. . . . .</b>	—	+5 000	5 000
<i>neuer Vermerk:</i>	3. Ausgaben dürfen nur in Höhe der Einnahmen bei Titel 119 04 verwen- det werden.			
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
<b>547 10 311</b>	<b>Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. . . . .</b>	106 900	-5 500	101 400
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			

## Kapitel 15 240

## Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
981 20 891	Erstattungen für Versorgungsausgleich. ....	251 500	+6 600	258 100
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
981 51 891	Erstattung der Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-West- falen" für Besoldungsempfänger (Kapitel 20 020 Titel 381 51). ....	14 800	+700	15 500
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
<b>Titelgruppen</b>				
Titelgruppe 65				
Zentrale Koordinierungsstelle für den Arzneimittelbereich				
422 65 311	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....	333 700	+11 500	345 200
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
428 65 311	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .	47 300	+3 600	50 900
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
441 65 311	Beihilfen aufgrund der Beihilfenverordnung. ....	30 600	-1 400	29 200
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
547 65 311	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. ....	124 000	-1 500	122 500
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
981 65 891	Sonstige Erstattungen. ....	120 600	+4 200	124 800
	<i>Begründung:</i> Anpassung gemäß Beschluss der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.			
	<b>Summe Titelgruppe 65. ....</b>	<b>656 200</b>	<b>+16 400</b>	<b>672 600</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 240. ....</b>	<b>2 784 100</b>	<b>+78 700</b>	<b>2 862 800</b>

**Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			
<b>15 900</b>	<b>Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen</b>			
	<b>E i n n a h m e n</b>			
	<b>Übrige Einnahmen</b>			
<b>381 10 891</b>	<b>Erstattungen von Versorgungsbezügen aus dem Einzelplan.....</b>	<b>351 100</b>	<b>+10 600</b>	<b>361 700</b>
	<i>Begründung: Folgeanpassung der Anpassung der Ansätze bei Kapitel 15 240 Titel 981 20 und 981 65 an die Beschlüsse der Haushaltskommission/ Finanzministerkonferenz.</i>			
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 15 900.....</b>	<b>351 900</b>	<b>+10 600</b>	<b>362 500</b>

**Einzelplan 15**  
**Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		234 574 100	+71 700	234 645 800
<b>Gesamtausgaben</b> .....		1 083 783 200	+3 651 000	1 087 434 200
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		168 423 000	+1 250 000	169 673 000

**Haushaltsplan**  
**der allgemeinen Finanzverwaltung**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**

**Kapitel 20 010**  
**Steuern**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

20 010

**Steuern****Erläuterung****Zu Kapitel 20 010:**

## Vorbemerkung:

Die einzelnen Steueransätze für das Haushaltsjahr 2016 sind nach den Ergebnissen der 147. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom November 2015 auf der Grundlage der Ist-Einnahmen des Jahres 2014 sowie der ersten drei Quartale des Jahres 2015 geschätzt. Bei der Schätzung der Veränderungsraten für die einzelnen Steuerarten wurde die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung des Landes, wie sie sich aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Datenmaterials im Zeitpunkt der Schätzung darstellte, berücksichtigt.

Die gesamten dem Land zustehenden Steuereinnahmen werden veranschlagt mit. . . . . 52 538 000 000 EUR

**E i n n a h m e n****Steuern und steuerähnliche Abgaben**

**011 00 821 Lohnsteuer (Landesanteil). . . . . 17 075 000 000 +263 000 000 17 338 000 000**

**Erläuterung****Zu Titel 011 00:**

Das gesamte Lohnsteueraufkommen (nach Zerlegung sowie nach Abzug des Kindergeldes und des Mitfinanzierungsanteils an der Altersvorsorgezulage) in Nordrhein-Westfalen wird geschätzt auf. . . . . 40 795 294 200 EUR

Davon erhalten der Bund 42,5 v.H. und die Gemeinden 15 v.H. Dem Land verbleiben 42,5 v.H.

**012 00 821 Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil). . . . . 4 380 000 000 +170 000 000 4 550 000 000**

**Erläuterung****Zu Titel 012 00:**

Das gesamte Aufkommen (nach Abzug der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern) in Nordrhein-Westfalen wird geschätzt auf. . . . . 10 705 882 400 EUR

Davon erhalten der Bund 42,5 v.H. und die Gemeinden 15 v.H. Dem Land verbleiben 42,5 v.H.

**013 00 821 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge - Landesanteil). . . . . 1 810 000 000 +145 000 000 1 955 000 000**

**Erläuterung****Zu Titel 013 00:**

Das gesamte Aufkommen (nach Abzug der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern) in Nordrhein-Westfalen wird geschätzt auf. . . . . 3 910 000 000 EUR

Davon erhält der Bund 50 v.H. Dem Land verbleiben 50 v.H.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

<b>014 00 821</b>	<b>Körperschaftsteuer (Landesanteil).....</b>	<b>1 890 000 000</b>	<b>+210 000 000</b>	<b>2 100 000 000</b>
-------------------	---	----------------------	---------------------	----------------------

**Erläuterung****Zu Titel 014 00:**

Das gesamte Körperschaftsteueraufkommen (nach Zerlegung und nach Abzug der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern) wird geschätzt auf. .... 4 200 000 000 EUR

Davon erhält der Bund 50 v.H. Dem Land verbleiben 50 v.H.

<b>015 10 821</b>	<b>Umsatzsteuer (Landesanteil).....</b>	<b>14 149 000 000</b>	<b>+64 000 000</b>	<b>14 213 000 000</b>
-------------------	---	-----------------------	--------------------	-----------------------

**Erläuterung****Vorbemerkung zu den Titeln 015 10 und 016 10:**

Vom bundesweiten Umsatzsteueraufkommen stehen dem Bund seit 2009 vorab 4,45 v.H. zu.

Vom verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund seit 2008 5,05 v.H. als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu.

Die Gemeinden erhalten von dem nach Abzug der beiden Vorabträge verbleibenden Aufkommen einen Anteil von 2,20 v.H. zuzüglich eines Betrages von 500 Mio. EUR im Jahr 2016.

Von dem danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund im Jahr 2016 49,70 v.H. abzüglich eines Festbetrages i.H.v. rd. 3.736,8 Mio. EUR zu; die Länder erhalten im Jahr 2016 einen Anteil von 50,30 v.H. zuzüglich eines Festbetrages i.H.v. rd. 3.736,8 Mio. EUR.

Der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer wird grundsätzlich nach der Einwohnerzahl auf die Länder verteilt. In Höhe eines Teilbetrags, der 25 v.H. des Länderanteils insgesamt nicht übersteigen darf, erhalten Länder, deren Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des Länderdurchschnitts liegt, vorab sogenannte Ergänzungsanteile. Durch den sogenannten Umsatzsteuer-vorwegausgleich erhält das Land Nordrhein-Westfalen regelmäßig einen Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer unterhalb seiner Einwohnerquote.

**Zu Titel 015 10:**

Der auf das Land entfallende Anteil an der in Nordrhein-Westfalen aufkommenden Umsatzsteuer wird unter Zugrundelegung der Vorbemerkung gem. dem Finanzausgleichsgesetz zwischen Bund und Ländern geschätzt auf. .... 14 213 000 000 EUR

**Kapitel 20 010**  
**Steuern**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

<b>015 30 821</b>	<b>Einnahmen aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. ....</b>	<b>108 000 000</b>	<b>+518 000 000</b>	<b>626 000 000</b>
-------------------	--	--------------------	---------------------	--------------------

**Erläuterung****Vorbemerkung zu den Titeln 015 30, 015 40 und 015 50:**

Gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern vom 24.09.2015 über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern beteiligt sich der Bund über einen entsprechenden Festbetrag an der Umsatzsteuer wie folgt an den Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge:

Der Bund trägt seit dem 01.01.2016 für jeden Asylbewerber einen Teil der Kosten für den Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Darüber hinaus werden den Ländern für nicht als politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge anerkannte Antragsteller für pauschal einen Monat Kosten erstattet. Die zu erstattenden Kosten werden auf Basis des Aufwands pro Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bemessen und betragen jeweils 670 EUR im Monat. Für das Jahr 2016 erhalten die Länder eine Abschlagszahlung über insgesamt 2.948 Mio. EUR. Ende 2016 erfolgt eine personenscharfe Spitzabrechnung, die bei der für 2017 festzulegenden Abschlagszahlung berücksichtigt wird.

Die Bundesregierung leistet in dem Zeitraum 2016 bis 2019 einen Beitrag zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge jeweils in Höhe von 350 Mio. EUR.

Der Bund unterstützt aufgrund der steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern die Länder und Kommunen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung von Kindern. Die Entlastung erfolgt im Jahr 2016 in Höhe von 339 Mio. EUR, im Jahr 2017 in Höhe von 774 Mio. EUR und im Jahr 2018 in Höhe von 870 Mio. EUR.

**Zu Titel 015 30:**

Der Bund hat sich bereit erklärt, Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern zu entlasten. Der auf Nordrhein-Westfalen entfallende Betrag wird für eine Aufstockung der pauschalen Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz bei Kapitel 03 010 Titel 633 40 verwendet. Auf die Erläuterungen zu Kapitel 03 010 Titel 633 40 und Titel 633 42 wird hingewiesen.

**n e u**

<b>015 40 821</b>	<b>Einnahmen aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. ....</b>	<b>—</b>	<b>+76 000 000</b>	<b>76 000 000</b>
-------------------	--	----------	--------------------	-------------------

**Erläuterung****Zu Titel 015 40:**

Der Bund hat sich bereit erklärt, Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu entlasten. Der auf Nordrhein-Westfalen entfallende Betrag wird bei Kapitel 07 040 Titelgruppe 69 verausgabt.

**n e u**

<b>015 50 821</b>	<b>Einnahmen aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Verbesserung der Kinderbetreuung. ....</b>	<b>—</b>	<b>+74 000 000</b>	<b>74 000 000</b>
-------------------	--	----------	--------------------	-------------------

**Erläuterung****Zu Titel 015 50:**

Der Bund hat sich bereit erklärt, Länder und Kommunen bei der Verbesserung der Kinderbetreuung zu entlasten. Der auf Nordrhein-Westfalen entfallende Betrag wird für Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung bei Kapitel 07 040 Titelgruppe 99 zur Verfügung gestellt.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
016 10 821	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil).....	4 503 000 000	+458 000 000	4 961 000 000
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 016 10:</b>				
Von dem geschätzten Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer im Bundesgebiet stehen dem Land unter Zugrundelegung der Vor- bemerkung gem. dem Finanzausgleichsgesetz zwischen Bund und Ländern zu. ....				4 961 000 000 EUR
017 10 821	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil).....	475 000 000	+10 000 000	485 000 000
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 017 10:</b>				
Die Gewerbesteuerumlage der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen wird geschätzt auf. ....				828 048 800 EUR
Davon erhält gem. § 6 Gemeindefinanzreformgesetz der Bund 14,5/35; dem Land verbleiben 20,5/35.				
017 20 821	Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage.....	785 000 000	+20 000 000	805 000 000
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 017 20:</b>				
1. Ersatzleistung Fonds "Deutsche Einheit".....				118 382 400 EUR
2. Bundesstaatlicher Finanzausgleich.....				686 617 600 EUR
Zusammen.....				805 000 000 EUR
018 00 821	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Landesanteil).....	770 000 000	+60 000 000	830 000 000
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 018 00:</b>				
Das gesamte Aufkommen (nach Zerlegung) in Nordrhein-Westfalen wird geschätzt auf. ....				1 886 363 700 EUR
Davon erhalten der Bund 44 v.H. und die Gemeinden 12 v.H. Dem Land verbleiben 44 v.H.				
052 00 821	Erbschaftsteuer.....	1 430 000 000	-130 000 000	1 300 000 000
053 00 821	Grunderwerbsteuer.....	2 470 000 000	+130 000 000	2 600 000 000
057 00 821	Lotteriesteuer.....	365 000 000	-40 000 000	325 000 000
058 00 821	Sportwettensteuer.....	47 000 000	+3 000 000	50 000 000
061 00 821	Biersteuer.....	177 000 000	-13 000 000	164 000 000
<b>Gesamteinnahmen Kapitel 20 010.....</b>		<b>50 520 000 000</b>	<b>+2 018 000 000</b>	<b>52 538 000 000</b>

**Kapitel 20 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**20 020                    Allgemeine Bewilligungen**
**E i n n a h m e n**
**Übrige Einnahmen**

371 10	881	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans. ....	408 000	-27 200	380 800
371 20	881	Globale Mehreinnahmen in allen Einzelplänen. ....	300 000 000	+100 000 000	400 000 000
		<i>Begründung:</i> <i>Es wird von zusätzlichen Einnahmen in einer Größenordnung von rund 100 Mio. EUR ausgegangen.</i>			
381 51	891	Erstattung der Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-West- falen" für Besoldungsempfänger aus den Einzelplä- nen 03, 05 und 15 für Bedienstete der Kapitel 03 130, 05 073 und 15 240. ....	39 200	+900	40 100
		<i>Begründung:</i> <i>Folgewirkung von Ansatzänderungen im Einzelplan 15 bei Kapitel 15 240 Titel 981 51 und bei Kapitel 15 240 Titel 981 65.</i>			
<b>Gesamteinnahmen Kapitel 20 020. ....</b>			<b>4 220 224 700</b>	<b>+99 973 700</b>	<b>4 320 198 400</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

**A u s g a b e n****Personalausgaben**

<b>421 01 011</b>	<b>Bezüge der Ministerpräsidentin, der Ministerinnen und Minister sowie des Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben. . . . .</b>	<b>2 390 800</b>	<b>+427 700</b>	<b>2 818 500</b>
-------------------	---	------------------	-----------------	------------------

**Begründung:**

Infolge der im Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 im Land Nordrhein-Westfalen ab dem 1. Juni 2015 und ab dem 1. August 2016 vorgesehenen linearen Erhöhung steigen die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung unter Berücksichtigung des Basiseffekts aus der Besoldungsanpassung 2013/2014 entsprechend an. Ferner stellen sich durch die zum 1. Oktober 2015 erfolgte Regierungsumbildung die individualisierten Bezüge abweichend dar.

Des Weiteren haben die infolge der Umbildung des Kabinetts ausgeschiedenen Mitglieder der Landesregierung nach § 10 Landesministergesetz einen Anspruch auf die Zahlung von Übergangsgeld.

**Erläuterung****Zu Titel 421 01:**

Dem Gesamtansatz liegen folgende Plandaten zugrunde:

Bezüge der Ministerpräsidentin, der Ministerinnen und Minister sowie des Parlamentarischen Staatssekretärs	Amtsbezüge insgesamt - Betrag in EUR -
Ministerpräsidentin	216.600
Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien im Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin	191.300
Minister für Inneres und Kommunales	190.300
Justizminister	199.500
Ministerin für Schule und Weiterbildung	189.400
Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung	191.300
Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	189.400
Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	191.300
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	190.300
Minister für Arbeit, Integration und Soziales	189.400
Finanzminister	116.400
Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	192.900
Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	190.300
Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	160.800
<b>Zusammen</b>	<b>2.599.200</b>

Soweit nach dem Landesministergesetz oder nach dem Gesetz über das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben im Lande Nordrhein-Westfalen aufgrund eines früheren Dienstverhältnisses als Beamter oder Richter oder aufgrund eines früheren Amtsverhältnisses als Bundes- oder Landesminister Anrechnungstatbestände bestehen, sind diese in den o.g. Plandaten berücksichtigt.

Von dem Ansatz entfallen 108.240 EUR auf nach § 3 Nr. 12 EStG steuerfreie Dienstaufwandsentschädigungen gemäß § 7 Abs. 1 Buchst. c Landesministergesetz sowie 9.360 EUR auf Trennungsentschädigungen nach § 7 Abs. 1 Buchst. d Landesministergesetz. Des Weiteren entfällt von dem Ansatz ein Betrag i.H.v. 2.460 EUR auf die nach § 3 Nr. 12 EStG steuerfreie Dienstaufwandsentschädigung sowie von 720 EUR auf Trennungsentschädigung für den Parlamentarischen Staatssekretär.

Zusätzlich zu den o.g. Plandaten enthält der Gesamtansatz auch die Mittel für nach Maßgabe von § 10 Landesministergesetz zu zahlende Übergangsgelder.

**Kapitel 20 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

517 00	861	Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517 in den Einzelplänen. ....	10 000 000	-5 000 000	5 000 000
--------	-----	---	------------	------------	-----------

**Begründung:**

Die Absenkung des Ansatzes erfolgt auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem Haushaltsvollzug 2015.

**Besondere Finanzierungsausgaben**

919 10	851	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen" zur Finanzierung der Versorgungsleistungen von neu eingestellten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern. ....	635 000 000	-635 000 000	—
--------	-----	---	-------------	--------------	---

**Begründung:**

Nach dem Gesetz zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen sind weitere über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehende Mittelzuführungen zu den Sondervermögen zulässig. Im Haushaltsjahr 2015 erfolgt eine weitere Zuführung zum Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen" in Höhe von 635 Mio. EUR, die auf die im Haushaltsjahr 2016 in gleicher Höhe zu leistende Mittelzuführung angerechnet wird. Die Anrechnung ergibt sich aus dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen.

**Erläuterung**
**Zu Titel 919 10:**

Zur Finanzierung der zukünftigen Versorgungsleistungen für die Beamtinnen und Beamten sowie die Richterinnen und Richter des Landes, deren Dienstverhältnis zum Land nach dem 31.12.2005 begründet worden ist, hat das Land Nordrhein-Westfalen das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen" errichtet.

Im Zeitraum vom 01.01.2006 - 30.06.2008 wurde dem Sondervermögen für jede Angehörige/jeden Angehörigen dieses Personenkreises - dies gilt nicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf - ein Betrag in Höhe von 500 EUR pro Monat zugeführt. Nach § 15 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (EFoG) hat sich der Zuführungsbetrag infolge von linearen Besoldungserhöhungen zum 01.07.2008 (2,9 v.H.), 01.03.2009 (3 v.H.), 01.03.2010 (1,2 v.H.), 01.04.2011 (1,5 v.H.) sowie zum 01.01.2012 (1,9 v.H.) entsprechend erhöht.

Auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens gem. § 17 EFoG zur Überprüfung der Angemessenheit des Zuführungsbetrags ist in den Jahren 2013 und 2014 ein Wert i.H.v. 598 EUR pro Person und pro Monat zugrunde gelegt worden. Aufgrund der linearen Erhöhung der Besoldung zum 01.06.2015 (1,9 v.H.) und zum 01.08.2016 (2,1 v.H.) steigt der Zuführungsbetrag entsprechend an.

Dem Sondervermögen sind auch Einnahmen aus Versorgungszuschlägen und Versorgungslastenteilungen zuzuführen, die dem Land für den nach dem 31.12.2005 eingestellten Personenkreis gezahlt werden (siehe Titel 281 12 dieses Kapitels sowie die Titel 231 11, 232 11 und 233 11 der Versorgungskapitel in den Einzelplänen).

Die dem Sondervermögen zufließenden Mittel einschließlich deren Erträge sind zu marktüblichen Konditionen anzulegen in Schuldverschreibungen oder Anleihen des Landes Nordrhein-Westfalen, anderer Bundesländer, des Bundes oder von Staaten, die an der Dritten Stufe der Europäischen Währungsunion teilnehmen. Sie können auch in Pfandbriefen und Kommunalobligationen oder in Spezialfonds angelegt werden.

Die im Haushaltsjahr 2015 geleistete weitere Zuführung in Höhe von 635 Mio. EUR wird auf die im Haushaltsjahr 2016 in gleicher Höhe zu leistende Mittelzuführung angerechnet.

Der Wirtschaftsplan für das Sondervermögen stellt sich wie folgt dar:

		Soll 2016 (EUR)	Soll 2015 (EUR)	Ist 2014 (EUR)
<b>Einnahmen</b>				
	Zuführungen aus dem Landeshaushalt	—	1.168.000.000	510.358.832
	Zinseinnahmen	58.000.000	63.000.000	58.766.688
<b>Gesamteinnahmen</b>		58.000.000	1.231.000.000	569.125.520
<b>Ausgaben</b>				
	Erwerb von Wertpapieren (inkl. Gebühren und Stückzinsen) und Tagesgeldanlage	58.000.000	1.231.000.000	569.125.520
<b>Gesamtausgaben</b>		58.000.000	1.231.000.000	569.125.520

**Kapitel 20 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
971 00 881	<b>Globale Mehrausgaben. ....</b>	<b>12 000 000</b>	<b>-5 000 000</b>	<b>7 000 000</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Die Absenkung des Ansatzes erfolgt auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem Haushaltsvollzug 2015.</i>			
972 00 881	<b>Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen. ....</b>	<b>-619 573 000</b>	<b>-50 000 000</b>	<b>-669 573 000</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Es wird von zusätzlichen Einsparungen in einer Größenordnung von rund 50 Mio. EUR ausgegangen.</i>			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 20 020. ....</b>	<b>872 196 400</b>	<b>-694 572 300</b>	<b>177 624 100</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 20 020. ....</b>	<b>168 052 000</b>	<b>—</b>	<b>168 052 000</b>

**Kapitel 20 030****Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**20 030**      **Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)**

**Begründung:**

Hinsichtlich des Gemeindeanteils an der Einkommen- und Umsatzsteuer werden die Erläuterungen angepasst infolge der Änderungen bei den Steuereinnahmen 2016 im Rahmen dieser Ergänzungsvorlage und infolge der Änderungen bei den Steuereinnahmen im Haushaltsplan 2015 in der Fassung des Entwurfs des 4. Nachtragshaushalts 2015.

Für die Berechnung des Steuerverbundes 2016 ist der Zeitraum vom 01.10.2014 bis zum 30.09.2015 maßgeblich. Hierfür wurden im Haushaltsplanentwurf 2016 die Ist-Ergebnisse der Referenzperiode vom 01.10.2014 bis zum 30.04.2015 sowie eine Prognose für den Zeitraum vom 01.05.2015 - 30.09.2015 auf Basis der Steuerschätzung vom Mai 2015 zugrunde gelegt. Die nunmehr für den gesamten Referenzzeitraum feststehenden Rechengrößen ergeben gegenüber dem Entwurf einen Mehrbetrag in Höhe von 397.702.300 EUR für den Steuerverbund 2016.

**Erläuterung****Zu Kapitel 20 030:****Zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer:**

Der Gemeindeanteil an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer beträgt 15 v.H. des von den Finanzbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen vereinnahmten Aufkommens unter Berücksichtigung der Zerlegung nach Art. 107 Abs. 1 des Grundgesetzes.  
Das Aufkommen nach Zerlegung im Haushaltsjahr 2016 wird geschätzt

bei der Lohnsteuer (vgl. Kapitel 20 010 Titel 011 00) auf .....	40 795 294 200 EUR
bei der veranlagten Einkommensteuer (vgl. Kapitel 20 010 Titel 012 00) auf .....	10 705 882 400 EUR
Insgesamt .....	51 501 176 600 EUR
Davon 15 v.H. ....	7 725 176 400 EUR

Der Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge beträgt 12 v.H. des von den Finanzbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen vereinnahmten Aufkommens unter Berücksichtigung der Zerlegung nach Art. 107 Abs. 1 des Grundgesetzes.

Das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (vgl. Kapitel 20 010 Titel 018 00) wird nach Zerlegung geschätzt auf .....	1 886 363 700 EUR
Davon 12 v.H. ....	226 363 600 EUR

Der Gemeindeanteil 2016 an den vorgenannten Steuern beträgt insgesamt .....	7 951 540 000 EUR
Rund .....	7 951 000 000 EUR
Geschätzter Anteilsbetrag 2015 .....	7 646 000 000 EUR
Unterschiedsbetrag .....	305 000 000 EUR

Der Gemeindeanteil wird über die Verwahrungen abgewickelt.

**Zum Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer:**

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer beträgt 2,20 v.H. des Aufkommens der Steuern vom Umsatz im Bundesgebiet, die nach Vorwegabzug des Ausgleichs an den Bund für die Zuschüsse an die Arbeitslosen- und an die Rentenversicherung verbleiben, zuzüglich eines Betrages von jeweils 500 Mio. EUR in den Jahren 2015 und 2016. Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens erhalten davon rund 23,96 v.H.

Geschätzter Anteil Gemeinden NRW 2016 .....	1 165 000 000 EUR
Geschätzter Anteil Gemeinden NRW 2015 .....	1 121 000 000 EUR
Unterschiedsbetrag .....	44 000 000 EUR

Der Gemeindeanteil wird über die Verwahrungen abgewickelt.

**Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**Berechnung des Steuerverbundes:**

Das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2016) basiert auf folgenden Eckpunkten:

**Steuerverbund**

1. Die Finanzausgleichsmasse wird nach den Ist-Einnahmen des Landes aus den Gemeinschaftsteuern sowie aus vier Siebteilen der Grunderwerbsteuer für den Referenzzeitraum vom 01.10.2014 bis zum 30.09.2015 berechnet.
2. Die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus Bundesergänzungszuweisungen erhöhen die Verbundgrundlagen.
3. Neben der Bereinigung der Verbundsteuern gem. der vorstehenden Tz. 2 erfolgen weitere Korrekturen gem. § 2 Abs. 2 GFG 2016, die in der nachfolgenden Berechnung dargestellt sind.
4. Die originäre Finanzausgleichsmasse wird um Tantiemen sowie um die Komplementärmittel für Konsolidierungshilfen gem. § 2 Abs. 2 i.V.m. Abs. 3 Satz 3 Stärkungspaktgesetz gekürzt.
5. Der Steuerverbund umfasst die allgemeinen Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen) sowie pauschalierte Zweckzuweisungen (Investitionspauschalen und Sonderpauschalen).
6. Die Investitionspauschalen werden um die kommunale Beteiligung an den Zins- und Tilgungsleistungen des Sondervermögens "Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen" gekürzt.

**Einheitslasten**

Die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten wird über die erhöhte Gewerbesteuerumlage (Kapitel 20 010 Titel 017 20) und die Verbundsystematik bei der Ableitung der Finanzausgleichsmasse im Steuerverbund erbracht. Die endgültige Abrechnung erfolgt nach Maßgabe des Einheitslastenabrechnungsgesetzes.

**Verbundsatz**

Der Verbundsatz beträgt 23,0 v.H.

**Der Steuerverbund 2016 ist auf der Basis des Referenzzeitraums vom 01.10.2014 bis zum 30.09.2015 wie folgt berechnet:**

Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	43 948 354 900 EUR
Zuzüglich Grunderwerbsteuer (4/7tel Anteil)	1 342 007 600 EUR
Zuzüglich Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen	519 099 600 EUR
Zuzüglich Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	951 903 600 EUR
Abzüglich Kompensation für Familienleistungsausgleich	-726 639 700 EUR
Abzüglich Kompensation für Steuervereinfachungsgesetz 2011	-18 081 000 EUR
Zuzüglich interkommunaler Ausgleich Ost im Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	168 982 000 EUR
Abzüglich Kompensation für Einnahmeausfälle aus der Spielbankabgabe über die Umsatzsteuer	-13 049 000 EUR
Abzüglich Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der U3-Betreuung über die Umsatzsteuer	-181 587 000 EUR
Abzüglich Festbetrag an der Umsatzsteuer gemäß Artikel 3 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern	-39 555 000 EUR
Verbundgrundlagen (§ 2 Abs. 1 und 2 GFG 2016)	45 951 436 000 EUR
Davon 23,0 v.H. Verbundbetrag = originäre Finanzausgleichsmasse	10 568 830 300 EUR
Gem. § 3 GFG 2016 sind abzuziehen:	
Tantiemen, die das Land für die Gemeinden aufgrund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichten hat	-4 389 000 EUR
Von den Kommunen zu erbringende Komplementärmittel für Konsolidierungshilfen	-185 000 000 EUR
Gem. § 16 Abs. 2 GFG 2016 ist abzuziehen:	
Kommunaler Anteil an der Abfinanzierung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen"	-35 334 000 EUR
Der sich ergebende Betrag in Höhe von	10 344 107 300 EUR

wird auf allgemeine Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen) sowie pauschalierte Zweckzuweisungen (Investitionspauschalen und Sonderpauschalen), die in diesem Kapitel enthalten sind, verteilt.

**Kapitel 20 030****Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>A u s g a b e n</b>				
<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>				
613 11	821 Schlüsselzuweisungen an Gemeinden. ....	6 650 130 400	+265 035 800	6 915 166 200
613 12	821 Schlüsselzuweisungen an Kreise. ....	991 472 000	+39 503 200	1 030 975 200
613 13	821 Schlüsselzuweisungen an Landschaftsverbände. . . .	831 131 800	+33 114 800	864 246 600
613 26	821 Zuweisungen aufgrund besonderer Bedarfe von Ge- meinden und Gemeindeverbänden gem. § 19 GFG 2016. ....	32 930 100	+1 237 200	34 167 300
<b>Ausgaben für Investitionen</b>				
883 18	821 Investitionspauschale. ....	666 862 300	+49 597 800	716 460 100
883 27	821 Investitionspauschale für die Landschaftsverbände gem. § 16 Abs. 5 GFG 2016. ....	56 492 000	+4 201 600	60 693 600
883 28	821 Investitionspauschale für die Altenhilfe und -pflege gem. § 16 Abs. 4 GFG 2016. ....	67 386 400	+5 011 900	72 398 300
<b>Gesamtausgaben Kapitel 20 030. ....</b>		<b>11 501 014 000</b>	<b>+397 702 300</b>	<b>11 898 716 300</b>

**Kapitel 20 610**  
**Kapitalvermögen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

20 610

**Kapitalvermögen****A u s g a b e n****Ausgaben für Investitionen**

871 10 681	<b>Für die Inanspruchnahme aus Bürgschaftsverträgen und Gewährleistungsverpflichtungen. ....</b>	<b>30 000 000</b>	<b>-5 000 000</b>	<b>25 000 000</b>
	<b>Begründung:</b> <i>Die Absenkung des Ansatzes erfolgt auf der Grundlage einer aktualisierten Bedarfsprognose auf Basis der Erkenntnisse aus dem Haushaltsvollzug 2015.</i>			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 20 610. ....</b>	<b>110 229 000</b>	<b>-5 000 000</b>	<b>105 229 000</b>

**Kapitel 20 650**  
**Schuldenverwaltung**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

20 650

**Schuldenverwaltung****E i n n a h m e n****Übrige Einnahmen**

<b>325 00</b>	<b>831</b>	<b>Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt .</b>	<b>1 627 000 000</b>	<b>+359 000 000</b>	<b>1 986 000 000</b>
---------------	------------	--	----------------------	---------------------	----------------------

**Erläuterung****Zu Titel 325 00:**

Den für das Haushaltsjahr 2016 veranschlagten Kreditmarktmitteln in Höhe von 1.986.000.000 EUR wachsen aufgrund der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung in § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz 2016 Tilgungsausgaben für in 2016 fällig werdende Kredite vom Kreditmarkt zu. Die Höhe der Tilgungsausgaben ergibt sich aus Nr. III, 4.2 der Finanzierungsübersicht (Anlage zum Haushaltsgesetz).

Außerdem dürfen gem. § 2 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz 2016 Kredite aufgenommen werden

1. zur Anschlussfinanzierung vorzeitig getilgter Darlehen und
2. zur Anschlussfinanzierung von im Haushaltsjahr 2015 aufgenommenen kurzfristigen Krediten, die im Haushaltsjahr 2016 fällig werden, soweit diese über die in der Finanzierungsübersicht ausgewiesenen Beträge hinausgehen.

<b>Gesamteinnahmen Kapitel 20 650. ....</b>	<b>1 627 000 000</b>	<b>+359 000 000</b>	<b>1 986 000 000</b>
---	----------------------	---------------------	----------------------

**A u s g a b e n****Schuldendienst**

<b>575 10</b>	<b>831</b>	<b>Zinsen für Kreditmarktmittel. ....</b>	<b>3 117 000 000</b>	<b>-175 000 000</b>	<b>2 942 000 000</b>
---------------	------------	---	----------------------	---------------------	----------------------

**Begründung:**

Der bisherige Ansatz im Entwurf ging von steigenden Zinssätzen aus. Zwischenzeitlich hat sich indes eine gegenläufige Entwicklung ergeben. Die in dem Ansatz enthaltene Vorsorge kann daher deutlich reduziert werden.

<b>575 20</b>	<b>831</b>	<b>Bonifikation, Disagio, Agio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Courtage und Provision bei Kurspflegegeschäften, Ausgaben (Einnahmen) für Vereinbarungen i. S. v. § 2 Abs. 4 Haushaltsgesetz 2016, Ausgaben für Gutachten und sonstige Maßnahmen zur Zinsoptimierung. ....</b>	<b>20 000 000</b>	<b>-10 000 000</b>	<b>10 000 000</b>
---------------	------------	--	-------------------	--------------------	-------------------

**Begründung:**

Aufgrund der zwischenzeitlichen Entwicklung am Kapitalmarkt reduziert sich die Prognose für in 2016 voraussichtlich zu leistende Zahlungen.

<b>Gesamtausgaben Kapitel 20 650. ....</b>	<b>3 144 006 000</b>	<b>-185 000 000</b>	<b>2 959 006 000</b>
--	----------------------	---------------------	----------------------

**Einzelplan 20**  
**Allgemeine Finanzverwaltung**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	56 566 532 600	+2 476 973 700	59 043 506 300
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	15 723 531 900	-486 870 000	15 236 661 900
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	168 052 000	—	168 052 000